



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2019

Jürgen Luh: Der kurze Traum der Freiheit. Preußen nach Napoleon.

München: Siedler Verlag, 2015, 239 S., 7 Abb., ISBN: 978-3-8275-0039-7

Als der preußische Baumeister und Maler Karl Friedrich Schinkel 1817, zwei Jahre nachdem der Kaiser der Franzosen Napoleon Bonaparte und seine Armee in der Schlacht von Belle Alliance oder – mit heutigem Namen – Waterloo von den Heeren der anderen europäischen Mächte endgültig besiegt worden waren, an dem Gemälde „Triumphbogen“ arbeitete und es nach seiner Fertigstellung Preußens Thronfolger Friedrich Wilhelm (IV.) schenkte, schwankte er stark „zwischen einstiger Erwartung und gegenwärtiger Enttäuschung“. Schinkel, der zu „den preußischen Patrioten“ zählte und mit den „Ideen und Köpfen der Reformbewegung“ im Königreich um August Wilhelm Neidhart von Gneisenau, Gerhard von Scharnhorst, Wilhelm von Humboldt, Friedrich Schleiermacher, Johann Gottlieb Fichte und Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein gut bekannt war, hatte eine „Schlüsselepoche preußischer Geschichte“, die „Höhen und Tiefen von 1805 bis 1817 erlebt“: von den demütigenden Niederlagen gegen die französische Grande Armée bei Jena und Auerstedt 1806, über das anschließende harte Besatzungsregime der Franzosen bis zu den antinapoleonischen Befreiungskriegen 1813/14. Dabei hatte er die Ideen und Werte der Französischen Revolution von 1789 intensiv rezipiert, war mit diesen, wie andere Menschen in Deutschland und Europa, infolge der militärischen Erfolge des revolutionären Frankreichs seit den 1790er Jahren und später infolge der napoleonischen Herrschaft unmittelbar in Berührung gekommen und hatte schließlich diese Ideale und das Streben nach Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, nach den Menschenrechten, nach Selbstbestimmung und Teilhabe am Staat, nach dem „Aufbruch des Individuums und des Denkens“ in seine politische Vorstellungswelt übernommen (S. 10, 12, 14 u. Klappentext).



Wie der Berliner Historiker und Preußen-Experte Jürgen Luh in seinem 2015 erschienenen, klug komponierten und sehr gut lesbaren Buch über „Preußen nach Napoleon“ in einem groß angelegten, ideen-, politik- und militärgeschichtlich orientierten Panorama dieser „einzigartigen Epoche an der Schwelle zur Moderne“ zeigen kann, gehörte Schinkel zu jener Gruppe bedeutender preußischer Intellektueller und Gelehrter, die den Versprechungen von König Friedrich Wilhelm III. und der regierenden konservativen Elite zunächst Glauben geschenkt, „eine kurze Zeit lang große Hoffnungen“ auf wirkliche politische Veränderung und Partizipation, auf rechtlich verbrieft und garantierte staatsbürgerliche Freiheiten und damit konkret auf die Einführung einer modernen Verfassung, die Einrichtung einer Nationalrepräsentation und die Entwicklung eines liberalen Staates in Preußen gesetzt und deshalb die fortschrittlich gesinnten Reformpolitiker und Militärführer in ihren Emanzipationsanliegen und Modernisierungsbemühungen in Staat, Gesellschaft und Armee stets unterstützt hatten. Am Ende jedoch wurde Schinkel, wie große

Teile von Preußens Heer und Bevölkerung, von den Ergebnissen des Friedens von Paris, des Wiener Kongresses und der Gründung der Heiligen Allianz durch „freiheitsfeindliche Monarchen“ von 1814/15 zutiefst enttäuscht, weil, wie der damalige Republikaner Joseph Görres in dem von ihm herausgegebenen Blatt „Rheinischer Merkur“ erbost anmerkte, man „alles verwehrte, was man ‚zu erwarten sich berechtigt‘ hielt“, vor allem eine Verfassung, die zukünftig sichern sollte, „was das Volk mit seinem Blut erworben“. Die in Wien versammelten Herrscher und Diplomaten, mit Ausnahme von Stein und Humboldt, hatten sich als wahre „Meister des Konservatismus“ erwiesen, indem sie die patriotische Begeisterung im Land bis zum endgültigen Sieg über Napoleon für sich ausnutzten, um ihr Ziel, die Bewahrung und Festigung der legitimen Dynastien, zu erreichen und zugleich die von ihnen abgelehnten Ideen der Französischen Revolution erfolgreich zu bekämpfen. Sie deuteten den „Freiheitskrieg“ in einen „Befreiungskrieg“ um und verstanden seit der Völkerschlacht von Leipzig den Ausgang dieser eminent bedeutsamen Auseinandersetzung auch als eine Bestätigung der monarchischen Regierungsform, denn aus ihrer Sicht hatte „der legitimistische Gedanke [...] den volkstümlichen mehr und mehr“ zurückgedrängt. Von da an konnten sie ihre nach wie vor feudalabsolutistisch konstituierten Staaten wieder unumschränkt, das heißt „nach Gutdünken“ regieren, „alle nationalen und liberalen Strömungen [...] gnadenlos“ unterdrücken und zudem versuchen, die von ihnen im Vorfeld der Kriege zugestandenen Reformen rückgängig zu machen (S. 14, 180–181, 186–188 u. Klappentext).

Die daraus resultierende Ernüchterung und Enttäuschung bei den preußischen Patrioten wie in der Bevölkerung über die Regierenden, die ihre Versprechen nicht gehalten und „die reellen Opfer“ der Menschen für Preußen nicht einmal ‚in ideeller Münze‘ belohnt hatten“, um noch einmal den Kritiker Görres zu zitieren, aber auch die Hoffnung vieler Preußen auf eine bessere Zukunft und ihre Bereitschaft, „für die Freiheit und die Nation zu kämpfen“ (S. 192), alle diese Stimmungen und Ereignisse fing Karl Friedrich Schinkel 1817 in seinem Gemälde ein und hielt diese in verschiedenen Allegorien fest. Das „Bild mit dem Triumphbogen“, wie das 104 mal 76,5 Zentimeter große Öl-Gemälde wegen des noch fehlenden Titels zuerst bezeichnet wurde, wurde erstmals in der Berliner Akademie-Ausstellung 1818 gezeigt und in der Januar-Ausgabe 1819 des Journals „Originalien aus dem Gebiet der Wahrheit, Kunst, Laune und Phantasie“ besprochen. Heute befindet sich Schinkels Kunstwerk im Besitz der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg und bildet in der vorliegenden Publikation den Dreh- und Angelpunkt der Darstellung. Denn dem Autor gelingt es in den sechs Kapiteln seines Buches fachlich wie methodisch und sprachlich auf überaus beeindruckende Weise, Schinkels Bild, das in der Forschung als „Programmbild und Geschichtsdenkmal“ betrachtet und der patriotischen Baukunst zugeordnet wird, als historische Quelle und als Spiegel bzw. als (Augen-)Zeuge seiner Zeit einzusetzen¹ und aus dem Gemälde heraus ein äußerst facettenreiches Porträt dieser zentralen und bewegten Jahre der preußischen Geschichte zu entwickeln und das Geschehen ebenso wie die Kennzeichen jener Ära Schritt für Schritt, in diesem Falle Bildausschnitt für Bildausschnitt, unter Berücksichtigung der einschlägigen Fachliteratur und auf Grundlage eines breiten, vielfältigen Quellenkorpus¹ – bestehend aus einzelnen archivalischen Nachlassmaterialien, zahlreichen zeitgenössischen Zeitungsberichten und Druckschriften sowie späteren Quellensammlungen – zu erfassen und nachzuzeichnen. Dabei geht der Autor in jedem Kapitel zunächst von Schinkels Kunstwerk und Bildkomposition aus und legt dar, wie der Künstler die maßgeblichen Themen der Epoche im Gemälde aufgriff, in einem bestimmten Bildausschnitt verarbeitete und auf welche Leitideen, Maltechniken und Ausdrucksformen er hierfür zurückgriff. Darauf aufbauend kommen dann die damaligen unterschiedlichen politischen Lager und Parteien in Preußen und ausgewählte, am Geschehen beteiligte historische Persönlichkeiten mit ihren Aussagen,

¹ Zur Forschung vgl.: Annette Dorgerloh: Karl Friedrich Schinkels ‚Triumphbogen‘ 1817 – Programmbild und Geschichtsdenkmal. In: Dies./ Michael Niedermeier/ Horst Bredekamp (Hrsg.): Klassizismus – Gotik. Karl Friedrich Schinkel und die patriotische Baukunst. München/ Berlin 2007, S. 81–98; Peter Burke: Augenzeugenschaft. Bilder als historische Quelle. Berlin 2010; Bernd Roeck: Das historische Auge. Kunstwerke als Zeuge ihrer Zeit. Von der Renaissance zur Revolution. Göttingen 2004.

Einschätzungen und Deutungen zu Wort: Auf der einen Seite sind dies die „preußischen Patrioten und Reformwilligen“, darunter Scharnhorst, Gneisenau, Humboldt und Stein (S. 136), und auf der anderen Seite sind dies die regierenden Eliten, die adlige Opposition, die Entourage am Hof und letztlich auch der preußische König und seine Familie.

Inhaltlich spannt die Darstellung nach dem einleitenden Kapitel einen Bogen, der den Gang der preußischen Geschichte, die Entwicklungen jener Zeit genau verfolgt und diese unter ein passendes Motto stellt, welches die mit den Ereignissen verbundenen Stimmungen und Haltungen charakterisiert und in der Kapitelüberschrift noch einmal zuspitzt wird: Jener Bogen reicht von der Schilderung der militärischen Vorbereitungen und des Verlaufs der Befreiungskriege sowie der Rückkehr der im Dezember 1806 als Kriegsbeute geraubten Quadriga nach Berlin und ihrer erneuten Befestigung auf dem Brandenburger Tor im Juni 1814 im zweiten Kapitel „Triumph“ über die im Rückblick als ungeheure Schmach empfundenen militärischen Niederlagen, territorialen Gebietsverluste und der Besetzung Preußens durch die Franzosen unter Napoleon im dritten Kapitel „Demütigung“, die Betrachtung der wegen der hohen Kontributionsleistungen und zunehmenden Willkürherrschaft als entbehrungsreich geltenden „Franzosenzeit“ in Preußen im vierten Kapitel „Bedrückung“, die Beschreibung der Auseinandersetzungen um die von Bürgertum, Bauernstand, Militärführung und geistiger Elite als notwendig erachtete und schließlich durchgesetzte Umgestaltung der Armee, Reformierung des Bildungs-, Schul- und Universitätswesens, Einleitung der Bauernbefreiung und Einführung einer neuen Städteordnung in Preußen im fünften Kapitel „Selbstbestimmung“ bis zur Erörterung der wieder gefestigten, sich auf die überkommene Staats- und Armeeverfassung stützenden, „rückwärtsgewandte[n], repressive[n], paternalistische[n] Staatsidee“ und Herrschaft Friedrich Wilhelms III und der sich ausbreitenden Desillusionierung und Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die jeweils auch in Schinkels Bild repräsentiert sind, im sechsten Kapitel „Enttäuschung“ (S. 192).

Dass es sich bei diesem Werk um einen wirklich gelungenen, äußerst informativen, aufschlussreichen und dabei sogar noch unterhaltsamen, weil anregend geschriebenen wissenschaftlichen Überblick zur Geschichte Preußens am Beginn der Moderne, insbesondere zur französischen Besatzungszeit, zu den militärischen, gesellschaftlichen, teilweise auch politischen Reformen und zu den antinapoleonischen Kriegen zwischen 1805 und 1817 handelt, das sich auf dem aktuellen Forschungsstand bewegt, multiperspektivisch und interdisziplinär angelegt ist und dabei eine allgemeingeschichtliche Untersuchung mit kunsthistorischen Blickwinkeln und Analyseelementen verbindet, muss am Ende dieser Besprechung klar und deutlich gesagt und positiv hervorgehoben werden. Denn, auch wenn sich dieses Werk an ein breiteres, vorgebildetes Lesepublikum wendet und nicht nur den ausgewiesenen Fachexperten im Auge hat, so tut das der Wissenschaftlichkeit dieser Studie keinen Abbruch. Ganz im Gegenteil, jenem Anspruch wird in mehrerlei Hinsicht entsprochen, nicht zuletzt durch den auf die Darstellung folgenden, umfangreichen und gewissenhaft ausgearbeiteten Anmerkungsteil, durch das grundlegende Quellen- und Literaturverzeichnis, das die relevantesten Titel der Fachliteratur ebenso wie bedeutende Schriften und Hinterlassenschaften der Zeitgenossen aufführt, oder durch das aussagekräftige, gut handhabbare Personenregister.

Wer nun als Historiker oder interessierter Leser wissen und verstehen will, warum „die Hoffnung, Preußen würde ein liberaler Staat mit vorbildlicher Verfassung und vor allem einer repräsentativen Volksvertretung werden“, sich doch nicht erfüllte und stattdessen in dem Land innen- und verfassungspolitisch in den nächsten Jahrzehnten bis zur 1848er Revolution und zum Teil darüber hinaus eine „Zeit der Reaktion und Restauration“ folgte, „gesellschaftliche[r] Stillstand, ja Rückschritt“ eintrat, der konservative König und die Regierung, aber auch die Regenten und Politiker anderer europäischer Mächte „die Ideen der Französischen Revolution und die Wünsche der Bevölkerung missachtet und noch über hundert Jahre lang eigensüchtige nationale Interessen verfolgt“ haben, warum also mit Abschluss des Wiener Kongresses und der Bildung der Heiligen Allianz „der Traum von der Freiheit [...] ausgeträumt“ war (S. 15, 191 u. 194), und wer sich

zu diesem Zweck einen fundierten Überblick über diese besondere Epoche der preußischen Geschichte verschaffen will, dem sei das Buch von Jürgen Luh zur Lektüre dringend anempfohlen.

Dortmund/ Bochum

Birgit Bublies-Godau



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

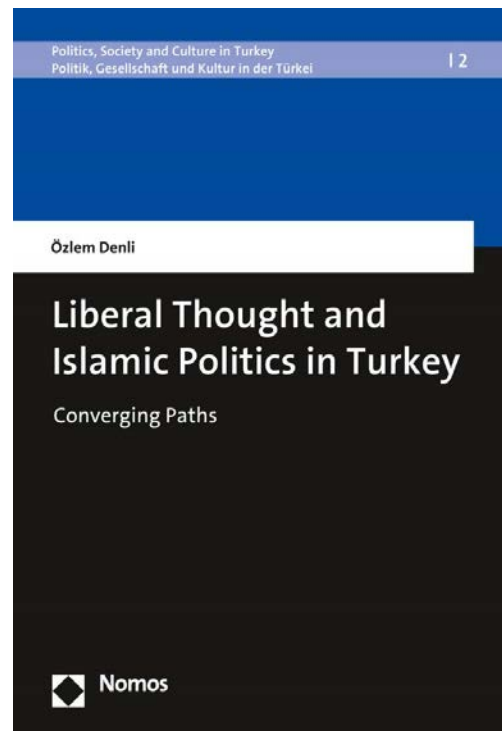


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2019

Özlem Denli: *Liberal Thought and Islamic Politics in Turkey. Converging Paths.*

Baden-Baden: Nomos, 2018 (= Politik, Gesellschaft und Kultur in der Türkei, Band 2), 224 S., ISBN: 978-3-8487-4941-6

Gerade in den zurückliegenden Jahren genießt die Türkei in Deutschland besondere, kritische Aufmerksamkeit. Das hat mit ihrer spezifischen Bedeutung für viele Bürger und Bewohner der Bundesrepublik zu tun, die türkische Wurzeln haben und sich diesem Land häufig – zumindest emotional – sehr nahe fühlen. Das liegt zudem an der strategischen Lage und Bedeutung des großen Staates zwischen Europa und Asien: als wichtiges und aktionsbereites Mitglied des NATO-Bündnisses, aber auch als – von Europa auserkorener – Wall gegen einen als unkontrollierbar empfundenen Strom von Asylsuchenden und Migranten aus den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Diesem Interesse an der Türkei steht eine – kaum minder große – Unkenntnis über die historische Entwicklung und die gegenwärtigen politischen und intellektuellen Strukturen der Türkei gegenüber. Die Gegenwart und der Blick zurück werden zudem durch die Person Recep Tayyip Erdoğan und sein bereits seit 17 Jahren andauerndes Herrschaftssystem verdunkelt – oder auch erhellt – je nach Gusto!



Es ist daher zu begrüßen, dass angesehene deutsche Verlage ihr Programmangebot auch für Publikationen zur intellektuellen und innenpolitischen Entwicklung der Türkei geöffnet haben. Die hier anzuzeigende Publikation ist ursprünglich eine an der Universität Oslo eingereichte, von dem deutschen, seit 2010 an der Universität Yale lehrenden Philosophen und Ethiker Thomas W. Pogge betreute Dissertation. Das 2015 abgeschlossene Dissertationsprojekt der Autorin, einer in Istanbul und Oslo ausgebildeten Politologin und Soziologin, trug den Titel „Liberalism and Islamism in Contemporary Turkey: 'Internal Liberalization' or Authoritarian Institutionalization?“ Seit 2018 lehrt die Autorin als Dozentin an der Fakultät für Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften der Istanbul Gedik Universität, einer kleinen, seit 2010 tätigen Stiftungsuniversität.

Die vorliegende Arbeit ist keine „konventionelle“ Dissertation nach deutschem akademischem Verständnis. Vielmehr handelt es sich um fünf eigenständige, allerdings durch das Rahmenthema (eher lose) verbundene, teils sogar bereits zuvor publizierte „Essays“ (mit jeweils separater Literaturliste), denen eine in Begrifflichkeit und Vorgeschichte der gegenwärtigen Türkei einführende „General Introduction“ vorangestellt ist. Diese eigenwillige Struktur evoziert vor allem eine grundlegende Schwäche der Arbeit: Bei der Kompilation der Essay-Kapitel wurde auf

eine gründliche inhaltliche Durchforstung verzichtet, was notwendig zu einer Vielzahl vermeidbarer Redundanzen führt. Zudem werden Aufbau und Sprachstil wissenschaftlicher Aufsätze beibehalten, was weitere, ermüdende Repetitionen nach sich zieht.

Wenn man Denlis Opus dennoch mit Gewinn liest, so ist das ihrer analytischen Befähigung, ihrer soliden Kenntnis der intellektuellen Debatten in der Türkei und der Forschungsliteratur sowie – nicht zuletzt – ihrer Zeitzeugenschaft zu verdanken, die es ihr gestattet, das geistige Profil der kemalistischen Türkei als auch das Einsickern diverser anti-kemalistischer Tendenzen – bis hin zum siegreichen Vordringen des Islamismus in Gestalt der Regierungspartei AKP – eindrücklich nachzuzeichnen. Wer allerdings, quasi durch den Titel verleitet, bei Denli ein passantes „Einführung in das liberale Denken in der Türkei“ erwartet oder gar eine Einordnung des türkischen Liberalismus in die großen Leitlinien des internationalen Liberalismus zu finden hofft, der wird enttäuscht werden: Denli interessiert der „transformative influence“ (S. 18) türkischer Liberaler, nicht jedoch deren geistige Prägungen oder gar intraliberalen Spezifika. Dass die liberalen Akteure grundlegend durch einen klassisch bis libertär zu nennenden Liberalismus US-amerikanischer, nicht aber europäischer Prägung geformt wurden, wird ebenso wenig problematisiert wie auch die entscheidende Frage, wie es einen türkischen „Liberalismus“ am Ende des 20. Jahrhunderts geben konnte, der offensichtlich so gar nichts mit den Erfahrungen europäischer Liberaler im 19. und 20. Jahrhundert anzufangen wusste. Auch ohne Sarkasmus lässt sich vermuten, dass das Interesse dieser türkischen Liberalen an den Erfahrungen europäischer Liberaler seit dem Beginn der Industriellen Revolution nicht sehr ausgeprägt gewesen ist. Ausbildung und Orientierung wurden allzu oft gerade da gesucht (und gefunden), wo viele türkische Landsleute traditionell eigentlich den „Teufel“ angesiedelt sehen: jenseits des Ozeans.

Im ersten Essay (S. 51–91) setzt sich Özlem Denli – unter der Überschrift „Liberal-Conservative Rapprochement“ – mit der Ideenwelt der sich im Laufe der 1980er Jahre formierenden, dem akademischen Milieu entstammenden „Gesellschaft für liberales Denken“ (türkisch: Liberal Düşünce Topluluğu/LDT) auseinander, die nach ihrer formalen Gründung 1992 seit 1996 ihr zentrales Publikationsorgan, die Zeitschrift „Liberal Düşünce“, herausgibt. LDT war über viele Jahre enger Partner der liberalen Friedrich-Naumann-Stiftung, von der sie sich aber 2016 distanzierte, weil sie glaubte, der deutschen Stiftung unzureichende Genugtuung über die Niederschlagung des Putsches vom 15. Juli 2016 vorhalten zu müssen.

Als ideologische Grundlagen der LDT sieht Denli vor allem die Befürwortung einer von jeglicher Staatsintervention freien Marktwirtschaft, den Primat individueller Freiheit und ein spezifisches Verständnis von Kultur und Religion als „privileged realms that have their own rhythms of continuity and change“ (S. 25). Nach Denli folgt das Gesellschaftsverständnis der LDT dem vom „Dozenten der türkischen Soziologie“, Şerif Mardin, entwickelten Zentrum-Peripherie-Modell. Mardin sieht die Politik der modernen Türkei kontrolliert von einer (das „Zentrum“ bildenden) „Staatselite“ der hohen zivilen und militärischen Vertreter des Kemalismus, die geprägt sind von „the laicist-anticlerical, statist, and positivist outlook of Kemalism“. Diese Elite beherrschte den Rest der Gesellschaft, auch durch Putsche und vom Militär erlassene Verfassungen. Die „Peripherie“ ist im Gegensatz dazu die große Mehrheit der Gesellschaft, deren Leben und Denken weitgehend unverändert vom Islam geprägt ist, und die nur durch formale demokratische Schritte (Wahlen) Einfluss auf den politischen Prozess nehmen kann. Für die LDT rückt nun der politische Islam (in Gestalt der jungen, 2001 gegründeten Partei AKP) die legitimen Interessen der Mehrheit von der „Peripherie“ ins „Zentrum“. Ziel ist eine „post-Kemalist reconfiguration“ von Politik und Gesellschaft in der Türkei: Vom Top-down-Projekt sozialen und politischen Engineerings des Kemalismus mit autoritären Mitteln (Modernisierungsdiktatur) hin zu demokratischer Repräsentation der „Peripherie“, von der sich die türkischen LDT-Liberalen wahre Demokratisierung und Liberalisierung sowie ein Ende des verhassten Etatismus erhoffen.

Das zweite Kapitel/Essay (S. 93–131) ist der Auseinandersetzung der LDT mit der kemalistischen Praxis des Laizismus gewidmet. Die Analyse der LDT setzt an bei der unterstellten Absicht des kemalistischen Staates, den Islam – ausgehend von dessen grundlegender Unvereinbarkeit mit der modernen, säkularen Gesellschaft – „from the spheres of the institutional structure, politics, and civil society“ (S. 27) zu verdrängen („Thesis of Exclusion“). Die kemalistische Staatselite habe den angeblichen „Schutz der laizistischen Grundlagen der Republik“ (so, wie sie nach 1923 von Mustafa Kemal Atatürk geschaffen worden ist) als Vorwand genutzt, um einen etatistischen Status quo zu bewahren und die (demokratischen) Forderungen der „Peripherie“ zu delegitimieren. Der Laizismus sei so zur wesentlichen Stütze „for authoritarian policies of homogenization and social engineering“ geworden. Denli formuliert in diesem Kontext einen gravierenden Vorwurf gegen LDT: Man habe sich dort bewusst und systematisch jeglicher Analyse der Ideen und Ziele der islamistischen Bewegungen und Parteien der Türkei enthalten. Für Denli ist die Begründung evident: LDT habe das Bündnis der anti-etatistischen Kräfte nicht durch unzeitige Erwägungen über die (Nicht-)Kompatibilität von liberalen und islamistischen Zielen belasten wollen. Es galt, den gemeinsamen Erzfeind, den autoritären, etatistischen Kemalismus zu stellen – und zu besiegen!

Im dritten Kapitel (S. 133–165) befasst sich die Autorin mit der „Kopftuch“-Debatte in der modernen Türkei bis in die 1990er Jahre. Für Denli geht es im kemalistischen Modernisierungsprojekt um die grundlegende Veränderung des Status der Frau in der sehr traditionalistischen Gesellschaft der Türkei – hin zu Gleichberechtigung und Befreiung der Frau von den „Fesseln“ traditionell-islamischer Werte. Die „Entschleierung der Frau“ war das geplante Resultat eines „broader reformist, emancipatory enterprise“ (S. 29). Das Auftauchen des Kopftuchs just in den türkischen Universitäten seit den 1980er Jahren habe aus Sicht des Kemalismus daher das Scheitern der bis dahin gehegten Hoffnung und Überzeugung vom „withering away of veiling“ bedeutet. Das kemalistische System sei daraufhin von einem pädagogischen zu einem verbietend-straftenden Politikansatz übergegangen. Das Kopftuch-Tragen, das stets als residuale und ephemere Praxis aus der vorrepublikanischen Zeit perzipiert worden war, wurde nun als „politisch-islamistisch“ und als Ausdruck einer gegen die „säkularen Wurzeln“ der Republik gerichteten Anti-System-Agenda definiert – und sanktioniert.

Denli sieht die 1990er Jahre als eine historische Phase, in der zwar der türkische Islamismus tatsächlich von Einflüssen einer globalen islamistischen Radikalisierung erfasst worden sei, zugleich aber eine innere Differenzierung – Denli spricht von „hybrid theorizing“ – erfahren habe. Bis dahin habe man islamische Ideale von Gesellschaft, Institutionen und „way of life“ zumeist als Gegenmodell zum Westen und dessen Werten dargestellt. Das habe sich in der Folgezeit geändert: Ein kreativer intellektueller Prozess der Einbeziehung „nicht-islamischer Werte“ in ein neues Islam-Verständnis, u. a. durch innovative Neu-Interpretation islamischer Quellen, habe eingesetzt. Hier bleibt die Autorin dem Leser allerdings Belege für ihre These schuldig. Man geht sicher nicht fehl, wenn man hinter diesem (wissenschaftlichen) Mangel ganz konkrete und legitime Selbstschutz-Interessen der türkischen Staatsbürgerin Denli vermutet: Die Erwähnung neuer Wege des Islam-Verständnisses öffnet die Tür zu einem (Un-)Wort der türkischen Gegenwart, das der Leser in der gesamten Publikation jedoch vergebens sucht („Gülenisten“ oder „Nurculuklar“), und das jeden Autor in der Türkei heutzutage in gravierende Schwierigkeiten bringen kann.

So ist es dem „Helden“ von Denlis viertem Essay (S. 167–191) ergangen, der eine Neuinterpretation der sogenannten „Medina-Verfassung“ aus der ersten Hälfte des 7. Jahrhunderts vorgelegt hat: der türkische Soziologe und Publizist Ali Bulaç. Bulaç, einer der wichtigen intellektuellen Repräsentanten der Gülen-Bewegung in der Türkei, sitzt seit Juli 2016 unter dem Vorwurf der Beteiligung am Juli-Putsch und der aktiven Unterstützung der terroristischen FETÖ-Bewegung (so wird die Gülen-Bewegung in der Türkei heutzutage ausschließlich tituliert) in Untersuchungshaft und wartet auf den Ausgang des Gerichtsverfahrens, in dem die Staatsanwaltschaft die

Verhängung einer mehrfach lebenslänglichen Haftstrafe gegen ihn – wie gegen andere intellektuelle Vertreter der Gülen-Bewegung – fordert. All das bleibt bei Denli unerwähnt. Dass sie überhaupt die Aufnahme des Bulaç-Kapitels in der in Deutschland erfolgenden Drucklegung riskiert hat, muss unter den obwaltenden Umständen jedoch geradezu als „tollkühn“ bewertet werden.

Bulaç entwickelt – unter Neuinterpretation der in islamischen Kreisen höchst kontrovers bewerteten „Medina-Verfassung“ – ein alternatives Gesellschaftsmodell, das auf Vertragsbeziehungen rechtlich autonomer Gemeinschaften basiert, insofern ähnlich dem osmanischen Millet-System. Aber Bulaç propagiert eine auf freier Wahl beruhende Gruppenzugehörigkeit, die keine Privilegien für Muslime resp. die grundlegende Gleichheit aller Gemeinschaften vor der selbstgewählten Verfassungsordnung proklamiert. Denli sieht Bulaçs Konzept zwar als ungeeignet für die moderne Welt an, aber es bezeuge eine „partial internal secularization“ (S. 32) innerhalb des Islamismus. Sie sieht Bulaçs Konzept sogar als Versuch einer konstruktiven Neu-Lektüre der islamischen Quellen, um Vorstellungen von Pluralismus, Gleichheit und Vertragstheorie in den Islam einzubeziehen. Bulaç präsentiere die islamische Kritik am Kemalismus mit dem Ziel, die politische Autorität so zu organisieren, dass die Pluralität der Religionen und Weltanschauungen respektiert werde.

Das Schlusskapitel ist – unter der Überschrift „Transformation des türkischen Islamismus und die AKP“ (S. 193–224) ausschließlich den Wandlungen im Lager des türkischen Islamismus vorbehalten. Dessen politische Repräsentantin in den 1980er und 1990er Jahren, die Refah Partisi („Wohlfahrtspartei“/RP), die unter der Führung von Necmettin Erbakan 1995 erstmalig zur stärksten politischen Kraft des Landes aufstieg, habe dauerhaft die Forderungen einer neuen, sich im Zuge der marktwirtschaftlichen Öffnung der 1980er Jahre formierenden ökonomischen Elite im Islam nicht mit den Erwartungen der traditionellen Wählerklientel (kleine Kaufleute, Händler, Handwerker, die städtischen Armen) übereinbringen können. Denn letztere erwartete eine staatlich regulierte Ökonomie und Umverteilung, was den Interessen des jungen und ehrgeizigen islamischen Kapitals fundamental widersprochen habe. Auch der konfrontative Diskurs der RP geriet in die Kritik. Der parteiinterne Konflikt wurde – über die 1998 staatsanwaltlich verfügte Auflösung der RP hinaus – in deren Nachfolgepartei getragen, der die kemalistische Justiz allerdings wiederum lediglich eine vierjährige Lebenszeit zubilligte. 2001 nun betritt – Spaltungsprodukt der „Tugendpartei“/FP – die AKP („Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“) unter Führung des ehemaligen Oberbürgermeisters von Istanbul, Recep Tayyip Erdoğan, die politische Bühne.

Denli unterscheidet zwei Entwicklungsphasen der AKP. Die erste stellt sie unter das Motto „Building Alliances and Consolidation“. Von 2002 bis 2010/11 profiliert sich die AKP – besonders auch im westlichen Ausland – als islamisch-konservative und demokratische Reformkraft, die endlich Schluss macht mit der Entmündigung der türkischen Bürger und der Beschränkung der Demokratie durch die Staatseliten des Kemalismus. Dafür wird sie gefeiert – besonders auch von den Liberalen im Lande. In der Phase seit 2011 (man könnte hinzufügen: bis zum Verfassungsreferendum von 2017) versucht sich die AKP dann, Staat, Justizwesen, Sicherheitsorgane und Medien untertan zu machen („Reconfiguring the State“). Die Partei und insbesondere ihr unumstrittener Führer zeigen, dass es nicht – wie zunächst beteuert und zugestandenermaßen durch einschlägige Aktivitäten unterstrichen – um „mehr Demokratie, Liberalisierung und Stärkung der Zivilgesellschaft“ geht, sondern darum, das Projekt der Islamisierung „von oben nach unten“ umzusetzen, die eigene Klientel ökonomisch zu bedienen und den Staat schlichtweg unter die Kontrolle der Partei zu bringen. Die von Denli so beschriebene Tendenz hat in den Jahren nach Fertigstellung ihrer Arbeit nichts mehr als eine faktische Bestätigung gefunden. Der schier unaufhaltsam erscheinende Abmarsch der Türkei in einen islamisch getönten Islamismus: Erst in diesen Tagen erscheinen Zweifel erlaubt, ob alle Blümenträume der über Jahre von Siegesgewissheit und Hybris nur so strotzenden Akteure reifen werden.

Und zum Schluss: Was bleibt von den Liberalen in der Türkei? Zumindest die, die sich über Jahre in liberalen intellektuellen Zirkeln bewegten und sich nicht satt genug sehen konnten am Niedergang des Kemalismus – sie haben auf der ganzen Linie versagt und sind für Jahre als politische Ratgeber verbrannt. Sie haben nicht verstanden, dass sie sich in ihrem Kampf für ein liberales, nicht religionsfeindliches Verständnis des Säkularismus mit denen gemein gemacht hatten, die „Religionsfreiheit“ nur so lange auf ihrer Agenda haben, bis sie festlegen können, welche Grundfreiheiten vom Staat zu schützen und vor allem zu missachten sind. Der verquere Liberalismus vieler türkischer Liberaler aber hat die Gefahr, die von neuen, anders gearteten Etatisten im demokratischen Schafspelz ausging und ausgeht, weder erkennen können noch wollen: Über Jahre noch wird dem türkischen Liberalismus die faktische Kapitulation vor dem Islamismus aufgrund seiner tief verwurzelten Staatsphobie und der Makel geistigen Handlangertums anhaften. Und das in einem Land, das nichts mehr braucht als individuelle Freiheit, Respekt vor dem Rechtsstaat, den säkularen Staat als Garanten der individuellen Religionsfreiheit, Überwindung des lähmenden und undemokratischen Zentralismus, ein offenes Bildungswesen und eine bunte und vielfältige Medienlandschaft. Die Türkei braucht liberales Denken. Aber dessen potentielle Repräsentanten müssen erst wieder mit einer neuen, unverbrauchten Generation heranwachsen.

Istanbul

Hans-Georg Fleck



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2019

Manuel Limbach: Bürger gegen Hitler. Vorgeschichte, Aufbau und Wirken des bayerischen „Sperr-Kreises“.

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2019 (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Band 102), 577 S., ISBN 978-3-525-31071-7

Noch zur Jahrtausendwende konnte man in einem verbreiteten Paperback zum deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus lesen, dass der politische Liberalismus dort „keine Spuren hinterlassen“ habe.¹ Das stimmte schon damals nicht, wenn man an die Arbeiten von Horst Sassin denkt,² und kann inzwischen vor allem dank der Forschungen von Joachim Scholtyseck³ als überholter Forschungsstand gelten. Aus seiner Schule stammt nun eine voluminöse Untersuchung, die zeigt, wie sehr Liberale, d. h. führende Persönlichkeiten des Weimarer Liberalismus, im Zentrum von Widerstandskreisen und -aktionen standen.

Manuel Limbach widmet sich dem „Sperr-Kreis“, dessen Existenz zwar bereits bekannt war, aber dessen Aktionen und Ausmaß nicht nur der Gestapo – glücklicherweise für viele seiner Mitglieder – verborgen geblieben sind. An dessen Spitze standen neben dem Namensgeber Franz Sperr, einem bayrischen Offizier und Diplomaten, mit Eduard Hamm und Otto Geßler zwei Weimarer Reichsminister aus den Reihen der DDP. Alle drei waren zu Beginn der NS-Herrschaft aus ihren letzten öffentlichen Ämtern gedrängt worden und kamen im Umfeld des letzten bayerischen Kronprinzen Rupprecht wieder zusammen. Dieser machte sich Hoffnungen auf eine monarchische Restauration in Bayern nach einem Ende des Nationalsozialismus und suchte sich dafür zuverlässige „Berater“. Allerdings ging Rupprecht 1939 ins italienische (!) Exil und war an den Widerstandsplanungen zu Beginn und Mitte des Weltkriegs nicht beteiligt, weshalb er von Limbach auch nicht als Mitglied des „Sperr-Kreises“ angesehen wird (S. 514).

Die drei anderen Köpfe des Sperr-Kreises einte nicht nur die bayerische Herkunft und ihre Mittlerstellung zwischen Bayern und dem „Reich“ – Sperr war der letzte bayerische Gesandte in Berlin und zwar BVP-nah –, sondern auch das Bekenntnis zu liberalen Grundwerten wie Föderalismus, Rechtsstaat und Marktwirtschaft. Abgestuft hingen sie mehr – Geßler, Sperr – oder weni-



¹ Hartmut Mehringer: Widerstand und Emigration. Das NS-Regime und seine Gegner. 2. Aufl. München 1998, S. 116.

² Vgl. z. B. Horst R. Sassin: Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Straßmann-Gruppe 1934–1942. Hamburg 1993.

³ Vgl. vor allem Joachim Scholtyseck: Robert Bosch und der liberale Widerstand gegen Hitler 1933 bis 1945. München 1999.

ger – Hamm – dem Gedanken einer möglichen Restauration der Wittelsbacher an; der Nationalsozialismus war ihnen zutiefst zuwider, was aber nicht die Kontaktaufnahme zu „zuverlässigen“ NSDAP-Mitgliedern verhinderte. Ihr Sinnen und Trachten richtete sich, das war das Band zum ursprünglichen Initiator Kronprinz Rupprecht, auf eine Zeit „danach“. Mögliche Einwände, ob das schon „Widerstand“ sei, umgeht Limbach zunächst mit Verweis auf die Widerstandsdefinitionen von Winfried Becker, was „orthodoxen“ Widerstands-Experten vielleicht nicht ausreichen mag, sich aber nach Auffassung des Rezensenten als durchaus tragfähig erweist.

Denn es zeigt sich, dass die Tätigkeit des Sperr-Kreises ab 1939 wirklichen Widerstand bedeutete: Nicht nur wurde der Kreis ab dann auf 50 bis 60 Personen in ganz Bayern ausgeweitet. Sondern es wurde auch konspiriert und sondiert, inwieweit sich die ganz große Katastrophe verhindern ließ. In den ersten Kriegsmonaten war es vor allem der Reichswehrminister Otto Geßler, der alte Kontakte zu Militärs und Kabinetts- bzw. Parlamentskollegen im In- und Ausland spielen ließ, um vor dem Westfeldzug zu einem Arrangement mit London und Paris zu kommen. Dass es Geßler und auch Hamm resp. Sperr dabei nebenbei um die Bewahrung einer deutschen Großmachtstellung in Mitteleuropa ging, ist wohl keineswegs ehrenrührig. Diese Kontakte scheiterten aber nicht zuletzt an den Eifersüchteleien der verschiedenen Protagonisten – jenseits des Sperr-Kreises – untereinander, wiewohl man ihnen insgesamt keine großen Aussichten konzедieren kann. Denn zu wenig konnte man wohl bei den Westmächten den Einfluss der Opposition in Deutschland abschätzen, selbst bei Schützenhilfe aus dem Vatikan.

Der zweite Schwerpunkt der Widerstandstätigkeit im Sperr-Kreis lag in der Kriegsmitte, nicht ungefähr nach der Schlacht um Stalingrad. Hier wurde nun Kontakt zu anderen Widerstandskreisen gesucht, auch weil man inzwischen nicht mehr glaubte, sich allein auf Hoffen auf die Zeit „danach“ beschränken zu dürfen. Das Erstaunliche ist, welche Verflechtungen und Verbindungslinien Limbach nachweisen kann: „Die Verbindungen zwischen dem ‚Sperr-Kreis‘ und den Widerständlern in Berlin waren enger als bisher angenommen“ (S. 434). Und sie wurden zwei seiner führenden Köpfe letztlich zum Verhängnis.

Zwar schätzten Sperr und seine Männer die Möglichkeit, dass von Bayern ein Signal zum Umsturz ausgehen könne, als sehr gering ein, trotz aller eigenen Bemühungen. Aber man wollte sich beteiligen, wenn von woanders dieses Signal dazu gegeben würde. Allerdings wurde man dann doch vom Attentat des 20. Juli 1944 überrascht und hielt den Zeitpunkt für ungünstig, da – das war die Erfahrung der „Weimarer“ – eine neuerliche Dolchstoßlegende drohte. Zu einer wirklichen Unterstützung des Berliner Umsturzversuches kam es dann nicht, konnte es auch nicht, da dieser schnell niedergeschlagen wurde.

Wohl aber waren die Köpfe des Sperr-Kreises, allen voran Otto Geßler, auf verschiedenen Listen für den politischen Neuanfang. Geßler wurde deshalb schon am 22. Juli verhaftet und im KZ Ravensbrück gefoltert. Anders als Sperr und Hamm überlebte er jedoch. Jenen wurden Kontakte zu Stauffenberg und das Wissen um die Attentatspläne zum Verhängnis, was beide mit dem Tod bezahlten: Sperr wurde hingerichtet, Hamm entzog sich dem Todesurteil durch Selbstmord während eines Verhörs. Wieso Geßler diesem Schicksal entging, kann auch Limbach nicht ganz klären (vgl. S. 478).

Diese Zusammenfassung der von Limbach sehr akribisch und auf breiter Quellenlage – ein besonderes Problem der Widerstandsforschung – dargestellten Widerstandstätigkeit behandelt nur einen, wenn auch zentralen Aspekt der Studie, die sich auf vielfältige Weise (struktur-, personen- und ideengeschichtlich) ihrem Gegenstand nähert, zum Teil auch weit zurückgreift. Es soll auch gar nicht versucht werden, dies alles hier anzusprechen. Wichtig erscheint aber die Frage, inwieweit es sich hier um „bürgerlichen“ und „liberalen“ Widerstand, also letztlich um einen Gegenstand der Liberalismus-Forschung handelt.

Einiges scheint auf den ersten Blick, trotz der beiden Weimarer Minister a.D., dagegen zu sprechen: ein bayerischer Kronprinz als Initiator, Militärs und katholische Geistliche als wichtige Ansprechpartner, eine mögliche monarchische Restauration als Zielpunkt. „Bürgerlich“ ist der Sperr-Kreis dann zunächst auch einmal vor allem deshalb, weil er sich vornehmlich aus Angehörigen der bürgerlichen Parteien Weimars rekrutierte. Unter diesen stellten die beiden liberalen Parteien zusammen mit über 36 % die stärkste „Fraktion“ noch vor der in Bayern ehemals dominierenden BVP (27 %) und der DNVP (21 %) (S. 534). Leider wird weder an dieser Stelle noch irgendwo im Text erläutert, wie die Grafik zustandegekommen ist, vor allem auf wie viele Mitglieder des Sperr-Kreises sie sich bezieht. Dennoch können wir von einem bedeutsamen Einfluss liberaler Elemente ausgehen.

Das „Bürgerlich-liberale“ des Sperr-Kreises wird sodann vor allem im Vergleich zu den anderen Widerstands-Kreisen deutlich: Unter den Protagonisten des 20. Juli dominierten bekanntlich die alten aristokratischen Eliten Preußens (vgl. S. 393); und vom Kreisauer Kreis hoben sich die Sperr-Leute durch eine deutlich liberalere Wirtschafts- und Religionspolitik ab (vgl. S. 424 f.). Dennoch hielt die Gestapo den Sperr-Kreis für einen bloßen süddeutschen Ableger von Kreisau, weshalb viele Protagonisten nicht aufgedeckt wurden. Selbst Kronprinz Rupprecht wurde durch den Liberalismus seiner Ratgeber offenbar angesteckt (vgl. S. 373). Mithin haben wir es neben der bekannten Robinsohn-Straßmann-Gruppe hier mit einer weiteren eindeutig liberal ausgerichteten Widerstandsgruppe zu tun.

Was von Limbach nicht thematisiert wird, ist allerdings eine andere, für überzeugte Liberale langfristig nicht so erfreuliche Erfahrung der NS-Zeit, die offenbar auch im Sperr-Kreis gemacht worden ist: Die Einbindung von Liberalen in überparteiliche Strukturen verstärkte zusammen mit den Erfahrungen am Ende von Weimar die Anschauung, dass die parteipolitische Zukunft vielleicht nicht mehr in einem eigenständig organisierten Liberalismus, sondern vielmehr in „bürgerlichen Gesamtparteien“ liegen könne. Nicht von ungefähr ist im Hinblick auf die politischen Nachkriegskarrieren überlebender Mitglieder des Sperr-Kreises bei Limbach nur von Mitgliedschaften in den Unionsparteien die Rede, nicht aber von der FDP (vgl. S. 499). Interessant wäre es zu erfahren, wie viele dieser CSU- und CDU-Mitglieder vor 1933 in nicht-katholischen Parteien gewesen sind.

Dennoch haben wir es bei dieser Untersuchung zweifellos mit einem sehr bedeutsamen Beitrag zur Liberalismus-Forschung zu tun, der unser Wissen um den liberalen Widerstand entscheidend erweitert und nicht ohne Grund 2017 mit dem Wolf-Erich-Kellner-Preis ausgezeichnet worden ist.

Bonn/Gummersbach

Jürgen Frölich



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2019

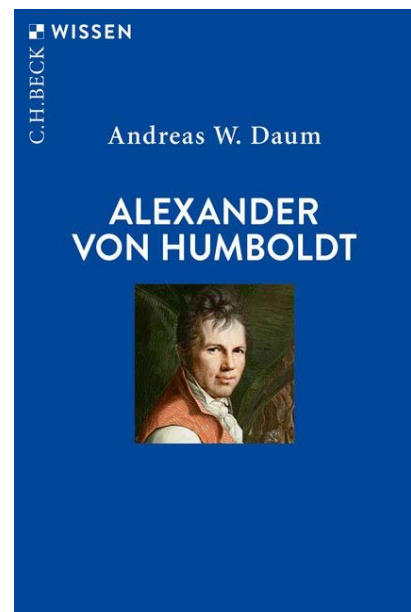
Andreas W. Daum: Alexander von Humboldt.

München: C.H. Beck, 2019 (= C.H. Beck Wissen, Band 2888). 128 S., Ill., ISBN: 978-3-406-73435-9

Über den Naturforscher Alexander von Humboldt (1769–1859), dessen Geburt sich 2019 zum 250. Mal jährt, ist bereits viel geforscht und geschrieben worden. Ein Handbuch, eine Doppelbiographie über ihn und seinen Bruder, den Bildungsreformer Wilhelm, sowie gleich mehrere deutsche Werke haben sich Leben und Leistung eines beeindruckenden Gelehrten allein in den letzten zwei Jahrzehnten gewidmet. Nun hat der in Buffalo (USA) lehrende Wissenschaftshistoriker Andreas W. Daum einen „kleinen Humboldt“ (S. 121) vorgelegt. Um es gleich vorweg zu sagen: Die Lektüre ist nicht nur lohnend und lehrreich, sondern macht Lust auf mehr. Man liest das auf 120 kleinformatige Seiten komprimierte Leben Alexander von Humboldts ohne Weiteres in einem Rutsch.

Daum ist es gelungen, Leben und Werk des „Naturforschers von Weltrang“ (Klappentext) auch für Laien anschaulich darzustellen, indem er immer wieder Erklärungen einbaut, die dem Experten selbstverständlich erscheinen, es aber nicht wirklich für jeden sind. Darüber hinaus „verortet er Humboldt in seiner Zeit“, er vermittelt durch das Medium der Biographie einer faszinierenden „Epochengestalt“ (S. 6 f.) ein politisches und kulturelles Zeitpanorama. Denn Humboldt füllt mit fast neunzig Jahren Lebensalter die „Sattelzeit“ (R. Koselleck) von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Immer wieder verbindet Daum die biographische Darstellung mit Passagen über die Orte, die Humboldt besuchte, und die Ereignisse, die er erlebte bzw. die sein Leben begleiteten oder beeinflussten.

In Humboldts Lebensspanne vollzog sich die „Verwandlung der Welt“ (J. Osterhammel), indem in Westeuropa die altständische Ordnung von der modernen bürgerlichen Klassengesellschaft abgelöst wurde und mit der fortgeführten weltweiten Kolonisierung eine weitere Globalisierung einherging. Daum schildert Humboldt als rastloses „Multitalent, das Wissenschaft zum Beruf und fortwährende Forschung zum Lebensstil machte“ (S. 7). Humboldt hat diese Zeit des beschleunigten Wandels zwischen der Aufklärungsepoche und den europäischen Revolutionen von 1848/49 nicht nur miterlebt, sondern war an der Wissensvermehrung, Wissensverdichtung und Wissensvermittlung aktiv beteiligt. Dies spiegelt sich in seinen zahllosen Schriften sowie in unzähligen Briefen, die der Netzwerker verfasste und erhielt. Humboldt blieb zeitlebens neugierig und wissensdurstig, und seine Interessen bezogen sich auf viele Forschungsgebiete, auf Botanik, Biologie, Geographie und Geologie ebenso wie auf Kunst, Geschichte, Ethnologie und Alltagsleben. Er hegte, bekannte er, „unbändige Wünsche nach weiten und unbekannten Dingen“ (S. 15).



Nach einem Studium der Kameralistik in Frankfurt/Oder, Berlin und Freiberg/Sachsen verbrachte der aus einer neunobilitierten Familie stammende Humboldt, formal ohne Abschluss (!), zunächst einige Berufsjahre als Bergassessor im preußischen Staatsdienst, den er nach Antritt eines Erbes von fast 100.000 Talern freiwillig verließ. Die ersten Reisen führten den gerade Zwanzigjährigen um 1790, u.a. in Begleitung von Georg Forster, nach England und Frankreich. In beiden Ländern baute er systematisch Netzwerke zu Gelehrten auf. Dies gelang ihm besonders, während er über zwanzig Jahre (1804–1827) in Paris wohnte, und auch auf allen seinen zeitlich wie räumlich weitreichenden Exkursionen. Aus den Reisen ergaben sich regelmäßig Publikationen, die sich mit Geschichte, Landeskunde, Sprache, Flora und Fauna der Länder und Regionen beschäftigten. Seine spektakulärsten Exkursionen führten Humboldt in die Karibik (Kuba), nach Süd-, Mittel- und Nordamerika (1799–1804) sowie 1829, von Kosaken eskortiert, bis tief nach Russland (ins heutige östliche Kasachstan). Besonders seine legendäre Flussfahrt auf dem Orinoco in Venezuela und die Besteigung des Vulkans Chimborazo in den Anden (heute in Ecuador) machten ihn nach den darauf folgenden umfangreichen und illustrierten Veröffentlichungen zu einem weltbekannten Forscher.

Alexander von Humboldt interessierte sich für viele zeitgenössisch noch ungeklärte naturwissenschaftliche Fragen, so nach dem Ursprung der Gesteine und den klimatischen Zonen („Isothermen“). Er sammelte empirische Daten, wo immer er sich aufhielt, und er verknüpfte sie mit einem ästhetischen Empfinden für die Natur. Mit seiner „ganzheitlichen Naturbetrachtung“ war er seiner Zeit weit voraus; zudem bewegte ihn ein „obsessiver Vermessungsdrang“ (S. 58). Er betätigte sich als polyglotter Weltreisender („erster Atlantiker“, S. 84) und vielseitiger Umweltforscher in einer Zeit, in der Europa verheerenden Kriegen und sozialen Krisen ausgesetzt war. Daum gelingt es, genau diese Zusammenhänge und Wechselwirkungen sehr anschaulich zu beschreiben und zu analysieren. Darüber hinaus zeichnet er auch ein Bild des Menschen Humboldt, der keineswegs nur ein nüchterner Forscher gewesen sei, sondern ein emotional vielschichtiger Mensch. Daum spricht konkret seine homoerotischen Neigungen an, wobei angesichts der Quellenlage offenbleiben muss, inwieweit Humboldt jenseits eindeutig formulierter Briefstellen jemals eine „intime Gemeinsamkeit mit einem Partner erlebt“ habe (S. 28). Auffällig ist jedenfalls, dass er seine Reisen stets mit ihm nahestehenden Männern unternahm, die er zudem benötigte, um diverse naturwissenschaftliche Experimente und Messungen durchzuführen, das enorme Gepäck mit allerlei Instrumenten und Fundstücken zu transportieren und die Forschungsdaten auszuwerten sowie zur Veröffentlichung vorzubereiten. Die Strapazen der Reisen, die ihn mehr als einmal auch in Lebensgefahr brachten, hat er in ausgedehnten Tagebüchern beschrieben.

Der Nachwelt hat Humboldt, ein „Jongleur der Wissenschaft“ (S. 64) und „Pionier der Wissenschaftsgeschichte“ (S. 101), zahlreiche naturwissenschaftliche und landeskundliche Beschreibungen, besonders zur Pflanzengeographie („Naturgemälde der Anden“, 1807, „Ansichten der Natur“, 1808), sowie Briefwechsel und autobiographische Zeugnisse hinterlassen. Obwohl er nie dort war, weil entsprechende Reisepläne scheiterten, behandelten seine Veröffentlichungen auch Madagaskar, den Himalaya oder Sumatra. Viele Forschungen und Schriften blieben allerdings unsystematisch und unvollendet. Allein die Finanzen des rastlos Reisenden hatten sich trotz Erbschaft, Honoraren, staatlicher Pension und zahlreichen Krediten an seinem Lebensende weitgehend erschöpft.

Humboldt ist als „hyperaktiver Reisender“ (S. 67) zahlreichen berühmten Zeitgenossen begegnet: Die Liste reicht von Heine, Schiller und Goethe, Liebig, Gauß und Lichtenberg bis zu den Staatsmännern von Napoleon und Friedrich Wilhelm IV. über Thomas Jefferson bis zu Simón Bolívar. In seinen Schriften und öffentlichen Vorlesungen, u.a. in der Berliner Singakademie, wandte sich Humboldt an ein breites Publikum („Onkel Kosmos“, S. 114). Er konnte es sich als „gentleman scientist“ (S. 107) leisten, recht unabhängig seine Meinung zu äußern. Obwohl er mehrfach in diplomatischen Diensten für die Monarchen von Preußen, Russland und Spanien

tätig war, sprach er sich aus humanitären Erwägungen für die Abschaffung der Leibeigenschaft und der Sklaverei aus. Er lehnte die gewaltsame Revolution ab, befürwortete stattdessen maßvolle politische Reformen und liebäugelte zeitlebens mit dem Liberalismus. Metternich hielt ihn deshalb für einen „politisch schiefen Kopf“ (S. 81).

Andreas Daum hat ein inhaltlich kompaktes, leicht zu lesendes und enorm spannendes Buch über einen faszinierenden Forscher verfasst. Man darf auf eine Langfassung, den „großen Humboldt“, deshalb sehr gespannt sein.

Gummersbach/Wuppertal

Ewald Grothe



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2019

Janosch Pastewka: Koalitionen statt Klassenkampf. Der sächsische Landtag in der Weimarer Republik 1918–1933.

Ostfildern: Thorbecke, 2018 (= Studien und Schriften zur Geschichte der sächsischen Landtage, Band 3), 349 S., Ill., ISBN: 978-3-7995-8462-3

Pastewka schließt mit der Erforschung des Parlamentarismus Sachsens in der Weimarer Republik eine Lücke. Allein das wäre schon genug Rechtfertigung für diese Studie, die als Dissertation 2017 bei Josef Matzerath in Dresden vorgelegt wurde. Doch dem Autor gelingt es zudem, die bisherige Auffassung, dass im Sachsen der 1920er Jahre der Klassenkampf vorgeherrscht habe, gründlich zu widerlegen. Bereits der klug gewählte Titel der Studie „Koalitionen statt Klassenkampf“ dokumentiert die Grundthese, dass es im sächsischen Landtag wiederholt zu versuchten und mehrfach zu erfolgreichen Koalitionsbildungen kam. Landtagsgeschichte als Koalitionsgeschichte – hier entsteht ein anderes Gesicht des Parlamentarismus der 1920er Jahre, der ja im Hinblick auf den Reichstag, unzulässig verallgemeinernd, als eine der Ursachen für den Untergang der ersten deutschen Demokratie angesehen wird, weil er polarisiert, zersplittert und zerstritten gewesen sei.



Im Unterschied zu anderen Landesparlamenten, in denen seit der Pionierstudie von Horst Möller über Preußen (1985) in den letzten Jahren grundlegende Arbeiten erschienen sind (Braun über Baden, 2009; Leimbach über Thüringen, 2016), gab es für Sachsen bisher nur Überblicke oder speziellere Arbeiten über die Verfassungsdiskussion (Frackowiak, 2005), die Sozialdemokratie (Rudolph, 1995) oder die Landtagsarchitektur (Denk/Matzerath, 2000). Dies ändert nun die Untersuchung von Pastewka. Er stellt die grundsätzliche Frage, „wie eine parlamentarische Institution mit langer Traditionsbehauptung auf die grundlegenden Veränderungen nach dem Ende des Ersten Weltkriegs reagierte“ (S. 17). Dabei nimmt er insbesondere auch die neuen Weimarforschungen in den Blick, die sich nachdrücklich von den früheren teleologischen Deutungen der Zeit vor 1933 distanzieren. Weimar müsse „von vorne“ betrachtet werden und nicht vom Ende her; denn dabei soll vor allem der „Erwartungshorizont“ der Zeitgenossen berücksichtigt werden (S. 25).

Bei Pastewka steht das Parlament ganz im Zentrum der Studie, im Grunde liest sie sich wie ein Band von Gerhard A. Ritters „Handbuch des deutschen Parlamentarismus“. Diese Anmutung eines handbuchartigen Überblicks bestätigt auch der Aufbau des Buches. Der Verfasser nutzt dabei das metaphorische Bild des Theaters, indem er zunächst die „Bühne“ (den Tagungsort und den „Alltag“), dann die „Schauspieler“ (die Fraktionen und Abgeordneten) und schließlich das „Stück“ (die Entwicklung in „Zeitschnitten“) nacheinander vor Augen führt (S. 26). Die Einsichten, die er dabei gewinnt, sind spannend und weiterführend; sie erfüllen in großen Teilen das, was

man zu Recht eine politische Kulturgeschichte des sächsischen Parlamentarismus nennen darf. Besonders im ersten Teil, der Beschreibung und Analyse der „Bühne“, gelingen Pastewka bemerkenswerte und zum Teil originelle Blicke in das parlamentarische Innenleben, so in seinen Ausführungen zur Topographie, über den „Weg zum Landtag“ oder den „Weg des Papiers“. Dass Abgeordnete beispielsweise nicht selten mit dem Fahrrad zum Landtag kamen, dass fast 14.000 Petitionen den Landtag in 14 Jahren erreichten oder dass der Bildschmuck in den Räumen aus der Dresdener Gemäldegalerie stammte, zählt zu den bisweilen kuriosen, auf der praktischen wie symbolischen Ebene gleichwohl nicht bedeutungslosen Erkenntnissen.

Pastewka erörtert weiterhin, wie der sächsische Landtag in Fraktionen und Ausschüssen organisiert war. Beim Blick auf die knapp 100 Abgeordneten fällt ins Auge, dass es in Sachsen aufgrund der konfessionellen Ausrichtung – anders als sonst – keine katholische Volkspartei also kein „Zentrum“ gab. Neben der starken, aber anfangs gespaltenen Sozialdemokratie und den liberalen Parteien der bürgerlichen Mitte (DDP, DVP) spielten die antirepublikanischen Fraktionen von DNVP, KPD und später NSDAP einflussreiche Rollen. Bemerkenswertes „Alleinstellungsmerkmal“ ist zudem, dass in Dresden bürgerliche „Kleinparteien“ „erstmalig oder im reichsweiten Vergleich am erfolgreichsten operierten“ (S. 76). 1930 entsandten elf Parteien Abgeordnete in den Landtag, vier erlangten nicht einmal Fraktionsstatus. Damit erwies sich das Dresdener Parlament in Sachen Zersplitterung als das Spiegelbild des Berliner Reichstags.

Pastewka schaut auch auf einzelne Landtagsräume wie die Bibliothek und den Erfrischungsraum, in denen Kommunikation, bisweilen auch „schmutzige politische Geschäfte“ (S. 83) stattfanden. Festliche Essen wie einst im alten Ständehaus waren verpönt, dafür hielt aber das Angebot diverse Alkoholika und Rauchwaren zur Entspannung bereit. Der Plenarsaal selbst war für die Bauzeit 1907 typisch in dunklem Eichenholz ausgestattet mit Allegorien auf die Monarchie im Sitzungssaal, während für demokratisch-republikanische Symbole wie die Reichsfarben kein Platz blieb. Pastewka achtet auch auf Sitz- und Redeordnung sowie Sprache im Parlament. Hier stellt er zunächst fest, dass sich durch die neu eingeführten Redezeitbegrenzungen ein „Wandel vom Redeparlament zum Arbeitsparlament“ (S. 95) vollzogen habe. Die Überzeugungsrede sei hinfällig geworden, weil die eigentlichen Entscheidungen zuvor in den Ausschüssen gefallen seien.

Zuletzt beschäftigt Pastewka sich mit den „Anomalien“ (Feiern und Stören) sowie mit den Besuchern und der Presse. Bemerkenswert ist hier, dass bei einer „an performativen Ritualen eher armen Kultur“ (S. 104) es durchaus ein republikanisches Zeremoniell zur Inszenierung gegeben habe, wie er anhand der Feierlichkeiten zum Tode Friedrich Eberts 1925 nachweist. Dagegen habe sich der Landtag im Allgemeinen eher „medienscheu“ verhalten; anders als im Reichstag war zum Beispiel das Fotografieren untersagt. Ein Zusammengehörigkeitsgefühl habe es im sächsischen Landtag kaum gegeben; wie in Staat und Gesellschaft Weimars insgesamt dominierte die politisch-weltanschauliche Spaltung.

Im zweiten (kürzesten) Teil der Studie kommen die „Koalitionäre“ zur Sprache, ihr Sozialprofil sowie die Konturen „liberaler Netzwerke“. Bei den insgesamt 346 Landtagsmitgliedern in allen Legislaturperioden zeigt sich der soziale Wandel vom Honoratioren- zum Parteienparlament deutlich. Auffällig waren die „Berufspolitiker“ vor allem im linken politischen Spektrum wie auch die ersten 19 Parlamentarierinnen, unter ihnen die Demokratinnen Julie Salinger und Else Ulich-Beil. Bei den Berufsgruppen stellt der Autor weiter eine markante Proletarisierung heraus, die zu Lasten der Wirtschaftsbürger und der Angehörigen freier Berufe gegangen sei. Die Entscheidung für die Vorstellung der liberalen Netzwerke begründet Pastewka damit, dass hier am nachdrücklichsten für den Ausgleich und damit die Koalitionsbildung zwischen den Lagern von Sozialdemokratie und Bürgertum geworben worden sei. Drei besonders profilierte Protagonisten stellt er als „Befürworter sozialliberaler Koalitionen“ (S. 140) und zeitweilige sächsische Minister im Porträt vor: Oskar Günther (DDP), Richard Seyfert (DDP) und Bernhard Blüher (DVP).

Im dritten Teil der „Zeitschnitte“ gibt Pastewka einen detaillierten Überblick über rund 14 Jahre sächsischer Parlamentsgeschichte, wobei er sich insbesondere um die Frage der komplizierten Koalitionsfindung(en) kümmert. Grundlegend sei, dass man es allein aufgrund der verfassungsrechtlichen Aussage, die Regierung sei vom „Vertrauen“ des Landtags abhängig (Art. 17 WRV), um eine wirkliche Demokratie gehandelt habe, in der die Exekutive der Legislative untergeordnet sei. Die Wahl der Zeitschnitte ergab sich aus den tatsächlich zustande gekommenen sozialliberalen Koalitionen 1919/20 und 1924/26 sowie aus dem letzten gescheiterten Versuch im Jahr 1930. Gerade die zweite Koalition erwies sich letzten Endes als stabilste parlamentarische Phase in Sachsen. Hier wurde der Landtag ordnungsgemäß geschlossen und nicht aufgelöst. Und hier regierte eine Koalitionsregierung aus SPD, DDP und DVP, die der reichsweiten „Weimarer Koalition“ mit Ausnahme des fehlenden Zentrums als Koalition der Mitte noch am nächsten kam. Fast unter geht der Streit um die Reichsexekution in Sachsen Ende 1923, weil hier der Landtag in einer nahezu passiven Rolle verblieb.

Pastewkas Studie ist auf sehr breiter Quellenbasis entstanden und ausgesprochen gründlich und umsichtig gearbeitet. Nur wenige Punkte bleiben kritisch anzumerken: Aus Sicht der klassischen Parlamentsgeschichte geht der Autor zu wenig auf die Landtagswahlen ein, die allenfalls am Rande erwähnt werden. Ebenso wenig erfährt der Leser über das Verfahren der Abstimmung, das nun einmal zu den wichtigsten parlamentarischen Verfahren zählt. Aber jenseits dieser Monita setzt Pastewka Maßstäbe, wie eine moderne Studie zum Länderparlamentarismus im 20. Jahrhundert aussehen kann. Sie ist zudem ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der Demokratie in der Weimarer Republik.

Gummersbach/Wuppertal

Ewald Grothe



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2019

Werner Baumann: Ein Mann des Volkes. Aufstieg und Fall des Thurgauer Politikers Ulrich Baumann (1851–1904).

Zürich: Chronos, 2018, 133 S., ISBN: 3-0340-1462-7

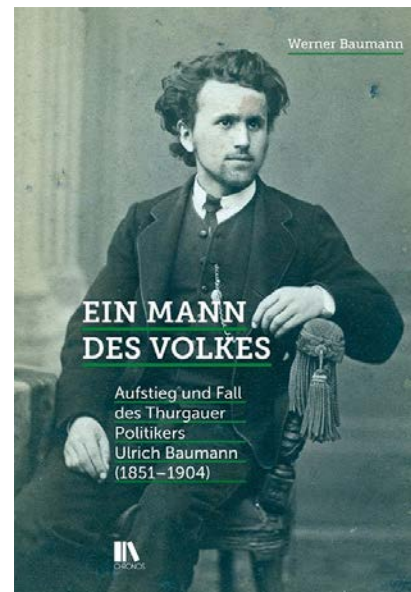
Die Nachwahl zum Ständerat im Kanton Thurgau im Januar 1889 wurde überaus polemisch geführt und endete mit einer Sensation. Erstmals seit über zwanzig Jahren fiel der freisinnige Kandidat durch. Stattdessen wurde Ulrich Baumann gewählt, der einen linksdemokratischen Standpunkt vertrat.

Der Urgroßenkel Werner Baumann zeichnet in der vorliegenden Studie die kurze politische Laufbahn seines Vorfahren nach und fragt, welche Gruppen diesen 1889 unterstützten, unter welcher Voraussetzung er gewählt wurde und welche Bedeutung die Thurgauer Ständeratswahl für das Parteienspektrum in der Schweiz hatte.

Baumann studierte 1869 bis 1874 in Zürich, Heidelberg, München und schließlich wieder in Zürich Rechtswissenschaften. Wenngleich er keinen formalen Abschluss erwarb, konnte er dennoch ab 1874 in seiner Heimatgemeinde Egnach als Anwalt tätig werden. Hier genoss er offensichtlich großes Ansehen: Schon 1874 wurde er in den Gemeinderat und 1875 in den Großen Rat des Kantons Thurgau entsandt, zugleich erfolgte die Wahl zum Bezirksgerichtspräsidenten in Arbon. Da diese Tätigkeit lediglich zwei Sitzungstage die Woche ausmachte und er nicht gleichzeitig Richter und Anwalt sein konnte, führte er mit seiner Gattin noch eine Gastwirtschaft.

Noch im Jahr seiner Wahl in den Ständerat 1889 kam es jedoch zum Absturz Baumanns: Nach einer verwirrten zweitägigen Rede im Ständerat wurde er in die Klinik St. Pirminsberg im St. Galler Rheintal eingewiesen. Baumann litt an geistigen Ausfallerscheinungen in Folge einer Infektion mit Syphilis. Bei einem „Abenteuer“ während eines Offizierslehrgangs 15 Jahre zuvor hatte er sich angesteckt. Zwar wurde er 1891 als geheilt entlassen, jedoch brach die Krankheit sieben Jahre später erneut hervor. Immerhin konnte er während dieser Zeit als Gemeinde- und Großrat noch dafür sorgen, dass seine Heimatgemeinde an die Wasserversorgung angeschlossen wurde. Als er 1898 jedoch keine Rechnung über den Bau der Wasserleitung vorlegen konnte, kam es zum Streit mit lokalen Honoratioren, erneut wurden schwere Krankheitssymptome erkennbar. Seine letzten Lebensjahre verbrachte Baumann in der kantonalen Pflegeanstalt in Münsterlingen.

Baumann schildert das Wirken seines Vorfahren vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Veränderungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts: Die Landwirtschaft des Thurgaus entwickelte sich von der Getreideproduktion hin zur Viehzucht. Außerdem gewann der Obstanbau



an Bedeutung. Als Wirtschaftszweig breitete sich die Heimstickerei aus, und mit der „Mechanischen Werkstätte & Eisengießerei“ Saurer in Arbon etablierte sich ein Großbetrieb im Oberthurgau. Im Zuge der Industrialisierung veränderte sich freilich auch die Gesellschaft, was Auswirkungen auf die Wahlen hatte.

Über Jahrzehnte hatte der Freisinn als Gründungspartei des Schweizer Bundesstaates sowohl die Eidgenossenschaft insgesamt wie auch die Politik des Kantons Thurgau geprägt. Eine organisierte freisinnige Partei gab es noch nicht. Vielmehr spricht Baumann in Anlehnung an den Schweizer Parteienforscher Erich Gruner von der „freisinnigen Großfamilie“ (S. 68), die ein recht breites Meinungsspektrum von liberal-konservativen bis hin zu Positionen mit stark sozialem Einschlag vereinigte. Gegner des Freisinns waren zunächst vor allem protestantisch- und katholisch-konservative Gruppen. Der Freisinn sah es aber in typisch frühliberaler Manier als selbstverständlich an, dass er das gesamte Volk vertrete, alle konkurrierenden Ideologien seien lediglich Parteien im negativsten Sinne des Wortes.

Zu den Gegnern des Freisinns gehörten im Zusammenhang mit der allmählichen Ausbildung einer Arbeiterschaft im konkreten Fall nun auch die Thurgauer Demokraten, die sich 1891 als Partei organisierten. Baumann konnte aufgrund seiner Erkrankung nicht mehr an deren Konstituierung mitwirken, gehörte jedoch in den Jahren zuvor zu deren Wegbereitern. So trat Baumann in seinem Wahlkampf für sozialreformerische Positionen, aber auch für eine weitere Demokratisierung des politischen Systems der Eidgenossenschaft ein, indem er u.a. eine stärkere Zentralisierung, die Direktwahl des Bundesrates und die Einführung des Proporzwahlrechts (damit verbunden eine bessere Vertretung von Minderheitsrechten) einforderte. Bei seinem Wahlkampf wurde er vom Grütliverein unterstützt, der später in der Sozialdemokratie aufgehen sollte, sowie von den Katholisch-Konservativen. Mit anderen Worten: Um die Wahl Baumanns durchzusetzen, hatten sich im Thurgau linksdemokratische Gruppen mit Katholisch-Konservativen gegen den Freisinn zusammengeschlossen. Die beiden oppositionellen Gruppen attackierten erfolgreich den freisinnigen Bewerber, einen Industriellen, als „Aristokraten“ – in der Schweiz ein Schimpfwort.

Die Wahl Baumanns machte deutlich, dass der Anspruch der Freisinnigen, alleine das gesamte gesellschaftliche Spektrum zu präsentieren, nicht weiter aufrechterhalten werden konnte und die Wahl eines freisinnigen Kandidaten kein Automatismus mehr war – weder im Thurgau noch in der Schweiz insgesamt. Auch mussten die Freisinnigen erleben, dass linksdemokratische und konservative Kräfte, wenn diese sich zusammenfanden, jederzeit auf dem Weg des Referendums auf eidgenössischer Ebene freisinnige Gesetzesvorhaben zu Fall bringen konnten. Die Freisinnigen sahen folglich ein, dass mindestens eine der beiden oppositionellen Gruppierungen in politische Entscheidungen eingebunden werden musste. Dementsprechend kam es 1891 zum Ende der freisinnigen Alleinherrschaft erstmals zur Wahl eines Katholisch-Konservativen in den Bundesrat. In der Eidgenossenschaft entstand somit ein Bürgerblock aus Freisinn und Katholisch-Konservativen, der später noch um die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei erweitert wurde und bis 1944 Bestand haben sollte.

Ausgehend von der Thurgauer Ständeratswahl des Jahres 1889 kann Baumann aufzeigen, wie es zu diesem Zeitpunkt zur Ausdifferenzierung des Parteienspektrums in der Schweiz kam und gleichzeitig zum Ende der Alleinherrschaft des Freisinns, der sich nunmehr auch gezwungen sah, andere Gruppen am politischen Entscheidungsprozess partizipieren zu lassen. Gleichermassen eindrücklich wie erschreckend ist zudem die Darstellung der Verhältnisse in psychiatrischen Kliniken im 19. Jahrhundert.

Singen am Hohentwiel

Michael Kitzing



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



Seite 2 von 2



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2019

Marie-Luise Recker: Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland. Der Deutsche Bundestag 1949–1969.

Düsseldorf: Droste-Verlag, 2018 (= Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus), 726 S. : Ill., ISBN: 978-3-7700-5341-4

Das politische System der Bundesrepublik wird gerne mit dem Schlagwort Kanzlerdemokratie charakterisiert. Dabei ist allerdings umstritten, ob das Grundgesetz mit der Richtlinienkompetenz und dem Recht des Kanzlers, die Minister vorzuschlagen sowie dem konstruktiven Misstrauensvotum von Beginn an eine überragende Stellung des Kanzlers vorgesehen hat oder ob die (auch nur zeitweise derart) herausragende Position des Kanzlers nicht vielmehr aus dem Agieren Adenauers vor dem Hintergrund der strukturellen Gegebenheiten der 1950er Jahre erwachsen ist.

Die Fokussierung der historischen Forschung auf die Rolle des Kanzlers verstellte jedoch lange den Blick auf Selbstverständnis, Arbeitsweise und Funktionen des Bundestages. In der vorliegenden Studie unternimmt es nun Marie-Luise Recker, aus parlamentshistorischer Perspektive zu fragen: Wie gestaltete sich das Verhältnis zwischen Bundeskanzler und Bundestag in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik? Welches Gewicht konnte der Bundestag in die Gesetzgebung einbringen, welches Verhältnis pflegte der Kanzler zu den Koalitionsfraktionen, welche Gestaltungsmöglichkeiten ergaben sich für die Opposition? Außerdem fragt die Autorin nach dem Selbstverständnis und der Sozialisation der Abgeordneten: Über welche Erfahrungen verfügten diese am Beginn ihrer parlamentarischen Karriere? Welche Hilfsmittel standen Ihnen zu Verfügung? Inwiefern kam es zwischen 1949 und 1969 zur Professionalisierung der Abgeordnetentätigkeit? Zuletzt geht es um den Bundestag als Ort der Diskussion: Wie gestaltete sich die Debattenkultur? Welches Bild hatte der Bundestag selbst von seiner Arbeit, inwieweit reflektierte er diese, wie erfolgte die öffentliche Selbstdarstellung des Parlaments?

Die Quellenbasis der Studie bilden u. a. die Plenarprotokolle des Bundestages, die Protokolle der nichtöffentlichen Ausschusssitzungen und die Dokumentation der Gesetzesvorhaben im Bundestagsarchiv. Hinzu treten die Fraktionsprotokolle von CDU/CSU, SPD und FDP, außerdem wurden zahlreiche Nachlässe und die Unterlagen des Bundeskanzleramts zu den jeweiligen Gesetzesvorhaben gesichtet.

Fragt man nun nach den Ergebnissen der Studie Reckers, so betont diese, dass zu allererst durch ein passendes Parteiensystem „die Ausformung einer funktionstüchtigen parlamentari-



schen Demokratie“ (S. 689) ermöglicht wurde. So kam es in der Bundesrepublik nicht zur Entstehung extremer Parteien bzw. es bestand die Möglichkeit, extreme Kräfte durch das Bundesverfassungsgericht zu verbieten. Konstitutiv für die Ausgestaltung des Parteiensystems war zudem 1949 die Bildung einer bürgerlichen Koalition. Dies hatte zur Folge, dass es zur Ausprägung eines Regierungslagers unter Führung der CDU und eines Oppositionsstandpunktes unter Führung der SPD kam. Neben diesen beiden Alternativen konnte sich langfristig nur noch die FDP als dritte Kraft behaupten, während kleinere Parteien spätestens 1961 aus dem Bundestag verschwanden. Auch die Persönlichkeit Adenauers hat Wesentliches zur Festigung des politischen Systems der Bundesrepublik beigetragen. Zwar betont auch Recker, dass Adenauer keine Integrationsfigur war und mit dem politischen Gegner keineswegs immer zimperlich umgegangen ist. Gleichwohl habe die Persönlichkeit Adenauers dem Wähler vermittelt, dass auch in einer Demokratie Autorität und straffe Führung möglich sind.

In den 1950er Jahren war die Arbeit des Bundestages auf dem Feld der Außenpolitik durch scharfe Auseinandersetzungen zwischen Adenauer und der SPD geprägt. Auf diesem Politikfeld wurde um Westbindung, Wiederbewaffnung und deutsche Wiedervereinigung heftig gerungen, hier formulierten CDU und SPD grundlegend unterschiedliche politische Entwürfe. Der Bundestag war in diesem Fall ein Redeparlament, das von der Opposition freilich noch stärker als von der Regierung zur Artikulation ihrer Position genutzt wurde.

Anders als in der Außenpolitik waren die Jahre 1949–1953 in der Sozialpolitik durch ein hohes Maß an Kooperation zwischen Regierungsmehrheit und Opposition gekennzeichnet. Hier dominierte die zurückgezogene sachbezogene Arbeit in den Ausschüssen. War die erste Legislaturperiode auf dem Gebiet der Sozialpolitik somit durch eine „Krypto-Koalition“ (S. 691) von CDU und SPD geprägt, so prallten allerdings ab 1953 auch auf diesem Gebiet die Gegensätze schärfer aufeinander. Gerade die zweite und dritte Legislaturperiode waren gekennzeichnet durch eine überaus intensive Zusammenarbeit zwischen Konrad Adenauer und den Koalitionsfraktionen, allen voran der CDU-Fraktion mit Heinrich Krone an der Spitze. Am Beginn der 1960er Jahre jedoch verschwammen die Grenzen zwischen Koalitionsfraktionen und Opposition immer mehr. Dies war einerseits bedingt durch die Umarmungsstrategie der Sozialdemokratie, die nunmehr ihre Gemeinsamkeiten mit der CDU/CSU betonte. Andererseits entstanden innerhalb des christdemokratischen Lagers gerade auf außenpolitischem Gebiet immer stärkere Differenzen. Zwar konnte der Bundestag in den beginnenden 1960er Jahren seine Mitspracherechte gegenüber der Regierung erweitern, doch kam es zugleich zu Regierungskrisen und Kabinettsumbildungen, die 1966 in die Große Koalition mündeten. Während der knapp drei Jahre der Großen Koalition waren es bemerkenswerterweise nicht so sehr der Bundeskanzler und sein Stellvertreter, als vielmehr die beiden Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel und Helmut Schmidt, die zu Triebfedern der politischen Arbeit wurden.

Mit Blick auf die Selbstformierung des Parlaments betont Recker, dass dieses in vielen Verfahrensfragen an eingespielte Muster des deutschen Parlamentarismus seit 1848/49 anknüpfte. So war die Arbeit des Bundestages dadurch gekennzeichnet, dass das Plenum die Funktion eines „öffentlichen Notariats“ (S. 693) übernahm, d. h. hier wurde nur noch formal über Dinge abgestimmt, die bereits zuvor in den Ausschüssen bzw. in den Fraktionen beschlossen worden waren. Im Lauf der zwei Jahrzehnte kam es innerhalb der Fraktionen zur Einrichtung einer neuen Arbeitsebene: Zwischen dem Fraktionsplenum und dem Fraktionsvorstand entstanden Arbeitskreise, die sich mit bestimmten Politikfeldern intensiv befassten. Die Arbeitskreise waren letztlich unverzichtbar, um sich effektiv komplexen Gesetzesvorhaben widmen können – und natürlich waren die großen Fraktionen bei der Bildung der Arbeitskreise aufgrund größerer finanzieller und Personalressourcen den kleinen Parteien gegenüber deutlich überlegen. Auch dies führte letztlich dazu, dass am Ende des Untersuchungszeitraumes nur noch drei Fraktionen im Bundestag vertreten waren. Einhergehend mit der Ausbildung von Arbeitskreisen kam es auch zu einer immer stärker werdenden Professionalisierung der Abgeordnetentätigkeit. Während der

ersten zwanzig Jahre des Bestehens der Bundesrepublik ging der Typ des Honoratiorenpolitikers immer stärker zurück. An seine Stelle trat immer mehr der professionelle Experte für ein Politikfeld, der sich ganz der Politik widmete und in Bonn ein zunehmend professionelles Arbeitsumfeld vorfand. Weitaus häufiger gelang auch den Arbeitskreisvorsitzenden und Mitgliedern der Fraktionsspitzen der Sprung ins Bundeskabinett als Parteipolitikern ohne Mandat oder Landesministern.

Schließlich bescheinigt Recker dem Bundestag, dass dieser im Laufe der 1950er und 1960er Jahre in der Auseinandersetzung mit der Regierung ein zunehmend eigenständigeres Profil entwickelte, besonders bei der Ausarbeitung grundlegender Gesetzesvorhaben wie bspw. der Wehr- oder der Notstandsgesetzgebung. Das gewachsene Gewicht und Selbstbewusstsein des Bundestages interpretiert die Autorin dabei zugleich als Teil einer deutlich voranschreitenden Liberalisierung der deutschen Gesellschaft insgesamt.

Der Ansehensgewinn des Bundestags wird auch daran deutlich, dass dieser anfänglich in Bonn nur sehr provisorisch tagte und nahezu alle seine Handlungen unter dem Aspekt der Zweckmäßigkeit beurteilte, im Laufe der 1950er Jahre sein eigenes Auftreten jedoch immer stärker reflektierte. Es kam zu Veränderungen im parlamentarischen Procedere, diese „verbanden sich dann mit ersten Diskussionen über den Rang des Parlaments im westdeutschen Regierungssystem, um einen ‚würdevollen‘ Auftritt der Volksvertretung, ja um eine Sitzordnung, die die Verflechtungen zwischen Legislative und Exekutive besser abbilden würde als das traditionelle Gegenüber von Regierungsbank und Abgeordnetenreihen“ (S. 696). In den 1960er Jahren waren es dann vor allem jüngere Abgeordnete, die die Arbeit des Bundestages grundlegend reformieren wollten, auf mehr Transparenz bei Entscheidungen und Partizipation der „Hinterbänkler“ setzten und schlussendlich die kleine Parlamentsreform durchsetzten.

Recker wird dem eigenen Anspruch, eine grundlegende Studie zu Strukturen, Arbeitsweise und Selbstverständnis des Bundestages in den beiden ersten Jahrzehnten seines Bestehens vorzulegen, vollauf gerecht. Es bleibt zu wünschen, dass diese zum Ausgangspunkt für weitere parlamentshistorische Arbeiten für die Zeit nach 1946, sei es auf Landesebene oder zum Bundestag bis 1990, wird.

Singen am Hohentwiel

Michael Kitzing



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2019

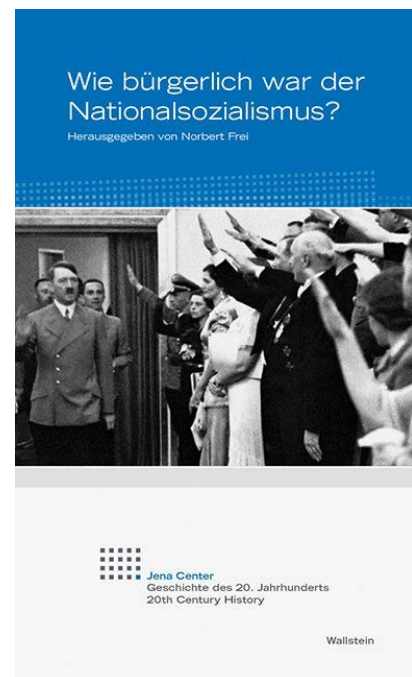
Norbert Frei (Hrsg.): *Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus?*

Göttingen: Wallstein, 2018 (= Jena Center. Geschichte des 20. Jahrhunderts), 439 S., ISBN: 978-3-8353-3088-7

Im Oktober 2016 hat Norbert Frei, Leiter des *Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts*, eine Vielzahl renommierter Kolleginnen und Kollegen in einem Jenaer Symposium versammelt, um unter der Leitfrage „Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus?“ zu diskutieren. Der Tagungsband dokumentiert die Beiträge in ihrer Themen- und Perspektivenvielfalt sowie die kontroverse, über das Symposium hinausreichende Debatte. Die Frage, wie bürgerlich der Nationalsozialismus war, wurde dabei in drei chronologisch geordneten – 1930 bis 1934, 1934 bis 1939 und 1939 bis 1945 – und einem biografischen Panel diskutiert, in dem Schlaglichter auf „bürgerliche“ Biografien geworfen werden. Auch die jeweiligen Diskussionen im Anschluss der Panels sowie die Abschlussdiskussion sind im Tagungsband dokumentiert.

In seiner Einführung weist Norbert Frei die These, der Nationalsozialismus sei grundsätzlich antibürgerlich gewesen, zurück und betont, dass die interessierende Frage nicht sei, wie bürgerlich die Nationalsozialisten waren, sondern wie bürgerlich der Nationalsozialismus (S. 9). Es gehe um die immer noch nicht ausreichend ausgeleuchtete Binnenstruktur der deutschen Gesellschaft des Dritten Reichs (ebd.) und die Frage, „wie sich das Bürgertum in seinen unterschiedlichen Ausprägungen und Facetten im Dritten Reich zurecht- und wiederfand, wie es seine Interessen und Überzeugungen wahrte und aufgab, wie und wo es sich anverwandelte, einfügte und vielleicht sogar widerstand“ (S. 10). Es geht Frei gerade nicht darum, nach Residuen des Bürgerlichen und der Bürgerlichkeit im Nationalsozialismus zu suchen – auch um „Selbstentschuldungsargumenten“ (S. 14) der 50er- und 60er-Jahre vorzubeugen, die von einer „Rückkehr in die Bürgerlichkeit“ nach 1945 sprechen. Diese Suche müsse fehlgehen, da sie einen prinzipiellen Gegensatz zwischen Regime und Bürgertum unterstelle (ebd.). Mit der in der sogenannten Kampfzeit vor 1933 in Szene gesetzten Antibürgerlichkeit von Adolf Hitler und seinen Unterstützern sei es in dem Moment vorbei gewesen, in dem sie in die Nähe der politischen Macht kamen (S. 16). Vielmehr will Frei herausarbeiten, wie sich die bürgerlichen Eliten im Nationalsozialismus engagierten, anpassten, um ihre Interessen zu wahren, sich in den Dienst des Regimes stellten und ihm so zum Erfolg verhelfen, ohne dabei Widerstände und „bürgerlichen“ Eigensinn aus dem Blick zu verlieren.

Diesen offenen und breiten Ansatz spiegeln auch die Beiträge wider. Unter der Überschrift „Bürger in der Krise. Hoffnungen und Befürchtungen 1930–1934“ macht zum Beispiel Manfred Gai-



lus „hochgespannte“ (S. 20) Führer-Erwartungen im Protestantismus aus. Mark Roseman arbeitet anhand persönlicher Zeugnisse die komplizierte Lage der deutschen mittelständischen Juden heraus, die, national ausgegrenzt und sozial gedemütigt, ihre schwindenden Hoffnungen auf menschlichen Anstand dokumentieren. Auf dem Panel „Bürger in Braun. Selbstverwandlungen und Zumutungen 1934–1939“ untersuchen unter anderem Franka Maubach das Aufgehen der bürgerlichen Frauenbewegung in der NS-Geschlechterpolitik und Helen Roche die entbürgerlichenden Tendenzen der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten (Napola), während Arbeiterkinder in ihnen zugleich so etwas wie eine nationalsozialistische Verbürgerlichung erfuhren. Die Frage, wie bourgeois die Resistance war, stellt sich Randall Hansen im dritten Abschnitt, „Bürger im Krieg. Verlusterfahrungen und Beharrungskräfte“, während Felix Römer herausarbeitet, wie sich Mentalitäten und Zielstellungen von Bürgertum und Offizierskorps glichen. Im biografischen Panel wenden sich die Historikerinnen und Historiker dem Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke, Albert Vögler, der weniger bekannten Schwester von Sophie und Hans Scholl, Inge Aicher-Scholl, dem Staatsrechtler Carlo Schmid, dem Theologen Martin Niemöller und dem Volkswirt und Journalisten Giselher Wirsing zu.

Die Abschlussdiskussion knüpft noch einmal an den zentralen Aspekt des Nationalismus an, der sich als anschlussfähig an viele andere Gesellschaftsvorstellungen, auch bürgerliche, erwies, so konnte nationalistisches Denken auch mit bürgerlich-liberalen Einstellungen verknüpft sein und war häufig auch mit tradiertem Konservatismus verbunden. Daher konnte der Nationalsozialismus einige bürgerliche Wertvorstellungen und Traditionen in sich aufnehmen und so den Schein einer vermeintlichen bürgerlichen „Normalität“ wahren, während die verbrecherische Realität aber zu jedem Zeitpunkt erkennbar war. Aber nicht nur der Nationalsozialismus eignete sich Bürgerlichkeit an, imitierte und inkorporierte sie, sondern auch die Vertreter des Klein- und Großbürgertums dienten sich dem Regime an und fügten das nationalsozialistische Weltbild in ihres ein – um sich Rückzugsräume zu schaffen, Besitzstände zu wahren oder gar im Dritten Reich Karriere zu machen. Aus diesem Grund kann es auch keine abschließende Antwort auf die vorangestellte Frage geben, lediglich die Feststellung, dass die Behauptung eines antibürgerlichen Nationalsozialismus strukturell, aber auch in vielen Fällen individuell nicht aufrechtzuerhalten ist. Insofern ist der Tagungsband in seiner Breite und Multiperspektivität äußerst lesenswert und bereichernd für eine mitnichten schon zu Ende geführte Debatte.

Und diese Debatte ist aktueller denn je, zeigen die verschiedenen Beiträge des Symposiums doch vor allem auf, dass das Bürgertum nicht vor Nationalismus und völkischem Gedankengut gefeit ist. Bürgerlich-liberale Wertvorstellungen sind heute möglicherweise ähnlich gefährdet wie vor neunzig Jahren, eine erneute „Selbstaufgabe“ des Bürgertums und die Andienung an antidemokratische Bewegungen und Führer nicht ausgeschlossen, wie dezidierte bürgerlich auftretende und einem bildungsbürgerlichen Hintergrund entstammende Vertreterinnen und Vertreter der Neuen Rechten zeigen.

Dresden

Jana Licht



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2019

Kaspar Villiger: Demokratie jetzt erst recht! Politik im Zeitalter von Populismus und Polarisierung.

Zürich: NZZ Libro, 2018, 208 S., ISBN: 978-3-03810-330-1

Nun ist es kein ungewöhnliches Phänomen, wenn langjährige Politiker während ihrer Laufbahn bekennende, aufrüttelnde, an die Leserinnen und Leser appellierende Bücher veröffentlichen, nach der politischen Karriere gerne gewürzt mit den Erfahrungen und Einsichten des *elder statesman*. Gerade wenn kein weiteres Amt angestrebt wird, schreibt es sich leichter, vielleicht auch radikaler, zumindest aber getragen von der Gewissheit um die eigene historische Bedeutung und die Tiefe der Einsichten, die man im Laufe des langen politischen Lebens gewinnen konnte.

Der Schweizer Unternehmer und FDP-Politiker Kaspar Villiger kann zweifelsohne auf eine solche lange und erfahrungsreiche Laufbahn zurückblicken, die ihn als Kommentator des aktuellen politischen Geschehens und Ratgeber für die ihn nachfolgenden Generationen qualifiziert. Der Fabrikantensohn übernahm nach dem Studium zunächst die Zigarrenfabrik des Vaters nach dessen Tod; die Villiger Söhne AG im Schweizerischen Pfeffikon führte er bis 1989. Er gehörte für die Freisinnig-Demokratische Partei dem Grossen Rat des Kantons Luzern, anschließend dem Nationalrat und schließlich dem Ständerat an. 1989 wurde er in den Bundesrat, die Schweizer Regierung, gewählt, stand zunächst dem Militärdepartement vor und übernahm 1996 das Finanzdepartement. Von 1995 bis 2002 war er zudem Bundespräsident und führte den Vorsitz über den Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft, die weder Staatsoberhaupt noch Regierungschef kennt, sondern vom Bundesrat als Kollegialorgan geführt wird. Nach seinem Rücktritt 2003 gehörte er den Verwaltungsräten bekannter Unternehmen wie Nestlé an, bis er 2009 für drei Jahre das Präsidium des Verwaltungsrats der UBS übernahm. 2016 erhielt er den Freiheitspreis der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Sein Buch „Demokratie. Jetzt erst recht!“ liest sich zunächst auch wie das im Titel bereits versprochene Plädoyer eines lebenserfahrenen Politikers und Unternehmers – ein leidenschaftliches Plädoyer für eine wertorientierte Demokratie. Für Kaspar Villiger sind Werte nicht relativ und allzeit verhandelbar. Auch in den modernen pluralistischen Gesellschaften kann man, ja muss man Demokratien als Wertegemeinschaften verstehen und verteidigen. Villiger betrachtet Rechtsstaat und Demokratie als institutionell verdichtete Werte, die Stabilität und Wohlstand garantieren. Er stützt diese Überzeugung auf eine Vielzahl verhaltens- und institutionenökonomischer Erkenntnisse und beruft sich auf die Vision des schwedischen Ökonomen Knut Wicksell, der 1896 schrieb: „The ultimate goal [...] is equality before the law, greatest possible liberty, and the economic wellbeing and peaceful cooperation of all people“ (S. 39). Für Villiger bietet der liberale demokratische Rechtsstaat in Verbindung mit Marktwirtschaft die besten institutionellen Voraussetzungen, um diese Vision zu erfüllen. Und diese gelte es gegen die Populisten zu



verteidigen, die sich zunutze machen, dass sich die Institutionen einer Demokratie gerade in Zeiten der medialen Vielfalt, Polarisierung und Zersplitterung sowie der Relativierung von Werten nur langsam anpassen und schwerfällig selbst verteidigen können. Er benennt klarsichtig die Gefahren, die für den liberalen Rechtsstaat von der „Sehnsucht nach dem starken Mann“, der Relativierung von Fakten zu *alternative facts* und *fake news* sowie Freiheitsüberdruß und einer sich ausbreitenden Anspruchsmentalität ausgehen. Kaspar Villigers Analyse und Aufruf zur Verteidigung demokratischer Errungenschaften wird sich jede Liberale und jeder Liberaler aus ganzem Herzen anschließen können.

Allerdings bleibt er die Beantwortung der Frage nach dem Wie schuldig. Wie schon im Klappentext angekündigt, „funktioniert in der Schweiz vieles besser“ und Kaspar Villiger hält das politische System der Schweiz für ein überlegenes Modell, von dem andere Demokratien viel lernen können – vor allem im Hinblick auf die viel gepriesene direkte Demokratie, den Föderalismus und das von ihm mehrfach hervorgehobene Milizsystem, die nebenberufliche Ausübung öffentlicher Ämter und des Dienstes in der Armee. Daher widmet er sich nach seinem Plädoyer für eine werteorientierte Demokratie ausführlich der „Erfolgsstory Schweiz“, deren Geheimnis auf einer Balance zwischen genossenschaftlichen und freiheitlichen Werten beruht. Diese Erläuterungen sind für die geneigten Leserinnen und Leser, die nicht aus der Schweiz kommen, durchaus interessant, bieten aber kaum Ansatzpunkte für eine Übertragung auf größere europäische Demokratien, bei denen der in der Vergangenheit erwirtschaftete Wohlstand eventuell nicht nur zukünftig gefährdet, sondern bereits heute aufgezehrt ist. Für die Schweizer Leserschaft dürfte das von Villiger Beschriebene wiederum nichts Neues sein, zumal ein solches Buch von einem solchen Autor eher selten von politisch Uninteressierten oder gar politischen Gegnern gelesen und beherzigt wird. Insbesondere deutsche Leserinnen und Leser mögen zwar mit der Idee der direkten Demokratie sympathisieren und die immer wieder vorgetragenen Forderungen, die Sozialversicherung zu reformieren und die Wirtschaft nicht zu sehr einzuschränken, unterstützen, konkrete Vorschläge für politisches Engagement und Lösungsansätze für die aufgezeigten Probleme erhalten sie allerdings nicht. Eher wird noch eine eventuell schon vorhandene Europaskepsis befeuert, denn die EU kommt bei Villiger nicht gut weg. Das mag aus eidgenössischer Perspektive zwar verständlich sein, ist aber letztlich doch reichlich undifferenziert und möglicherweise auch nicht mehr zeitgemäß. Ein überzeugter Europäer ist Villiger nicht, allerdings ein überzeugter Kleinstaatler, zumindest aus der Schweizer Perspektive.

Das vorgelegte Buch eignet sich zur inneren Erbauung und liberal-bürgerlichen Selbstvergewisserung, vor allem die des Autors. Gespickt mit Anekdoten aus seiner Kindheit oder einem Zusammentreffen mit Helmut Kohl und dem Kaspar Villiger zugestandenen Maß an Selbstbeweihräucherung, ist es eine angenehme Lektüre, aber kein Muss und schon gar kein kämpferischer Appell. Eine liberale Leserschaft wird sich in ihren Idealvorstellungen und Sorgen bestätigt, aber nicht genötigt fühlen, sich aktiv und konkret einzusetzen. Wie er schon selbst schreibt, sind die von ihm aufgeworfenen Fragen und gegebenen Antworten keineswegs neu. Auch das kontinuierliche Wiederholen brennender Fragen und das Aufzeigen eines bekannten Handlungsbedarfs haben ihre Berechtigung, zumal wenn es aus der Erfahrung aus einem langen politischen Leben heraus geschieht. Dabei geht Villiger aber von seiner ganz persönlichen und der speziellen Schweizer Perspektive aus, was den über die reine Erbauung hinausgehenden Gehalt seines Buches begrenzt. Ganz passend beschreibt er selbst den Ausblick von dem Zimmer, in dem er schreibt – ein Hochsitz mit Blick über die Schweiz zwar, aber eben nur eine Sichtweise aus einer warmen Schreibstube. Sein Schlusswort „Wer lügt, gehört abgewählt. Basta!“ ist deshalb zwar markig, und es kann ihm kaum widersprochen werden, es verhallt aber schon wenige Augenblicke nach dem Lesen der letzten Seite.

Dresden

Jana Licht



ARCHIV DES
LIBERALISMUS

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

Seite 2 von 2



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2019

Wolfgang Hardtwig: Freiheitliches Bürgertum in Deutschland. Der Weimarer Demokrat Eduard Hamm zwischen Kaiserreich und Widerstand.

Stuttgart: Franz Steiner, 2018 (= Zeithistorische Impulse. Wissenschaftliche Reihe der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Band 14), 500 S., Ill., ISBN: 978-3-515-12094-4

Exponenten des Liberalismus agieren vielfach vor der Kulisse allgemeiner Vorurteile über die Freunde der Freiheit. Bei Eduard Hamm passt dies, mindestens was seine soziale Herkunft und seinen Bildungsweg angeht, in das gängige Bild. Er war ein Bürger von Bildung und (bescheidenem) Besitz. Als Katholik aus dem niederbayerischen Passau, der sich für die sozialen Ideen des protestantischen Pastors Friedrich Naumann aus Sachsen begeisterte, ist Eduard Hamm eine zu Unrecht in Vergessenheit geratene Ausnahmeerscheinung des deutschen Liberalismus.

Das große Buch des emeritierten Berliner Professors Wolfgang Hardtwig leuchtet die Persönlichkeit des Handelsministers des Freistaats Bayern und Mitglied des Kabinetts von Reichskanzler Wilhelm Cuno in beeindruckender Weise aus. Das Werk profitiert von der profunden Kenntnis des Historikers Hardtwig, der seine Annäherung an Wesen und Wirken des Portraitierten – wenn auch als Enkel in direkter Linie mit Hamm verwandt – immer mit kritischem Blick in die Zeitläufte einbettet und vor dem Hintergrund aktueller Ereignisse, an denen Eduard Hamm politisch aktiv Anteil genommen hat, erklärt. Das professionelle Œuvre des Autors verbietet die Unterstellung unkritischer Hagiographie für seinen Vorfahren. Es ist nicht unkritische Sympathie für einen Großvater, den er nicht kennenlernen durfte, weil dieser sich am 23. September 1944 als „Mitverschwörer“ des 20. Juli durch Freitod in Gestapo-Haft der Gefahr entzog, um seine Freunde und seine Werte nicht zu verraten.



Dieses Buch konnte nur von Wolfgang Hardtwig geschrieben werden: Er hat Zugang zu den Quellen, die seine Familie bewahrt hat. Und er verfügt über wissenschaftliche Expertise, diese auch mit Blick auf das freiheitliche Bürgertum auswerten und einordnen zu können. Das wird insbesondere in den Kapiteln des Buches deutlich, die Hamm als politischen Akteur in Zeiten der vielschichtigen Problemlagen der jungen Republik zeigen: Der Leser wird in vielfacher Hinsicht und im Wortsinn mitgenommen von der Umstellung der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft, der Debatte um die Erfüllung des Versailler Vertrags, der Reparationszahlungen, Auslandsschulden, dem Ruhrkampf, den wirtschaftlichen Verwerfungen der Hyperinflation und der inneren Radikalisierung zum Hitler-Putsch 1923 und der Erkenntnis, dass die Republik nicht zur Ruhe kam, weil Landespolitiker wie die der „Ordnungszelle“ Bayern ihr Verhältnis zu Weimar und zu seiner Verfassung nicht finden konnten. Hamm unterstützte die Disziplinierung der Extreme über Reichsrecht, weil er bei Bayerns Konservativen keinen Willen zum Einschreiten gegen die Rechten sah.

Die Weimarer Reichsverfassung versagte Beamten die Mitgliedschaft in Parteien. Hamm teilte dieses Verständnis, „das den staatlichen Institutionen, der Exekutive, der Verwaltung und der Justiz großes Gewicht beimaß und parteipolitische Einflüsse auf die Verwaltung als grundsätzlich schädlich ansah“. Dass sich dieser aus der bayerischen Staatstradition heraus geprägte Etatismus sehr wohl mit unbedingter Loyalität zu Demokratie und Republik vertrug, wenn er auch deren staats-, verfassungs- und verwaltungsrechtliche Konsequenzen auf ein „vernünftiges Maß“ begrenzt sehen wollte, lässt schon die Warnung vor den Radikalisierungs- und Militarisierungstendenzen [...] und vor dem Schwenk der bürgerlichen öffentlichen Meinung nach rechts erkennen“ (S. 139).

Diese Haltung markiert aber auch das Problem, dass die Sammlungsversuche liberaler Kräfte, an denen sich Hamm aktiv beteiligte, nicht gelangen: „Tatsächlich hatte der Durchbruch des politischen Massenmarktes seit der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts einen Bedarf an parlamentarischen und gouvernementalen Führungsfähigkeiten erzeugt, für deren Ausbildung die etatistisch geprägte politische Kultur in Deutschland – anders als etwa das britische parlamentarische System – wenig geeignet war. Der Übergang von der „Honoratioren-“ zur „Massenpartei“ fiel gerade dem deutschen Liberalismus besonders schwer“ (S. 357).

Er vermochte es nicht, dem Massenpublikum Halt und Orientierung in der Krise zu vermitteln und die Massen durch die Fähigkeit zur schlagwortartigen Rhetorik zu mobilisieren. Die Liberalen der Weimarer Zeit, das unterstreicht Hardtwig am Beispiel Hamms deutlich, sind nicht an einem Defizit an Theorie, sondern an fehlendem Rückhalt für differenzierte Lösungen in der Praxis gescheitert. Eduard Hamm, wie die (zu wenigen) Weimarer Demokraten verdienen dennoch Bewunderung. Ihr Verantwortungsbewusstsein ließ sie die Probleme angehen, wo andere verantwortungslos und gewaltgeneigt für „Revolution und Reaktion“ agitierten.

Die laut Hardtwig in Mitarbeiterkreisen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHT) bespöttelte „Haltung Hamms, sich nicht nur den Kopf der Interessenten, sondern immer auch den der Regierung zu zerbrechen“ (S. 234), ist nicht als Beschreibung des Phantomschmerzes nach Ausscheiden aus dem Regierungsamt zu verstehen, sondern tatsächlich eher eine vielleicht unbewusste Anerkennung seiner Sicht auf und seines Verantwortungsgefühls für das demokratische Gemeinwesen insgesamt. Hamms Biographie lehrt: Politik ist der Ausgleich der Interessen. Diese Erkenntnis hätte nicht nur in der Weimarer Zeit mehr Verbreitung verdient.

Sicher: Eduard Hamm war trotz seiner festen Verwurzelung in Bayern Anhänger jener Idee eines Deutschlands, die den emanzipatorischen, integrativen Nationalismus des „langen 19. Jahrhunderts“ bis vor dem Ersten Weltkrieg geprägt hat. Er wusste diesen aber – anders als viele seiner Zeitgenossen – von jener chauvinistisch überhöhten nationalistischen Ideologie zu unterscheiden, die ihn als Mann des Arguments und Ausgleichs in den Widerstand zur NS-Diktatur gebracht hat. Als Geschäftsführer des DIHT (1925–1932) ist Hamm nicht nur, aber besonders dem wirtschaftspolitischen Programm der NSDAP entgegengetreten. Er vertrat eine „von sozialem Pflichtbewusstsein durchdrungene individualistische Wirtschaftsordnung“ (S. 273), noch ehe Ordoliberalen dafür den Begriff Soziale Marktwirtschaft etablieren konnten, der erst nach der nationalsozialistischen Katastrophe Boden gut machen konnte.

Eduard Hamm steht für Hardtwig nicht nur für den „schmalen liberalen Widerstand“ (S. 17), sondern exemplarisch auch für ein Bürgertum, das sich über das Ende des Kaiserreichs, über die Weimarer Demokratie und den Nationalsozialismus mindestens in Spurenelementen erhalten hat, weil es den Weg der inneren oder tatsächlichen Emigration gewählt hatte und so die unmittelbare Konfrontation mit einem übermächtigen Gegner mied.

Im Sommer 1932, als die Talsohle der Weltwirtschaftskrise von 1929 in Deutschland erreicht war und eine politisch stabilisierende wirtschaftliche Erholung möglich schien, sah sich die Republik und Hamms Wirtschaftsverständnis damit konfrontiert, dass drei Viertel der Wähler (aus unterschiedlichen Richtungen) die bestehende Wirtschaftsordnung ablehnten. Hamm hat das Umfeld des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg vor der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler gewarnt. Er konnte und wollte auch nicht übersehen, welchen Anfeindungen sich befreundete jüdische Familien schon vor der „Machtergreifung“ ausgesetzt sahen, für die er seinen verbliebenen politischen Einfluss geltend gemacht hat.

Als „Herzens- und Vernunftdemokrat“ war er schon zuvor als einer der „führenden Männer der Systemzeit“ erfasst worden, die der NS-Staat aus ihren Ämtern drängen wollte, wenn sie sich nicht zum Parteibeitritt bewegen ließen. Hamm war zu solchen kompromittierenden Arrangements mit dem Regime nicht bereit. Die Führung seines Verbandes ver- und behinderte seinen Rücktritt nicht. Der Verband war in seiner Mitgliedschaft wohl zusehends auf der Seite der Mächtigen. Die Wünsche der Schwerindustrie und der krisengeschüttelten ostelbischen Agrarier nach mehr staatlicher Arbeitsbeschaffung, Intervention und Subvention weckten auch bei anderen Mitgliedern der Verbände von Industrie und Handel Begehrlichkeiten. Hamm zog sich auf (wirtschafts-)anwaltliche Tätigkeiten zurück und lebte unter anderem von Beratungshonoraren in einem verkleinerten Haushalt, den er 1931 von Charlottenburg über Steglitz nach München verlegt hatte.

Sein bestechendes Wissen um wirtschaftliche Zusammenhänge machte ihn für die Widerstandskreise um seinen langjährigen politischen Gefährten Otto Geßler, um Franz Sperr und Carl Goerdeler zu einem gefragten Gesprächspartner. Er sollte im Fall eines geglückten Umsturzes „Landesverweser in Bayern“ werden. „Die Grundwerte des liberalen Rechtsstaats hielt er für unabdingbar. Das zeigen seine Argumentationen und Handlungsvorschläge in den Krisenjahren der Weimarer Republik ebenso wie seine Verweigerungshaltung gegenüber dem NS-Unrechtsstaat“ (S. 445).

Das Buch kommt zur richtigen Zeit. Eduard Hamms Geburtstag jährt sich 2019 zum 140. Mal, sein tragisches Ende liegt 75 Jahre zurück. Gegenüber seiner Familie machte Hamm kurz vor seiner erwarteten Verhaftung deutlich, dass er sich einer Aburteilung durch die NS-Justiz nicht aussetzen werde. Er blieb seinem Leitbild des selbstbestimmten Menschen bis zuletzt treu und blieb auch darin widerständig, dass er sich dem Urteil der NS-Unrechtsjustiz entzogen hat.

Wolfgang Hardtwig, der sich einer faszinierenden Persönlichkeit auf vielen Seiten angenähert hat, schließt sein Werk mit der Formulierung, die den Historiker ehrt und die Grenzen der Erkenntnis aufzeigt: „Die letzten Gründe für die radikale Entschlossenheit Hamms entziehen sich allerdings dem Blick des rückschauenden Betrachters. Sie liegen im unauflöselichen Geheimnis der Persönlichkeit“ (S. 447). Dieses Werk würdigt Eduard Hamm als ein Beispiel und Vorbild für freiheitliches Bürgertum in Deutschland. Ein besseres Gedenken kann Wissenschaft nicht leisten.

Berlin

Helmut Metzner



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

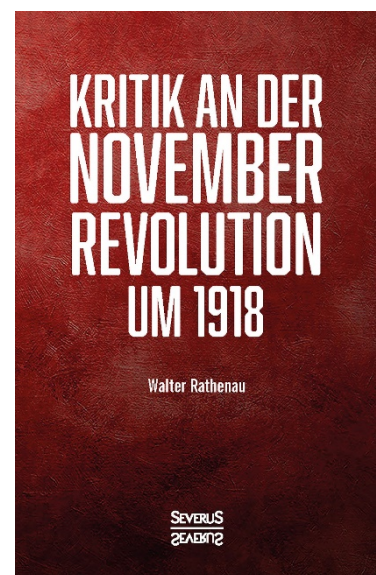


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2019

Walter Rathenau: Kritik an der Novemberrevolution um 1918. Persönliche Einblicke aus politischer und gesellschaftlicher Sicht.

Hamburg: Severus Verlag, 2018; Nachdruck der Originalausgabe von 1924, bearb. Ausgabe, 126 S.; ISBN: 978-3-95801-760-3

Walther Rathenau, der während des Ersten Weltkrieges mit zahlreichen Schriften, vor allem mit seinem Bestseller „Von kommenden Dingen“ (1917) visionäre Entwürfe für die Nachkriegszeit angeboten hatte, verhielt sich während des unmittelbaren Umbruchs im November 1918 relativ zurückhaltend, fast passiv. Hatte er noch am 7. Oktober 1918 mit seinem Artikel „Ein dunkler Tag“ das Waffenstillstandsgesuch der 3. Obersten Heeresleitung als verfrüht, ja als falsch gegeißelt und zu einer „Levée en masse“ aufgerufen, um „Liquidation anstelle von Bankrotts“ zu erreichen, was ihm den Ruf eines Kriegsverlängerers eingebracht hatte. Sein Bemühen, mit Gleichgesinnten einen „Demokratischen Volksbund“ zu gründen, scheiterte. Auch wurde sein Name aus der Liste der Sozialisierungskommission gestrichen. Am Tag der Wahl des Reichspräsidenten wurde auch er genannt, was mit höhnischem Gelächter quittiert wurde. Rathenau schwieg, er war „out“, ein Geächteter.



Auf die Zurückweisungen und Verunglimpfungen reagierte er schließlich mit in kurzem Abstand erscheinenden Artikeln, in denen er die Vor- und Kriegspolitik, vor allem aber die Revolution selbst erbarmungslos kritisierte: „Es ist kein Zweifel mehr: Was wir deutsche Revolution nennen, ist eine Enttäuschung“, schrieb er im Juni 1919. „Nicht wurde eine Kette gesprengt [...], sondern ein Schloss ist durchgerostet. Die Kette fiel ab und die Befreiten standen verblüfft, hilflos, verlegen, und mussten sich wider Willen rühren. [...] Den Generalstreik einer besiegten Armee nennen wir deutsche Revolution.“ Er kritisierte die „Revolution aus Versehen“, die „Revolution der Ranküne“, nämlich die interessengebundene Ersetzung einer herrschenden Schicht durch eine andere, und die „Revolution des Güterausgleichs“, die Abschaffung des Kapitalismus im Sinne von Karl Marx. Demgegenüber forderte Rathenau „die Revolution der Verantwortung“ mit dem Ziel der „inneren Solidarität des Volkes, der Veredelung und Würdigung der Arbeit, des Ausgleichs des Lebensanspruchs, der Aufhebung des proletarischen Verhältnisses, der Verantwortung eines jeden für die Gemeinschaft, der Verantwortung der Gemeinschaft für einen jeden. Wandlung der Herrschaft in Führung, der Unterworfenheit in Mitbestimmung und Führungsanrecht.“ Denn die echte Revolution werde „im Geiste entschieden. Kein bloßer Kampf um Mein und Dein, um Lohn und Macht entscheidet sich im Geiste. Interessen werden durch Interessen gebändigt. Aus sich selbst siegt die Idee.“ Rathenaus Kritik war konkret und im Detail durchaus zutreffend, sein Angebot allerdings nebulös und alles andere als präzise und nicht gerade leicht zu verstehen. Die Wirkung seiner Vorschläge war demnach auch gering. Im Gegenteil: Die Anschuldigungen gegen ihn häuften sich. Hinzu kam, dass ihm als ehemaligem Begründer und anfänglichem Leiter der Kriegsrohstoff-Abteilung (KRA) zu Kriegs-

beginn die Ausplünderung Belgiens vorgeworfen wurde, so dass er fürchten musste, als „Kriegsverbrecher“ angeklagt und sogar an die Alliierten ausgeliefert zu werden.

Kurze Zeit später erschien „Apologie“, in dem er auf die zahlreichen Anwürfe und Beschuldigungen gegen sich antwortete, Stellung bezog sowie sich verteidigte und rechtfertigte. Erstmals stellte Rathenau sich selbst in den Mittelpunkt seiner Auseinandersetzung und zog damit eine Art persönliche Bilanz seines Lebens. Da geht es auch um jüdische Herkunft, um sein Verhältnis zum wirtschaftlich so erfolgreichen Vater Emil Rathenau, der die von ihm gegründete AEG zu einem der weltweit größten Industriekonzerne werden ließ, und schließlich um seine eigene berufliche Karriere, aber auch seine Leistungen für die Kriegswirtschaft sowie schließlich seinen Weg zur Schriftstellerei.

„Apologie“ und „Kritik der dreifachen Revolution“, ergänzt mit einigen Zitaten und Ausschnitten aus früheren Beiträgen unter dem Titel „Erinnerungen“, erschienen gemeinsam in einer mehrfach aufgelegten Broschüre, die nun erneut unverändert abgedruckt vorliegt. So verdienstvoll diese Texte auch sein mögen, bieten sie Einblick in die zeitgenössische Rezeption und Auseinandersetzung um die „deutsche Revolution“ 1918 und auch Bereicherung unserer Kenntnis über Rathenau, was sicherlich für seine Aktualität spricht, so sehr muss an der Form dieser Neuveröffentlichung Kritik geübt werden. Zum einen sind Fehler zu beklagen, beginnend mit der falschen Schreibweise von Rathenaus Vornamen „Walter“ und endend mit peinlichen Flüchtigkeitsfehlern auf der Umschlagrückseite. Zum anderen – und das wiegt schwerer – vermisst der Leser eine, wenn auch kurze Einführung in die Texte und zu Rathenau selbst. Ohne historischen und biographischen Kontext und Einordnung ist Vieles unverständlich und kann zu Missverständnissen, ja falschen Schlüssen führen. Die Absicht ist begrüßenswert, das Ergebnis allerdings ärgerlich.

Heidelberg

Wolfgang Michalka



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2019

Roland Appel / Michael Kleff (Hrsg.): Grundrechte verwirklichen – Freiheit erkämpfen. 100 Jahre Jungdemokrat*innen.

Baden-Baden: Academia, 2019, 964 S., ISBN: 978-3-89665-800-5

In diesem fast 1000 Seiten umfassenden „Lesebuch“ – so die Selbstdarstellung – wird auf die wechselvolle Geschichte dieses Jugendverbandes zurückgeblickt. Nach einem Geleitwort von *Gerhart Baum*, der die Verengung des Liberalismus auf wirtschaftsliberale Ziele beklagt, versuchen die Herausgeber die Frage, was Jungdemokraten angesichts ihres breiten und oft inhomogenen Spektrums eigentlich ausmacht, zu beantworten. Die Verwurzelung im Bildungsbürgertum, die Sensibilität für die Gefahr der Einschränkung von Freiheitsrechten durch Staat und Kapitalinteressen, die Skepsis – oft provokant geäußert – gegenüber Inhabern von Machtpositionen, der Einsatz für Grundrechte und Frieden verband Jungdemokraten über die Zeiten und später auch über Parteigrenzen hinaus.

Der kursorische Rückblick auf „100 Jahre Jungdemokraten“ (S. 443 ff.) nennt die Namen der Vorstandsmitglieder und erwähnt wichtige Beschlüsse und Aktionen der jeweiligen Amtszeiten. Ist dies für die ersten knapp neunzig Jahre sehr informativ, so können für die Zeit von 2006 bis 2012 nur noch die Namen von Vorstandsmitgliedern genannt werden, jedoch keine Aktivitäten mehr. Es soll einen Liquidationsbeschluss gegeben haben, der nicht durchgeführt wurde. Der Bundesvorstand der „Liberalen Demokraten“ bedauerte zwar im März 2018 die Auflösung der JD/JL, konnte aber diese nicht offiziell bestätigen. Es soll noch im Register verzeichnete Landesverbände ohne Aktivität geben, wie auf dem Treffen der Altjungdemokraten vom 31.5.–2.6.2019 zu erfahren war. Die Brecht-Frage „weinte sonst niemand?“ ist angesichts des stillen und leisen Verschwindens dieser Organisation neu zu beantworten. Ob die seit 2014 stattfindenden Oldie-Treffen diese Lücke ersetzen können, erscheint fraglich.

Der erste Teil „Wer wir sind und was wir woll(t)en“ blickt sehr lebensnah in Reden, Interviews und zumeist persönlich gehaltenen Rückblicken auf die Geschichte zurück, der zweite Teil präsentiert „Programmatische Schwerpunkte, Analysen und Dokumente“. Sehr unterschiedlich und daher multiperspektivisch und spannend sind die Ansätze der Reflexion, die thematischen Schwerpunkte und die Länge, die von einem Limerick bis zu einem 24-seitigen Rückblick reicht.

Da für die Zeit der Weimarer Republik (Epoche 1) Zeitzeugenerinnerungen nicht zur Verfügung stehen, wurde der gelungene Versuch unternommen, dies durch Reden, historische Interviews und Zeitungsartikel zu rekonstruieren. *Julie Meyer* sah 1926 Gefahren für die Demokratie in der Abhängigkeit vieler Menschen von Großorganisationen und mangelnder Volksgemein-



schaft. Für Liberale sah sie die Gefahr, dass sie sich rückwärtsgewandt nach einer Position zwischen den Klassen sehnten; demgegenüber müsse man heute „Schulter an Schulter“ neben der Arbeiterschaft stehen (S. 41). In einer Rede von 1929 sah sie in Großbetrieben eine „soziale Gefahr“, weil diese immer auf Staatshilfe setzen könnten, nur auf „Rationalisierung“ zur Massenproduktion ohne Beachtung der Absatzchancen setzten und von Beamten ohne Wagemut (Galbraith nannte dies später mit positiver Würdigung „Technostruktur“) geleitet würden (S. 54 f.).

Nach dem Zweiten Weltkrieg (Epoche 2) waren die Deutschen Jungdemokraten zunächst ein brav in die Partei integrierter Verband, der mit seinen durchaus nationalistischen Zügen (Fackelzüge uniformierter Jungdemokraten zum Hermannsdenkmal, S. 77 f.) auch Strömungen in der Mutterpartei widerspiegelte. Die DJD entwickelten sich erst in den 1960er Jahren zum Vorkämpfer der Entspannungs- und Reformpolitik.

Nicht nur in der Zahl der Beiträge bildet die Zeit der sozialliberalen Koalition und deren Ende „zwischen APO und F.D.P“ und „Liberale und neue soziale Bewegungen“ (Epochen 3 und 4) den Schwerpunkt dieses Werkes. Die Verletzungen und Enttäuschungen sind immer noch spürbar, wenn auf der einen Seite betont wird, dass die Jungdemokraten sich radikalisiert hätten und die FDP als „trojanischen Esel“ missbrauchen wollten (S. 76), auf der anderen Seite polemisch-kabarettistisch das „ius primae noctis“ zur Unterscheidung zwischen Altliberalen, die selbstverständlich dagegen gekämpft hätten, und Neuliberalen, die vor „bürokratischen Hemmnissen“ warnen würden, genutzt wird (S. 195).

Die Erinnerungen sind inhaltlich und formal so vielfältig, dass jeder Versuch einer Wiedergabe zum Scheitern verurteilt ist. So berichten viele Schreiber von politischen Schlüsselereignissen, die sie geprägt haben: von wichtigen Gesprächen im Vorfeld von Parteitagen und Kongressen, von studentischer Politik in LHV und VDS, vom Aufbau von jugendlichen Politikstrukturen in einzelnen Regionen, von Kontakten mit russischen Vertretern und Besuchen in der DDR bis kurz vor der Wende, beide mit eher abschreckender Wirkung, und von eigenen Politikfeldern wie Drogen-, Flüchtlings- oder Umweltpolitik.

Die „Liberalen Demokraten“ spielen nur am Rande eine Rolle; waren sie eine „neue Heimat“ statt zur SPD oder den Grünen abzuwandern (S. 865) oder „ein Versuch, die verlorene Zeit festzuhalten“ (S. 329), oder ein „aberwitziger Versuch, eine eigene Mutterpartei zu gründen“ (S. 335)? Die Erinnerungen sind hier sehr unterschiedlich.

Für alle sich Erinnernden dieser beiden Epochen ist der Eindruck vorherrschend, dass ein politischer Optimismus ihr Handeln prägte; dies gilt auch für die Zeit des parteiunabhängigen Jugendverbandes in den 80er und 90er Jahren. Im Rückblick waren dann die herrschenden Strukturen doch stärker und integrativer als man dachte (S. 328). Eine eher sozialpsychologische Analyse kommt zu folgenden Gemeinsamkeiten der Generationen:

1. Es gab immer einen Konsens über die Verteidigung von Freiheitsrechten gegen politisch und/oder ökonomisch Mächtige. Die einzelnen Aktionsfelder von Frieden und Abrüstung bis zur Kritik an der Volkszählung wechselten, die Betonung von Bürgerrechten und gleichen Teilhabechancen blieb. Dies verbindet ehemalige Jungdemokraten immer noch, auch wenn sie sich inzwischen in vier Parteien zersplittet haben.
2. Wer nach der „Wende“ die FDP verließ, dem war die Frage der sozialen Freiheitsrechte wichtig; wem die Freiheit zur wirtschaftlichen Betätigung wichtiger war, der blieb eher. Andere relevante Fragen wie die nach der Atomkraft, der Friedens- und Reformpolitik spielten nur eine Nebenrolle.
3. Wenn auch meist am Rande erwähnt: der Marxismus wurde fleißig studiert – so fleißig, dass man ihn oft besser kannte als die Ostmenschen. Die Realität der kommunistischen

- Herrschaft und die im Regelfalle ermüdenden Auseinandersetzungen mit SDAJ oder MSB, die ja immer alles besser wussten, ließ dieses Modell nicht attraktiv erscheinen.
4. Im Rückblick erscheinen Geschäftsordnungsdebatten mit Freude auch am formalen Streit eher erheiternd, die zahlenmäßige Dominanz männlicher Jungdemokraten eher überraschend.
 5. Die Menschen stießen aus sehr unterschiedlichen Motiven und Interessen zu den Jungdemokraten; eigentlich alle betonen als Motiv für das Bleiben in dieser Organisation die Offenheit der Diskussionen, die sachliche Qualität der Argumentation, sich bildende Freundschaften, das gemeinsame Erleben und Handeln.
 6. Gelernt habe man, dass politischer Streit bei persönlicher Freundschaft möglich sei. Bei der Ursachensuche wäre ein Bezug zu 4.2. natürlich chauvinistisch. Auch habe man Taktik und Fleiß gelernt; wenn nur Argumente zählen, sind diese zu suchen, zu finden und entsprechend einzubringen; auch mögliche Bündnispartner sind zu finden (= „Kungeln“).
 7. Ehemalige Jungdemokraten dieser Epochen sind verschiedene Wege gegangen; viele, deren Namen bekannt sind, blieben (oft erfolgreich) im Sektor der Politik im engeren Sinne. Andere zogen sich aus diesem Bereich zurück, ihr politisches Engagement blieb, verlegte sich aber auf andere im weiteren Sinne politische Bereiche von Amnesty bis zum Denkmalschutz.

Die Phasen der „Radikaldemokratischen Politik ohne Parteibindung“ (Epoche 5) und besonders die der „Aufklärung und Selbstzerlegung“ (Epoche 6), sind in geringerem Maße repräsentiert. Dies wurde auch auf dem erwähnten Kongress kritisiert. Das FDP-Mitglied *E. Klug* und die Grünen *C. Roth* leiten diese Phasen ein, sie schließen damit die Epoche der „Wende“ ab. Die Möglichkeiten eines Jugendverbandes ohne Parteibindung und die daraus resultierenden Zwänge werden von den Autoren als wichtig für ihr politisches Leben eingeschätzt (z.B.: S. 326 f.; S. 331). *P. Becker* blickt sowohl auf die Attraktivität einer Politik ohne Parteibindung als auch auf die damit verbundene geringe Wirkung in der Öffentlichkeit zurück und analysiert die umstrittenen Versuche bei den Grünen, später bei der WASG anzudocken. Die Vereinigung mit der Jungen Linken brachte keine Veränderung der Problematik. Aus Liebe zum Streit sei Mitte der 2000er-Jahre eine Selbstzerfleischung geworden (S. 333 f.), die Liebe zum innerverbandlichen Streit, der in frühen Phasen noch freundschaftlich war, endete im Chaos, im Ende der Organisationen. Besonders deutlich wird dies bei den Diskussionen über Israel und Flüchtlinge: Wie weit kann die Solidarität mit dem demokratischen Israel gehen, sind offene Grenzen für alle eine angemessene Antwort? (S. 374 f.). „Trotz alledem und alledem“ ist in den Erinnerungen die Freude an politischer Aktivität und Auseinandersetzung zu spüren. Der Zwiespalt zwischen einer reformerischen Parteilarbeit in der FDP und einer das System überwinden wollenden Analyse, die in der Trennung von der FDP endete, setzte sich fort.

Den Abschluss des ersten Teiles bildet die Frage der Perspektiven im Jahr 2019. Zunächst fragt *C. Lohmeier* nach dem Stand der Gleichberechtigung im Allgemeinen und besonders nach der Gleichbehandlung von Frauen im politischen Raum. Zwar gäbe es in Parlamenten einen höheren Frauenanteil, besonders bei den Parteien, die eine Quotenregelung eingeführt hätten, auch seien gesellschaftlich und juristisch Verbesserungen erreicht worden, aber es gäbe noch eine Fülle von zu beendenden Diskriminierungen (S. 409 f.).

F. Neunhöffer geht in seinem Beitrag von der antiken Staatslehre aus, die zwischen Demokratie und Oligarchie unterschied; das Interesse des „Demos“ ziele auf mehr Gleichheit, das der „Wenigen“ auf Abstand zum Volk. Das Volk könne seine Macht und seinen Willen nur in Wahlen äußern, die Wenigen dagegen hätten viele Machtoptionen (S. 419 f.). Nach einer Analyse der bundesrepublikanischen Entwicklung konstatiert er, dass wirtschaftliche Macht, Werbemacht und

Medienmacht die Hauptquellen der Macht seien, der demokratische Staat sei das „Sahnehäubchen“, das das Kompott weniger ungenießbar mache (S. 426).

G. Baum betont, dass er den „sozialen Liberalismus“ der Freiburger Thesen vermisst, die FDP habe ihre Programme auf Wirtschaftsthemen verengt und sei intellektuell verarmt (S. 427). Ein sozialer Liberalismus könne sich weder an Klientengruppen noch an Marktmechanismen orientieren; Ungleichheiten könnten nur – hier folgt er Rawls – akzeptiert werden, wenn sie die Produktivität der Gesellschaft befördern. Liberale seien sowohl für die Förderung von Leistungsbereitschaft und Selbstverantwortung als auch für klare staatliche Regelungen. Eine Partei, die Menschenrechte schütze, auf eine dem Sozialen verpflichtete Marktwirtschaft setze und Chancengleichheit fördere, sei im Angesicht der Krisen der Gegenwart eine Notwendigkeit (S. 429 f.).

R. Appel und M. Kleff stellen in zehn Punkten Reaktionen auf Gefahren für die Freiheitsrechte, die sie zuvor präzise analysiert haben, vor (S. 438 f.). Die Chance für einen radikaldemokratischen Weg läge darin, dass dieser immer wieder neue unideologisch-pragmatische Fragen stelle. Dies führen sie für den Bereich Kapitalismuskritik näher aus; weder sei eine Vertröstung auf eine bessere Zukunft wie im Kommunismus noch eine neoliberale Festlegung auf ein Wirtschaftsmodell akzeptabel. Der Kapitalismus sei nicht gerecht, mit Beseitigung der Ungerechtigkeit würde er überwunden werden (S. 439).

Im zweiten Teil wird eine klassisch historische Perspektive gewählt: Programmdiskussionen, historische Analysen und Dokumente stellen den Schwerpunkt dar. Dafür, dass auch hier der Schwerpunkt auf die Zeit von Mitte der 60er bis zu den 80er Jahren gelegt wird, dürfte neben der persönlichen Erinnerungskultur auch die weniger ergiebige Quellenlage Ursache sein. Neben einer Fülle von schriftlichen Quellen (z.B.: das „Leverkusener Manifest“ als zentrale Stellungnahme, S. 655 ff.; „Freie Kirche im freien Staat“, S. 681 ff.; „Manifest zur Frauenemanzipation“, S. 684 ff.) und Bildquellen zur allgemeinen Geschichte der Jungdemokraten werden einzelne Politikfelder analysiert:

- der Kampf für den Erhalt von Freiheitsrechten (gegen Berufsverbote, hysterische Reaktionen auf die RAF und Volkszählung) (S. 707 ff.);
- Bildungspolitik, Hochschulpolitik des LHV (S. 727 ff., S. 857 ff.);
- Friedens- und Sicherheitspolitik einschließlich des Kontaktes zu Menschen und Organisationen im Warschauer Pakt, die einen besonderen Schwerpunkt darstellen (S. 767 ff.);
- Liberale Zentren und radikaldemokratische Kultur (S. 867 ff.).

R. Appel präsentiert kenntnisreich und stringent die Geschichte der Jungdemokraten in Zeit der Weimarer Republik, die bei ihrer/ihren etwas chaotischen Gründungsversammlung(en) die Parteiunabhängigkeit der Jugendorganisation festgelegt hatten (S. 500). Die Jungdemokraten sahen sich als einen Sammelpunkt für „radikale, soziale, demokratische und republikanische Politik im Sinne Friedrich Naumanns“, was aktuell einen Einsatz gegen die Reichspräsidentenkandidatur Hindenburgs und für die Abschaffung des § 218, der Todesstrafe, für die Trennung von Kirche und Staat sowie für ein liberales Scheidungsrecht zu Folge hatte (S. 512 ff.).

M. Kleff stellt sachkundig und umfangreicher basierend auf seiner Diplomarbeit die Geschichte der Jungdemokraten für die Zeit von 1945 bis 1975 dar. In der Gründungsphase habe es besonders in Niedersachsen und NRW einen starken nationalistischen Flügel, der auch von FDP-Kreisen unterstützt worden sei („Junge Adler“) gegeben, auch sei lange umstritten gewesen, ob der Name „Bundesvorstand“ oder „Reichsvorstand“ angemessen sei (S. 568 f.). Die Jungdemokraten hätten sich dann zu Vordenkern entwickelt: im Verhältnis zum Staat als möglicher Garant von Freiheit (S. 590), im Verhältnis zur SPD (S. 585 f., 595 f.) und in der Ostpolitik (S. 588, 598 f., 605). Einen Schwerpunkt legt Kleff auf die innerverbandliche Diskussion um das libertäre Bon-

ner Manifest und das materialistische Berliner Manifest (S. 623 ff.) sowie auf das Leverkusener Manifest und die Folgen für das Verhältnis zur FDP (S. 630 ff., S. 638 ff.).

Auf die Kampagne „Das Grundgesetz in die Gesellschaft tragen“ von 1974 blickt *Th. Schiller* zurück. Die Erwartungen an die Reformpolitik in Gesellschaft und Wirtschaft seien nach der Wahl 1972 hoch gewesen, bis 1974 seien diese deutlich zurückgegangen. Modernisierer und Kritiker wären in der Defensive gewesen. Die von der CDU/CSU forcierte Suche nach „Sympathisanten“ und „Verfassungsfeinden“ habe das innenpolitische Klima beeinträchtigt. Die Jungdemokraten hätten sowohl die garantierten Rechtspositionen gegen staatliche und gesellschaftliche Herrschaftsansprüche betont als auch ihr Ziel, die Prinzipien der Demokratie und der Menschenwürde konsequent auch auf nicht-staatliche Sektoren zu übertragen (S. 702).

Den Abschluss des Bandes bilden vier „Schwanengesänge“ auf den sozialen Liberalismus, die nochmals die Zeit der Wende reflektieren. Während *H.-P. Knirsch* die Zwei-Wege-Strategie als gescheitert ansieht, nicht weil die Arbeit innerhalb und außerhalb der Institutionen falsch gewesen, sondern weil sie in der Praxis falsch umgesetzt worden sei (S. 899), beschreibt *R. Appel* seinen Weg von den Jungdemokraten zu den Grünen. Sein mündlich geäußertes Bonmot, dass er sein Leben lang in der gleichen Partei gewesen sei, nur deren Name habe sich geändert, könnte eine Überschrift für diesen Artikel sein (S. 901 ff.).

Das Werk insgesamt ist höchst lesenswert, weil die Unterschiedlichkeit der Verfasser zum Lesen einlädt; es handelt sich wirklich um ein „Lesebuch“. Die bereits angesprochene Schwerpunktsetzung in der „Wendezeit“, bedingt durch die Biographie der meisten Autoren, führt dazu, dass insbesondere die frühe Zeit der Jungdemokraten in der Bundesrepublik und die der JD/JL mit vielen Erfahrungen aus den neuen Bundesländern weniger in den Blick kommen. Auch findet keine Auseinandersetzung mit dem „Neoliberalismus“, der eigentlich nur in Deutschland so bezeichnet wird, während er in Angloamerika „neoconservatism“ genannt wird, statt. Ebenso ist die Frage nach dem Bündnis mit Arbeiterschaft und SPD mangels Masse derselben obsolet geworden.

Was blieb von den Jungdemokraten 2019? Vielleicht die gesellschaftliche Offenheit und das politische Interesse eines kritischen Bürgertums, das sich nicht mehr wie in den 70er Jahren seiner Bürgerlichkeit schämt; die Informationen über die Autoren zeigen, dass ein gelingendes Leben auch ohne politische Karriere möglich ist. Wenn FDP und Grüne zum kritischen Bürgertum gezählt werden, so weisen die Umfragen dieses Sommers nach, dass eine bürgerrechtliche, ökologische und soziale Politik durchaus in die Nähe der Mehrheit kommen kann. Der von den Jungdemokraten gepflegte schwierige Kontakt zu autoritären Regimen und insbesondere mit deren Bürgern könnte vorbildhaft sein. Der zweite Weg jenseits der Institutionen ist gerade in einer Zeit, in der sich Milieus abkapseln, sehr relevant. Als Beispiele seien nicht nur Neonazis und Islamisten genannt; auch in ökologisch heilen Kreisen des gehobenen Bürgertums, bei anti-religiösen „Brunisten“, bei elitären Privatschülern und -hochschülern nimmt man andere Lebensformen und Traditionen nicht wahr. Ernst nehmen des Anderen, Radikalität in der Analyse und politisch pragmatisches Handeln. Das ist das – wohl idealisierte – Selbstbild der Jungdemokraten, das als Ideal immer noch brauchbar ist.

Bonn

Georg Osterfeld



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2019

Kerstin Wolff: Unsere Stimme zählt! Die Geschichte des deutschen Frauenwahlrechts.

Überlingen: Bast Medien, 2018 (= Women's history books), 158 S., Ill., ISBN: 978-3-946581-52-9

Hedwig Richter / Kerstin Wolff (Hrsg.): Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland und Europa.

Hamburg: Hamburger Edition, 2018, 295 S., ISBN: 978-3-86854-323-0

„Neue Pflichten – neue Rechte!“¹ mit diesem Postulat forderte Marie Juchacz, eine der ersten (sozialdemokratischen) Reichstagsabgeordneten, im Jahr 1917 kurz und prägnant das Frauenwahlrecht ein – über zwei Jahre vor dessen tatsächlicher Einführung. Doch stand diese Forderung noch lange nicht am Ende einer viele Jahrzehnte dauernden Entwicklung und sie beschrieb auch keineswegs ein im Kampf der Frauen um ihr Wahlrecht einmütig geteiltes oder gar klar umrissenes, für Männer wie Frauen

gleichermaßen geltendes Verlangen. Klar war dagegen, dass – wie es Juchacz ausdrückte – den Frauen im Zuge der politischen Demokratisierung des Deutschen Reiches seit der Mitte des 19. Jahrhunderts und der damit einhergehenden eingeforderten gesteigerten gesellschaftlichen und beruflichen Partizipation nicht nur neue Pflichten erwuchsen, sondern eben auch fundamentale staatsbürgerliche Rechte und politischer Mitsprache eingeräumt werden mussten. „Demokratie und Partizipation galten nicht länger als ein Projekt ausschließlich für Männer“.² Mit dieser Forderung umriss sie aber auch zugleich die Problematik der Geschichte des Kampfes um das Frauenwahlrecht – zumindest in Deutschland. Nicht das als natürlich voraussetzende, aus der politischen Demokratiebewegung des 19. Jahrhunderts herrührende Grundrecht nach politischer Partizipation und Mitsprache kam hier zum Ausdruck, sondern vielmehr (noch) eine aus der Leistung der Frauen in den vergangenen Jahrzehnten, insbesondere aber seit den Kriegsjahren eingeforderte ‚Anerkennung‘. Und noch ein Jahr später, am 22. Oktober 1918, also zu einer Zeit radikalsten politischen Umbruchs in Deutschland, konnotierte



¹ Marie Juchacz: Neue Pflichten, neue Rechte! In: Die Gleichheit, H. 21, 1917, S. 57.

² Richter / Wolff: Frauenwahlrecht, Klappentext.

Friedrich Ebert das Frauenwahlrecht mit der Ehrung der Frauen und Mütter für ihren Heldennut während des Kriegs.³

So wirkte das am 12. November 1918 vom Rat der Volksbeauftragten erlassene Dekret über das gleiche, geheime, direkte und allgemeine Wahlrecht für alle über 20-jährigen männlichen wie weiblichen Personen für die Wahlen zu öffentlichen Körperschaften auf den ersten Blick nicht nur wie ein Produkt des politischen revolutionären Umbruchs, sondern auch lediglich wie eine Art „Morgengabe“ an die Frauen bei der Konstituierung einer neuen politischen Ordnung in Deutschland. Frei nach Heinrich von Treitschkes Zitat „Männer machen Geschichte“, wonach die Rolle der Frauen das Soziale, Familiäre, dem Manne aber das Politische, Gestaltende zugeordnet wurde, wurde das bestehende so immer weiter (auch in der Frauenbewegung) tradierte Geschlechterverhältnis zur Grundlage für die historiographische Betrachtung des deutschen Geschichtsprozesses schlechthin und der Demokratieentwicklung in Deutschland im speziellen.

Dass die Reduktion auf ein solch eindimensionales Geschlechterverhältnis zumindest seit den Errungenschaften der Französischen Revolution nicht greift, und **dass** und **wie** man die Historiographie des Frauenwahlrechts nach nunmehr 100 Jahren seit dessen Einführung anders, befreit von diesem Blick, angehen muss, manifestieren die von Kerstin Wolff und Hedwig Richter geschriebenen bzw. herausgegebenen Bände.

Dabei werden nicht nur die unterschiedlichen Positionen, die ‚Kampfmethoden‘ und Zielsetzungen der verschiedenen politischen, gesellschaftlichen oder konfessionellen Gruppierungen der deutschen (und im Sammelband auch z.T. internationalen) Frauenstimmrechtsbewegung thematisiert, sondern eben genau der Prozess der mühsam erstrittenen, aus der weiblichen Perspektive und gegen frauenfeindliche oder indifferente Tendenzen erkämpften „Demokratisierung“ der Demokratiebewegung des 19. Jahrhunderts. Ausgehend von der Beschreibung der Aneignung, Reflexion und Umsetzung der Ideen der durch die Französische Revolution vermittelten Vorstellung von Gleichberechtigung und damit auch Benennung von (den) Rechten der Frau in der Gesellschaft spinnt Wolff in ihrer reich bebilderten Monographie die Geschichte der politischen Frauenbewegung weiter. Über die Darstellung der organisatorischen und institutionellen Entwicklung der Frauenbewegung, ihrer Publizistik seit den 1840er Jahren bis zur aktiven Wahrnehmung politischer Partizipation als Parlamentarierinnen legt sie dabei offen, dass es sich seit Anbeginn, wenngleich zeitgemäß z.T. noch zögerlich, dabei immer auch um eine Frauenstimmrechtsbewegung handelte – eine Tatsache, die in der älteren Forschung durchaus nicht als solche anerkannt wurde. Insbesondere mit der biographischen Studie über Luise Otto-Peters vermag sie dies zu belegen. Die Verknüpfung des Kampfes um das Frauenwahlrecht mit den Biographien (zum Teil auch eher wenig bekannter) Protagonistinnen unterstreicht dabei die Vielfältigkeit, die Divergenzen und Differenzen der politischen und gesellschaftlichen Intentionen der einzelnen Gruppierungen und den Widerstand, der dieser Bewegung immer wieder sowohl von Männern – aber auch zum Teil aus den eigenen Reihen – entgegengesetzt wurde. Doch trotz aller, auch in den Reihen der Frauenbewegung erfolgten unterschiedlichen Beurteilung des Frauenstimmrechts wird in der Studie deutlich, dass ungeachtet ihrer Verortung allen Frauen das Stimm- und Wahlrecht wichtig war, „denn alle hatten verstanden, dass ohne dieses Recht ‚kein Staat zu machen war‘, auf jeden Fall kein gerechter“ (S. 15).

Während in diesem Band durch Auswahl, Umfang und Duktus eine präziser, aber eher an eine breitere Öffentlichkeit gerichteter Abriss der Geschichte des deutschen Frauenwahlrechts vollzogen wird, so wird in dem von Kerstin Wolff in Zusammenarbeit mit Hedwig Richter herausgegebenen Sammelband ganz konzise auf der Basis eines veränderten, die weibliche Perspek-

³ Verhandlungen des Reichstags. Bd. 314, 193. Sitzung, 22.10.1918, S. 6164.

tive und die Handlungsräume von Frauen betonenden Geschichtsbilds die Frauenstimmrechtsbewegung in Deutschland und Europa untersucht und in ihrer Beurteilung für die Demokratieentwicklung unter neuen Gesichtspunkten betrachtet. Hier steht ganz dezidiert die Frage im Raum, ob die in der Geschichtsschreibung vorherrschende Anschauung, wonach Demokratie- und Partizipationsbewegungen (etwa im Zusammenhang mit der Aufhebung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen) grundsätzlich und primär (nur) auf revolutionäre und vor allem auf männliche Agitation zurückzuführen sind. Die in Wolffs Einzelstudie bereits in Ansätzen angerissene Frage nach der Einflussnahme von Frauen auf diesen Prozess erfährt hier in elf Einzelbeiträgen ihre Präzision. Das Hauptaugenmerk des Sammelbandes liegt darauf, den Begriff von Politik zu erweitern, „alte Narrative zu überdenken, den Blick (transnational) zu weiten“, die Inkorporation der (der Frau zugeordneten) häuslichen Sphäre in die Politik zu berücksichtigen. Die (dadurch intendierte) Zähmung des [...] als männlich gedachte[n] politisch-öffentlichen Einflussbereichs durch weibliche Praxis bietet nicht zuletzt dadurch eine neue Sichtweise in der politikwissenschaftlichen Forschung (S. 9).

Anhand von Untersuchungen unterschiedlicher deutscher und europäischer Frauenorganisationen (in Österreich, England und den Niederlanden) werden dabei verschiedene Formen von Teilhabe und Agitationsmethoden der Frauenbewegung, deren divergierende Ansprüche, Forderungen und Bedürfnisse herausgearbeitet und ihre Erfolge bei der Erlangung von (staatsbürgerlichen) Rechten in unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Räumen wie in Kommunen, Kirchengemeinden, Ausbildungsinstitutionen und Ämtern herausgearbeitet. Überhaupt spielt das Moment des „Raumes“ als Gestaltungsort öffentlichen Handelns auf unterschiedlichen Ebenen eine wichtige Rolle in dieser Studie, die noch in zwei weitere Unterpunkte unterteilt ist. Der „Körper“ als biologisches und sich vermeintlich zugleich auf die Psyche und die rationale/emotionale Fähigkeit der Frau sich auswirkendes geschlechtsspezifisches Merkmal untermauerte die Festschreibung der einzelnen Agitationssphären zwischen Mann und Frau. Dieser Aspekt bot den Frauen aber zugleich auch die Möglichkeit zu bewusster „Domestizierung der Politik“ (S. 9, S. 27) etwa infolge der Betonung weiblicher sozialer Kompetenzen und der damit verbundenen Herleitung von für sie prädestinierten Handlungsräumen und entsprechender Partizipation. Auch der Aspekt der Friedenspolitik in Abhebung zur von der Männlichkeit demonstrierten Gewaltbereitschaft gewann dadurch eine besondere, weibliche Note. Der dritte Themenschwerpunkt liegt auf dem „Sprechen“ und der damit verbundenen körperlichen Herrschaftsaneignung, der Besetzung des staatlichen Raumes „durch öffentliches Sprechen“ (S. 28).

Wolff plädiert in ihrer einführenden Darstellung über den Kampf um das Frauenstimmrecht für eine neue, von der bisher vorherrschenden These der verspäteten und zersplitterten Agitation der Frauenbewegung befreiten Re-Lektüre von Quellen. Der so neu in den Fokus gerückte Kampf der Frauenbewegung als „politische Kraft und soziale Bewegung“ bedinge nicht zuletzt eine veränderte Sicht auf ihre bislang vernachlässigte Rolle für die Demokratisierung in Deutschland und die Politisierung der deutschen Gesellschaft. Barbara von Hindenburg und Brigitte Bader-Zaabel setzen ihren Schwerpunkt auf eine regionale Betrachtung in Schlesien bzw. im Deutschen Reich und Österreich, in dem sie die dort vorhandenen politischen Räume auf Vereins- oder Institutionsebene oder im Rahmen der Möglichkeit zu kommunalem politischen Engagements beleuchten. Der Interdependenz des Frauenwahlrechts und des Familienrechts vor und nach 1918 widmet sich Marion Röwekamp und manifestiert, dass der Ausschluss der Frauen vom Wahlrecht seine Korrespondenz im Ausschluss der Frauen von bürgerlichen Rechten generell fand – so etwa auch innerhalb der Ehe. Entsprechend wurde die Forderung nach staatsbürgerlichen Rechten immer auch mit der Aufbrechung des patriarchalischen Rechtskodex' im BGB verbunden. Und trotz Erreichens der gleichberechtigten staatsbürgerlichen Rechte nach 1918 und zahlreicher nachhaltiger Reformen blieb den Frauen die rechtliche Gleichstellung in vielerlei Hinsicht bis in die jüngste Zeit vorenthalten. Der Aspekt der Körperlichkeit findet für Tobias Kaiser in seiner Darstellung über die englischen Sufragetten als

„Eroberinnen des politischen Raumes“ seinen Ausdruck. Bei Hedwig Richter richtet sich der ihrem Beitrag zugrundeliegende Aspekt der „reformerischen Globalisierung“ (S. 145 ff.) auf die pädagogischen Reformen oder Reformdiskurse über Körperlichkeit und Sozialpolitik, Massen und Individualpartizipation. Sie waren nicht zuletzt auch Voraussetzung zur Modernisierung der (weiblichen) Lebenswelt und -wahrnehmung und förderten damit auch das Engagement zur Durchsetzung des Frauenwahlrechts. Das innerhalb von nur etwa drei Jahren in 17 Ländern durchgesetzte Frauenwahlrecht, so Richter, war nicht zuletzt diesen einsetzenden strukturellen Veränderungen und Reformideen zu verdanken.

Der Interdependenz zwischen dem Frauenwahlrecht und dem Abolitionismus widmet sich Malte König; sein Augenmerk zielt dabei auf den Gedanken der „virtuellen Repräsentation“, von Frauen durch (ihre) Männer, der grundlegend für den Ausschluss von Frauen an politischer Partizipation war. Prostituierte wurden aufgrund ihrer ganz speziellen Lebenssituation nicht als Frauen im bürgerlichen Sinne verstanden; als „Parias der Gesellschaft“ (S. 169) standen sie nicht nur außerhalb moralischer Normen, sondern wurden in diskriminierender Weise reglementiert. Eine politische Vertretung fanden sie nur in den Verbänden der Frauenrechtlerinnen, die dem „männlichen Staat“ wiederum das Argument des (naturgegebenen) Versagens in sozialpolitischer Hinsicht vorhalten konnten und bewusst dieses Gebiet für sich in Anspruch nahmen. Susanne Schötz' Beitrag über die „politische Partizipation und das Frauenwahlrecht“ (S. 187) bei Louise Otto-Peters betont noch einmal wie bei Wolffs Einzelband deren besondere Rolle für die Formierung der ersten deutschen Frauenbewegung, die sie über einen langen Zeitraum mit ihrem zutiefst demokratischen Verständnis von politischer Partizipation und ihren Ideen und Initiativen zur Durchsetzung von Rechten und Pflichten von Frauen im Staatsleben (S. 219) prägte. Mit den Beiträgen von Birte Förster und Lutz Vogel zur Partizipationsmöglichkeit von Frauen im Großherzogtum und Volksstaat Hessen (1904–1921) und dem weitgehend „chancenlosen Agieren“ von Landtagskandidatinnen in Sachsen in der Zeit zwischen 1919 und 1933 sowie dem Beitrag von Harm Kaal über die Auswirkung des Frauenwahlrechts auf die niederländische Wahlkultur schließt der Band.

Während das Sachbuch von Kerstin Wolff die Geschichte des Frauenwahlrechts sehr anschaulich und für die interessierte Leserschaft – gleich welchen Geschlechts – gut nachvollziehbar, informativ und nicht quellenüberladend näherbringt, richtet sich der Sammelband gezielt an ein Fachpublikum. Sein Vorzug liegt unbestreitbar in seiner differenzierten Themenauswahl und insbesondere dem von Wolff und Richter neu und anders fokussierten Blick auf die Geschlechter- und Demokratieforschung, was eine interessante Weitung der Perspektive und auch neue Denk- und Interpretationsansätze liefert. Zu wünschen gewesen wäre vielleicht die Berücksichtigung etwas weiträumigerer und tiefgründigerer Untersuchungen auf transnationalem Gebiet. Dass diese Art der Neu- oder Andersfokussierung und – wie Wolff es selbst nennt – die dadurch implizierte Vorgehensweise einer veränderten Re-Lektüre von Quellen – auch auf andere Themenbereiche der (Frauen-)Geschichtsforschung ausgreifen wird, ist zu erwarten. Dem wird mit Interesse entgegensesehen sein.

Berlin

Christiane Scheidemann



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2019

Siegfried Suckut: Blockparteien und Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945-1990.

Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 2018, 173 S. : Ill., ISBN 978-3-96023-196-7

Anzuzeigen gilt es hier die Untersuchung von Siegfried Suckut über die Geschichte und die Verflechtung der Blockparteien im politischen System der DDR. Der ebenso klassische wie gute Aufbau beginnt mit der Gründung der Parteien KPD, SPD, CDU und LDP 1945.

Daran schließt sich die – bekanntermaßen kurze Zeit – an, in der die Blockparteien CDU und LDP noch relativ selbständig im Blocksystem agieren konnten. Das dritte Kapitel, das mit „Auf dem Weg zur Volksdemokratie 1948 bis 1952“ überschrieben ist, handelt von den Konflikten um den Führungsanspruch der im April 1946 (zwangs-) gegründeten SED, der Etablierung von DBD und NDPD und die Rolle der Blockparteien bei der Gründung der DDR.

Im vierten Kapitel interpretiert Suckut die Blockparteien in der Zeit von 1952 bis 1986 folgerichtig als Exekutivorgane der SED-Politik, betont dabei aber auch die Gratwanderung zwischen Anpassung, Karrierismus, Druck und Machtlosigkeit. Das sechste Kapitel widmet sich den letzten Jahren der DDR, den Schwierigkeiten von LDP und CDU im Umgang mit der eigenen Vergangenheit und damit, neue politische Wege in das bundesdeutsche Parteiensystem zu finden.

Doch zurück zum Anfang: Ziel der Untersuchung ist es, die sich wandelnde Funktion der Blockpolitik und der Blockparteien herauszuarbeiten. Diese Funktion war von Anfang an davon abhängig, welche Rolle die Besatzungsmacht und die KPD/SED den Blockparteien CDU und LDP zugestehen wollten. In diesem engen Radius agierten CDU und LDP bis zum Ende der DDR. Von Anfang an von der Besatzungsmacht benachteiligt und später von der SED kontrolliert und unter Druck und Repressalien gesetzt, versuchten CDU und LDP, ihre programmatische Eigenständigkeit zu erhalten. Dem wurde schnell ein Riegel vorgeschoben und so existierten sie spätestens seit 1948 als Erfüllungsgehilfen der SED und trugen so das politische System der DDR bis zu ihrem Ende mit. Parteisäuberungen, Anpassungsdruck und karrieristische Erwägungen führten letztendlich dazu, dass Führungsspitzen der CDU und LDP ausgetauscht und beide Parteien zumindest auf zentraler Ebene, „auf Linie“ gebracht wurden. Die Gründung von DBD und NDPD stärkten den Herrschaftsanspruch der SED zusätzlich.

Hoffnungen der CDU und LDP, etwa nach der Stalin-Note 1952, politisch aufgewertet zu werden und größeren Handlungsspielraum zu bekommen, erfüllten sich nicht. Nach dem erklärten Übergang zum Aufbau des Sozialismus ab 1952 fühlten sich viele Parteimitglieder von „ihren“ Parteien verraten. Parteiaustritte besonders in den 50er Jahren belegen diesen Befund, in den



60er Jahren waren die Mitgliederzahlen auf ihre Tiefststände gesunken, so Suckut. Verbliebene Mitglieder reagierten mit Resignation oder nahmen die „Ergebenheitsadressen ihrer Führungen an die Machthaber schweigend zur Kenntnis“ (S. 112).

Nach dem Amtsantritt Honeckers schien für Blockparteien zunächst eine neue Zeit angebrochen. Honecker versicherte, „die kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den Blockparteien fortsetzen zu wollen“ (S. 117), ohne jedoch grundsätzliche Zusagen an die Parteien zu machen. Die Informationspolitik zu den Blockparteien verbesserte sich leicht, sie wurden vorab über Beschlüsse der SED informiert. Die von Honecker betriebene Kooperationsbereitschaft mit den Blockparteien hatte jedoch ihre Grenzen. In der Deutschland- und Außenpolitik saßen sie nicht mit am Tisch und wurden nur nachträglich informiert.

Auch in der direkten Kommunikation zwischen Honecker und den Parteivorsitzenden der Blockparteien wurde die tatsächliche Hierarchie deutlich. Mit dazu beigetragen eine Ritualisierung bei Sitzungen, in denen Beschlüsse verkündet, jedoch nicht diskutiert wurden und so den Vorsitzenden aller Blockparteien kaum Gelegenheit blieb, außer Zustimmung anderes zu äußern.

Bis Mitte der 80er Jahre änderte sich an dieser Praxis wenig. „Während Chefs von DBD und NDPD in den Gesprächen mit Honecker intellektuell blass blieben, fiel der LDPD-Vorsitzende Gerlach immer wieder dadurch auf, dass er Veränderungen im politischen System forderte [...]. Für die SED war er ein unbequemer Mahner, an dessen politischer Verlässlichkeit aber - wohl zurecht - kein Zweifel bestand“ (S. 123). Unbegrenzte Auskunftspflicht der Blockparteien machten sie zu ungefährlichen und leicht einzuschätzenden „Partnern“.

Als Ende der 70er Jahre der Reformdruck auf den Ostblock zunahm, sich in Polen eine politische Opposition formiert hatte, reagierte die sowjetische Führungsmacht ratlos. Damit war sie nicht allein. Auch die Blockparteien versuchten zunächst, den Wandel zu ignorieren und das „Weiter so“ der DDR-Führung, der sie ja selbst angehörten, zu unterstützen. Während die CDU unter Götting den Veränderungsdruck noch ignorierte, fühlte sich der „Mahner“ Gerlach bestätigt und konnte der LDP eine Führungsposition in der Debatte über die Reformfähigkeit der Blockparteien verschaffen. Dennoch, so konstatiert Suckut richtig: „Gerlach stellte liberal klingende Forderungen, war aber Kommunist“ (S. 138).

Generell schlussfolgert Suckut, auch nach Studium der Unterlagen des MfS, ging es im Revolutionsjahr 1989 darum, dass das MfS über die Lage der Blockpolitik informierte, die sie als stützend für den Staat bewertete. Die Beeinflussung der Blockparteien war Sache der SED selbst, zunächst erfolgreich. So kommt Suckut zu dem Schluss: „Wäre es allein vom Verhalten der Blockparteien abhängig gewesen, hätte die DDR noch viele Jahre als sozialistische Diktatur weiterbestehen können“ (S. 140). Nur schrittweise gaben die Blockparteien bisherige Sichtweisen auf.

Zum Ende der DDR war das Parteiensystem in seinen Zustand von 1945 zurückversetzt worden. Die SPD wurde wieder gegründet, CDU und LDP schlossen sich mit ihren westlichen Schwesterparteien zusammen. DBD und NDPD verschwanden von der parteipolitischen Bildfläche. Die SED/PDS versuchte, mit einem reformierten Kommunismuskonzept Wählerstimmen zu gewinnen.

Suckut hat einen sehr gut lesbaren, klar strukturierten Band vorgelegt, dessen Lektüre nur empfohlen werden kann.

Aachen

Ines Soldwisch



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



Seite 2 von 2



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2019

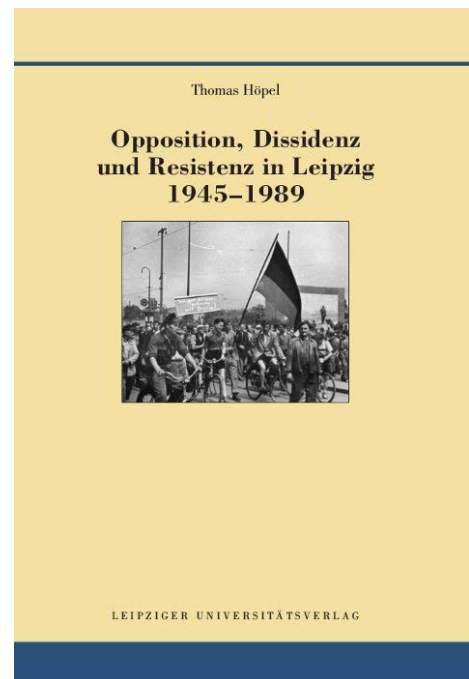
Thomas Höpel: **Opposition, Dissidenz und Resistenz in Leipzig 1945-1989.**

Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 2018 (= Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Leipzig, Band 16), 229 S. : Ill., ISBN: 978-3-96023-202-5

Der 9. Oktober 1989 gilt als das entscheidende Wenddatum zur Friedlichen Revolution, als in Leipzig nicht nur die Akteure der diversen Oppositionsgruppen auf die Straße gingen, sondern mit ihnen auch viele andere Menschen. Der offene Protest hatte einen Großteil der Gesellschaft erfasst. Die vorliegende Studie verdeutlicht, dass dies kein zufälliges oder spontan ausgelöstes Geschehen war, sondern eine jahrzehntelange Vorgeschichte von Opposition und Distanz zum DDR-Regime besaß. Höpels Ziel ist, diese vielfältige Opposition in ihren Facetten zu zeigen und damit deutlich werden zu lassen, warum es gerade in Leipzig zur entscheidenden revolutionären Situation 1989 kommen konnte.

Die fast uferlose Forschungsliteratur zur Begrifflichkeit von Opposition und Widerstand resümiert der Autor sachkundig und knapp – ihm geht es um die Analyse von Opposition, Dissidenz und Resistenz, im Kern also nicht nur um die politische Opposition, sondern generell um abweichendes und widerständiges Verhalten. Dementsprechend wählt er fünf Beispiele, zugleich zeitliche Phasen von Opposition in Leipzig, um die Facetten des Verhaltens von Widerstand bis Nonkonformismus zu zeigen: Das Panorama reicht somit von politischer Opposition und Widerstand in der Gründungszeit der DDR und dem Aufstand vom 17. Juni 1953 über die Resistenz am Beispiel der Jugend- und Populärkultur der Sechziger Jahre (Rock'n Roll und Beatkultur) zur Dissidenz der Leipziger Umweltgruppen im letzten Jahrzehnt der DDR. Seit Gorbatschows Ankündigung von Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion nahm das Krisenbewusstsein in der Bevölkerung auch jenseits dissidenter Führungszirkel in Umwelt- oder Friedensbewegung zu, was schließlich in den Protest von 1989 mündete. Der Autor schöpft reichhaltig aus den Archiven und der Samisdat-Literatur, nicht allerdings aus den Beständen der LDP(D) im Gummersbacher Archiv des Liberalismus.

Als Stadt einer traditionell starken sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und zugleich eines ebenso dynamischen Bürgertums, das die Messestadt mit Handel und Gewerbe geprägt hatte, weist Leipzig einige Besonderheiten auf, die auch die Entwicklung nach 1945 bestimmten. Dazu gehört auch die industrielle Produktion und der angrenzende intensive Braunkohletagebau – deren Folgen wesentlich die Dominanz von Umweltgruppen in der späteren Opposition erklären.



Die speziellen Leipziger Traditionen bedingten, dass nach dem Juni 1945, dem Wechsel von der amerikanischen zur sowjetischen Besatzungsmacht und dem damit verbundenen „Aufbau des Sozialismus“ die Durchsetzung des SED-Führungsanspruchs mit besonderer Härte erfolgte. Die – wie Höpel es nennt – „Domestizierung“ (S. 33) der bürgerlichen Parteien ist eindrücklich am Beispiel der Liberalen geschildert: Die LDP, die anfangs mit deutlichem Rückhalt in der Bevölkerung Stadträte und den Ersten Bürgermeister stellte, verlor trotz allen Widerstands zügig ihre Eigenständigkeit, symptomatisch vollzogen, als Manfred Gerlach – als Nachfolger für den aus dem Amt gedrängten LDP-Bürgermeister Johannes Sachse – die führende Rolle der SED anerkannte. Zu Exponenten des Widerstands gegen die Einschränkung der Bürgerrechte und Freiheit gehörte auch der Vorsitzende des Studentenrats der Universität Leipzig und LDP-Vorstandsmitglied Wolfgang Natonek, der 1948 verhaftet und zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt wurde.

Die Opposition gegen das anbrechende DDR-Regime kulminierte im Aufstand am 17. Juni 1953. Zutreffend für Leipzig – im Unterschied zu manchen anderen Orten – nennt Höpel diesen eine „von der Arbeiterschaft getragene Volkserhebung“ (S. 112). Hier kam noch einmal das traditionelle Arbeitermilieu zur Wirkung, was von der SED in der Folge intensiv bekämpft wurde, zumal ihm viele enttäuschte SED-Mitglieder entstammten. Von den bürgerlichen Gruppen stellten Mitglieder der LDP(D) den größten Anteil der Verhafteten – ein Zeichen, dass sich an der Basis noch liberaler Widerstand erhalten hatte.

Für die Populärkultur sowie die Kunst- und Literaturszene sieht der Autor als bedeutsame Entwicklung für die Opposition die „erkennbare Vernetzung der unterschiedlichen alternativen Projekte“, die am Ende der 1980er Jahre auch „Kontakte zu den politisch engagierten Basisgruppen in Leipzig aufbauten und zu gemeinsamen Aktionen schritten“ (S. 159). Die Umweltgruppen schließlich repräsentierten einen „Paradefall für die zunehmende Dissidenz in der DDR“ (S. 161), wobei sich diese sowohl außerhalb wie innerhalb staatlicher Strukturen entwickelte, in Kirchengruppen wie auch in der Gesellschaft Natur und Umwelt (GNU).

Insgesamt entsteht der Eindruck eines vielfältigen Milieus potentieller Dissidenz, das zum Ende der 1980er Jahre das Entstehen einer „revolutionäre Situation“ beförderte. Das wesentliche Verdienst der Studie ist es, die unterschiedlichen Varianten abweichenden Verhaltens in der DDR in ihrer Auswirkung auf die Legitimation des Regimes in den Blick zu rücken. Dies hätte eine Gesamtgeschichte des Protests in Leipzig ergeben, wenn die Fallstudien inhaltlich stärker vernetzt worden wären. Die Darstellung ist – angesichts des heute zu recht emphatischen Blicks auf die Revolution zum 30. Jahrestag – überraschend nüchtern und enthält sich nachträglicher moralischer Bewertungen.

Trotz der überzeugenden Analyse sind einige grundsätzliche Einwände zum Vorgehen des Autors zu notieren: Zum einen wird mehrfach die Besonderheit Leipzigs betont – z.B. waren hier die Reaktionen des Regimes nach dem 17. Juni 1953 besonders repressiv, die Umweltbewegung am stärksten, die Opposition im Herbst 1989 Vorreiter u.a. Diese „Heldenrolle“ der sächsischen Metropole soll hier nicht bestritten werden, das Argument wäre aber überzeugender, wenn es durch Vergleiche gestützt würde. Mittlerweile ist gut bekannt, dass sich der Protest 1989 über weite Teile des Landes ausgebreitet hatte, sehr frühzeitig z.B. in Plauen, nur dass dies fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand – anders als die Demonstrationen in Leipzig, von denen in westlichen Medien berichtet wurde. Und warum wird für die 1980er Jahre auf die Umweltgruppen ausführlich eingegangen, das Wirken der „Friedens- und Menschenrechtsbewegung“ aber nur am Rande erwähnt?

Zum anderen endet die Studie verblüffender Weise kurz vor dem Finale – der Herbst 1989 ist nicht mehr behandelt. Dies ist umso erstaunlicher, als es doch der dramaturgische Höhepunkt hätte sein müssen, wenn man der These des Autors folgt: Am Anfang, in der Zeit der Staats-

gründung, stehen politische Opposition und Widerstand, stark getragen von bürgerlichen Kräften, der LDP, auch der CDU, beim Juniaufstand 1953 wesentlich von der Arbeiterschaft. In der Folgezeit verlagert sich die Opposition dann eher auf abweichendes Verhalten, auch zusammenhängend mit systemübergreifenden Tendenzen der Jugendkultur, erhält und verstärkt sich konstant in den Nischen kultureller Eliten der Kunst und Literatur, um seit Mitte der 1970er Jahre in den Umwelt- und Friedensgruppen neue gesellschaftliche Dimension zu gewinnen. Dieser Logik folgend, kulminiert dann jegliche Art von Opposition, sei sie Dissidenz, Resistenz oder Widerstand, schließlich im Herbst 1989 im gesellschaftsweiten Legitimationsverlust des Regimes – und gelangt am 9. Oktober massenhaft auf die Straße. Der „Schlussstein“, wie sich alles zu diesem Protest zusammenfügt, fehlt nun. Wie das gesellschaftliche Milieu für die massenhafte Forderung nach Freiheit und Lebenschancen bereitet wird, darüber aber gibt die Studie eindrucksvoll Aufschluss.

Potsdam

Wolther von Kieseritzky



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2019

Frank Decker: Parteiendemokratie im Wandel.

Baden-Baden: Nomos, 2018, 2. akt. Auflage, 302 S.; 12 Abb.; ISBN: 978-3-8487-5087-0

Call for Action: Vom Zustand der Parteiendemokratie

Gute angewandte Wissenschaft erkennt man daran, dass sie sich den Zeitläuften stellt, Veränderungen erkennt und damit einhergehende Entwicklungen analysiert, darstellt und erklärt. Schon in diesem Sinne hat das vom Bonner Politikwissenschaftler Frank Decker vorgelegte Buch, quasi ein Substrat des von ihm gemeinsam mit Viola Neu herausgegebenen Standardwerks „Handbuch der deutschen Parteien“, die Notwendigkeiten erkannt. „Bücher über Parteien und Parteiensysteme leiden darunter, dass sie zumindest in den empirischen Teilen relativ schnell überholt sind“, schreibt der Autor schon am Beginn des Vorworts (S. 3) zur zweiten Auflage. Und wenn man betrachtet, dass die erste Auflage im Jahr 2015 erschien, kann man das nur bestätigen.

2015 war die FDP außerparlamentarisch, die AfD aufwachsend – seit der Bundestagswahl 2017 sind die beiden die zahlenmäßig größten Oppositionsparteien. Schon das zeigt den Überarbeitungsbedarf, wenn man – wie der Buchtitel es vorgibt – nicht nur die Parteien jeweils im Einzelnen, sondern die Parteiendemokratie insgesamt analysieren will. Vor allem im Aufwachsen der AfD sieht Decker eine „Zäsur, [...] die die Politik in der Bundesrepublik auf längere Sicht prägen wird“ (S. 5).

Der erste Teil des Buches, betitelt „Theorien“, beginnt mit der Frage: Was ist überhaupt eine Partei? Das klingt simpel, ist aber bedeutsam. Überall verdampfen langjährige Volks- und Massenparteien, an vielen Orten entstehen und kandidieren „Bewegungen“, haben kurzzeitig Erfolge, diffundieren dann aber in andere Richtungen, in neue Allianzen, in neue Bewegungen. Decker zitiert die Minimaldefinition von Sartori: „Eine Partei ist jede politische Gruppe, die die Möglichkeit hat und nutzt, in Wahlen Kandidaten für öffentliche Ämter zu präsentieren“ (S. 11). Aber auch dieser kleinste gemeinsame Nenner darf in Frage gestellt werden: In immer mehr Kommunen regieren „parteilose“ Oberbürgermeister oder Bürgermeister; es gibt auf kommunaler, aber auch gelegentlich auf höherer Ebene spezielle Wahlbündnisse, manchmal vereinbaren mehrere Parteien, einen gemeinsamen Kandidaten oder eine Kandidatin zu präsentieren, um andere Kandidaturen zu verhindern. Und auch die „ideologisch-politische Zugehörigkeit und Programmatik“ (S. 12) eignet sich zunehmend nur im Ansatz zur Definition der Parteien – werden die Namen der Gruppierungen doch immer werblicher, speziell auf regionaler, kommunaler Ebene, und die politische Ausrichtung dadurch nicht unbedingt leichter erkennbar. Typen neuer Parteien entstehen, so stellt es Decker zutreffend dar: die charismatische Partei, die Unter-



nehmerpartei oder die Bewegungs- und Rahmenpartei. Und das stellt die etablierten Parteien derzeit vor nicht unerhebliche Herausforderungen.

Folgerichtig kommt Decker unter der Überschrift „Das demokratische System als Parteiensystem“ (S. 23 ff.), zu den Auswirkungen und den damit zusammenhängenden politikwissenschaftlichen Fragen des „Ansehensverfalls der Parteien“ und des Wandels der Präferenzen zur politischen Partizipation.

Man muss ja nicht Anhänger der Parteienstaatslehre von Gerhard Leibholz sein, um die Bedeutung der Parteien für die Regierungspolitik in Deutschland zu betonen. Decker nennt auch hier seine bewährten Hauptfunktionen der Parteien: die Repräsentationsfunktion, die Steuerungsfunktion, die Legitimationsfunktion sowie die Sozialisations- und Elitenrekrutierungsfunktion. Daran kann man zweifeln, das kann man in Frage stellen, angesichts der aktuellen politischen Meinungsbildung, die mehr von „Fridays for Future“ oder jugendlichen Bloggern getrieben scheint als von den Entscheidungsstrukturen der repräsentativen Demokratie vor dem Hintergrund der parteirechtlichen Bestimmungen des Grundgesetzes.

„Wenn sich die demokratische Substanz der politischen Systeme von den Parteien wegbewegt, hat das auch für deren Innenleben Konsequenzen“, schreibt Decker (S. 38). Das müssen die Parteien verstehen, das müssen sie nachvollziehen, wenn sie die überkommene Rolle im Entscheidungsgefüge weiter einnehmen wollen. Und das bedeutet dann, ganz andere Maßnahmen zu ergreifen als Schnuppermitgliedschaften, Urwahlen von Vorsitzenden oder rituelle Gesprächsrunden mit in der politischen Gesinnung gewogenen Interessengruppen. Das heißt dann, neuen gesellschaftlichen Bewegungen, Schülerdemos, Protestkundgebungen und ähnlichem nicht im Bewusstsein der verfassungsrechtlich gesicherten Bedeutung mit leichter Arroganz zuzuschauen, sondern selbst auf diese Gruppen zuzugehen, ins Gespräch zu kommen, sich selbst dort einzubringen, selbst dort Einfluss zu nehmen. Um es tagespolitisch fest zu machen: die Berliner Organisatorin von „Fridays for Future“ ist Mitglied im grünen Jugendverband; aus Umweltschutzverbänden, Verbraucherschutzinstitutionen, Öko-Instituten, Fahrradclubs dürfte eine Menge an Mitgliedsbeiträgen bei den Grünen landen, und auf dem Evangelischen Kirchentag waren sogar die Mottoschals grün. Alles richtig gemacht – so schafft man politischen Humus und boostet Umfragewerte.

Im dritten Kapitel beschreibt Frank Decker, neu in dieser Auflage, die Unzulänglichkeit des bewährten Cleavage-Ansatzes. Die hergebrachte „Wechselbeziehung zwischen den Angehörigen der durch gemeinsame soziale und Lebensstilmerkmale charakterisierten Milieugruppen und den sie vertretenden Parteien“ (S. 43) trägt seiner Auffassung nach nicht mehr. Die Catch-All-Party alten Zuschnitts gibt es nicht mehr – der Wandel der alten und das Hinzutreten neuer Cleavages hat die zentrale Voraussetzung für deren Erfolg beseitigt.

Er sieht dabei, in den nachfolgenden, umfassenden Erläuterungen zur Parteiendemokratie, die Entwicklung des Parteiensystems nach der Bundestagswahl 2017 durch drei Linien bestimmt: die Verschiebung der parteipolitischen Kräfteverhältnisse nach rechts; die Auswirkungen der Flüchtlingskrise in dem Sinne, dass hauptsächlich ein Issue die öffentliche Wahrnehmung der Politik beeinflusste; und die erfolgreiche Etablierung der AfD, deren Auswirkungen sich schon in der „quälenden“ Regierungsbildung aufzeigten.

Natürlich darf man von einer politikwissenschaftlichen Analyse keine tagespolitischen Darstellungen erwarten; das überlassen Politikwissenschaftler auch gern politischen Redakteuren und wählen selbst andere Publikationsformen als das Buch. Und auch Prophetie kann man nicht erwarten. Vielleicht steht ja die dritte Auflage in nicht allzu ferner Zukunft unter der Prämisse, die Entwicklung der Grünen aufzuzeigen, die, zumal nach deren Ergebnis bei der Bundestagswahl 2017, niemand vorhersehen konnte oder derzeit präzise im weiteren Verlauf prognostizie-

ren kann. Oder es steht dann die Entwicklung der Parteiendemokratie im Lichte des Bedeutungsverlustes der ehemaligen Volksparteien im Blickpunkt. Wer weiß.

Frank Decker hat ein hoch spannendes Buch vorgelegt, das zum Nachdenken anregt. Parteien, so schreibt er, stellen „nur noch eine Möglichkeit unter vielen dar, sich politisch zu betätigen“. Sie stehen damit in einem „Rekrutierungswettbewerb“ mit sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen“. Das müssen einige Parteien erkennen und danach handeln, wenn sie nicht wollen, dass es mit den Grünen und der AfD nur noch zwei politische Richtungen mit milieugestützter gesellschaftlicher Wirkung gibt.

Berlin

Thomas Volkmann



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2019

Philipp Schink (Hrsg.): Freiheit – Zeitgenössische Texte zu einer philosophischen Kontroverse.

Berlin: Suhrkamp, 2017 (= Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Band 2145), 521 S., ISBN: 978-3-518-29745-2

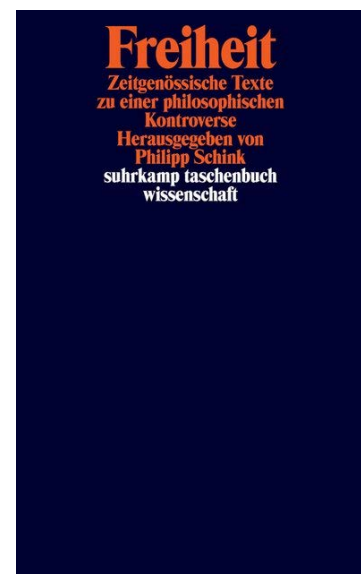
Natürlich freut man sich, wenn Publikationen erscheinen, die das Wort „Freiheit“ schon auf dem Buchcover, zumal im besonderen Layout der „suhrkamp taschenbuch wissenschaft“-Reihe, zentral darstellen. Die tägliche Beschäftigung mit dem Freiheitsbegriff, zumal der Versuch, Freiheit als gesellschaftlichen Zentralbegriff zu befördern, für Zweifler zu erläutern und zu definieren, für Unterstützer zu stärken, macht empfänglich für Unterstützer auf dem Markt der Meinungen.

Und so weckt die Ankündigung, das Buch des Frankfurter Philosophen Philipp Schink beinhalte „zeitgenössische Texte zu einer philosophischen Kontroverse“, Erwartungen und Hoffnungen.

„Wie sieht ein überzeugendes Verständnis der Freiheit von Individuen in Gesellschaft und Politik aus?“, fragt schon der Klappentext. „Welche philosophischen Traditionen helfen bei der Beantwortung dieser Frage?“ Das Buch gliedert sich in eine längere Einführung durch den Autor, auf die eine Reihe von Originaltexten folgen, die ihrerseits unter Kapitelüberschriften und – so steht zu erwarten – gegeneinander gestellt werden. Große Namen sind darunter, auch das baut Spannung und Erwartungshaltung auf.

Ganz ohne Zweifel, so beginnt der Herausgeber seine Einführung, gehöre Freiheit zu den zentralen Werten heutiger Gesellschaften – ein unbestreitbarer Punkt, vielleicht sogar eine Selbstverständlichkeit. Skeptisch macht allerdings schon der zweite Halbsatz: Freiheit bilde eben auch „einen dauernden Bezugspunkt, wenn es darum geht, bestehende Verhältnisse anzufechten oder zu rechtfertigen“ (S. 7). Freiheit habe, kommt dann, „heutzutage nicht uneingeschränkt einen guten Leumund, und der Bezug auf sie ist nicht problemlos“ (ebd.). Spätestens da beginnt man, zumindest als Liberaler, zu zweifeln, in welche Richtung der Text gehen, worin die angekündigte Kontroverse bestehen soll. Schink kommt zur Einschätzung, der von ihm aufgestellte „Befund, dass der Begriff der Freiheit bei der Rechtfertigung wie auch der Kritik des Neoliberalismus oder militärischer Interventionen zentral ist, sollte nachdenklich stimmen.“ (S. 9) Er will „genauer hinschauen“ und „ermitteln, was genau unter der Freiheit, die jeweils verteidigt oder etabliert werden soll, verstanden wird, welche Folgen dieses oder jenes Freiheitsverständnis für eine politische Ordnung und für die Gesellschaft haben wird“ (S. 9 f.). Dazu solle der vorliegende Band beitragen.

Es stellt sich für den Rezensenten als schwierig heraus, in der diesen Prämissen nachfolgenden Einleitung die Linie des Autors zu erkennen, zu finden oder – wenn man sie zu haben



glaubt – zu halten. Wo ist die angekündigte Kontroverse? Für Schink lässt sich feststellen, dass „die zeitgenössische Freiheitsdiskussion ihren Anlass und ihre Motivation ganz wesentlich in dem Bemühen gefunden hat, Herrschaftsverhältnisse zu analysieren, zu rechtfertigen oder zu kritisieren“. Er ist der Meinung, dass „der Begriff der Freiheit wesentlich die Funktion hat, das Verhältnis zwischen Bürger und Staat zu erschließen“ (S. 13), und er kündigt an, sich im Folgenden auf Ansätze zu konzentrieren, „die eine Freiheitskonzeption verfolgen, in der Freiheit nicht als moralischer Begriff angesehen wird“ (S. 14). Denn ein solcher Freiheitsbegriff, weil er „vollständig auf Kriterien der moralischen Rechtfertigung aufruht und von diesen abhängt“ (ebd.), leiste somit nichts Eigenständiges bei der Diskussion des Verhältnisses zwischen Individuen und Staat.

Was soll eine des moralischen Impetus entkleidete Freiheitskonzeption darstellen? Eine andere Quelle erklärt den Ansatz des Autors besser, als es die vorliegende Einleitung bewerkstelligt: In dieser, betitelt „Grundrisse der Freiheit“, schreibt Schink: „Dieses Buch vertritt eine einfache These: Freiheit ist eine Eigenschaft der Beziehungen, die zwischen Akteuren bestehen. Frei zu sein, bedeutet, nicht der Macht anderer Akteure unterworfen zu sein. Mit der These wende ich mich gegen die weit verbreitete Annahme, Freiheit sei im Ausgang etwa der Idee der Selbstbestimmung, oder -verwirklichung zu verstehen. Auch hat Freiheit nichts mit der Umsetzung eigener Wünsche zu tun. Freiheit ist weder als Angelegenheit der effektiv zur Verfügung stehenden Handlungsmöglichkeiten zu betrachten noch als Typ von Wahl- oder Entscheidungsfreiheit. Freiheit ist auch kein Begriff, mit dem die eigene Macht oder Maßgeblichkeit zum Ausdruck gebracht wird. Im Gegenteil. Der Begriff richtet sich stattdessen auf einen Zustand der Beziehung zu anderen, in dem diese nicht maßgeblich sind und man nicht ihrer Kontrolle unterliegt. Freiheit bezeichnet eine Weise, im Verhältnis zu anderen zu stehen“ (Schink: Grundrisse der Freiheit, S. 11).

Nicht nur als zu behandelnde Fallfrage für dieses Buch, möglicherweise auch zur Verklärung der Auswahl an aufgeführten Beiträgen, ist also Freiheit für den Herausgeber eine strikt interpersonal zu verstehende Frage, die sich lediglich mit Herrschaftsbeziehungen und Machtverhältnissen beschäftigt. Schink sieht seine Kernkonzeption darin, dass sie „eine Verbindung zwischen der Beschaffenheit der interpersonalen Beziehungen und Freiheit herstellt“ (S. 67), so dass sie „erlaubt [...], den freiheitlichen Charakter sozio-politischer Verhältnisse anhand einer Analyse der bestehenden Machtverhältnisse zu erfassen“ (S. 68). Freiheit wird bei ihm „als ein herrschaftsanalytischer Begriff rekonstruiert“ (ebd.).

Die der Einleitung nachfolgenden Texte sind natürlich lesenswert, die Namen der Verfasserinnen und Verfasser – von Hannah Arendt und Isaiah Berlin über Friedrich August von Hayek bis zu Charles Taylor, Quentin Skinner, Rainer Forst oder Philip Pettit sprechen für sich. Und doch fühlt sich der Rezensent allein gelassen im Versuch, herauszufinden, warum gerade diese Texte aufgeführt und unter Kapitelüberschriften gegeneinander gestellt werden. Gerade die Gegenüberstellung, vor allem das Weiterdrehen der Begriffe der negativen und positiven Freiheit ist lohnenswerte intellektuelle Arbeit, die die engen Grenzen herrschaftstheoretischer Philosophie schnell hinter sich lassen könnte und sollte.

Berlin

Thomas Volkmann



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit





Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2019

Christian Volk / Winfried Thaa (Hrsg.): Formwandel der Demokratie.

Baden-Baden: Nomos, 2018 (= Schriftenreihe der Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte in der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft, Band 36), 325 S. : Ill., ISBN: 978-3-8487-5410-6

Mit „Formwandel der Demokratie“ legen Volk und Thaa einen weiteren Band in der lobenswerten Reihe vor, die Arbeit der Gliederungen der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Dieser Band präsentiert die verschriftlichten Beiträge einer Tagung der Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte, so dass von vornherein mit einer beträchtlichen thematischen Tiefe zu rechnen ist.

In Zeiten, in denen immer weiter steigender Komplexität mit Methoden immer weiter fortschreitender Versimplifizierung begegnet wird und in denen die großen Vereinfacher des Populismus von Rechts nach Links Erfolge feiern, sind Zusammenkünfte wie die der DVPW, wenn es um Politik geht, und anderer wissenschaftlicher Vereinigungen in ihren Spezialgebieten, umso wichtiger. Anlässe und Themen gibt es mehr als genug.



„Diskutierte die Politikwissenschaft vor kurzem noch über die korrekte Zählweise der verschiedenen weltweiten Demokratisierungswellen, so scheint heute die Existenz der liberalen Demokratie selbst in ihren westlichen Stammländern bedroht“, schreiben die Herausgeber in der Einleitung (S. 9). Auch in dieser Einschätzung dürfte das Ergebnis der Bundestagswahl 2017 bedeutsam sein, das allerdings bei der Tagung in 2017 noch bevorstand – hier waren die Aspekte eher der Wahlsieg von Donald Trump, der Brexit oder autoritäre Tendenzen im Osten Europas.

Es geht hier allerdings nicht um Parteien und deren Politik, sondern eher ums Große und Ganze. Der Begriff „Postdemokratie“, im Rückgriff auf die Thesen von Colin Crouch aus 2004, wirkt nach und mahnt Befassung an. Die Herausgeber zumindest halten es für „auch heute noch keineswegs ausgemacht, dass die vor mehr als zweihundert Jahren einsetzende Demokratisierung moderner Gesellschaften in den 1960er und 1970er Jahren mit den korporatistischen, stark sozialdemokratisch geprägten Formen politischer Inklusion ihren Höhepunkt gefunden haben soll und wir danach nur noch eine Verfallsgeschichte, eine [...] Entleerung demokratischer Formen beobachten können“ (S. 10).

Laut Volk und Thaa ist ein „grundlegender, in seinen Auswirkungen immer noch unklarer Wandel im Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Öffentlichkeit und repräsentativen Institutionen“ festzustellen. Beobachten wir etwa, fragen die Herausgeber, sozusagen wissenschaft-

lich in die Soziologie hinübergrüßend, einen neuen „Strukturwandel der Öffentlichkeit“? Gibt es, Rosanvallon zitierend, eine neue „Demokratie der Aneignung“, wo soziale Netzwerke mit E-Petitionen oder ähnlichem die Regie übernehmen? Oder „zerfällt die übergreifende politische Öffentlichkeit [...] in eine demoskopische Simulation von Meinungsbildung einerseits und eine Vielzahl unverbundener, selbstreferenzieller Teilöffentlichkeiten andererseits“ (S. 11)? Die Herausgeber sehen aktuell „Veränderungen, die sehr grundsätzlich das Verhältnis von Gleichheit und Demokratie, von gesellschaftlicher Pluralität und politischer Repräsentation, von Individuen, Öffentlichkeit und intermediären Strukturen betreffen“ (S. 13).

Vier Themenkomplexe wurden bei der Tagung in Beiträgen behandelt: Der erste Komplex beschäftigt sich mit Tendenzen zwischen Krise und Chancen der Demokratie, zwischen ihrer Ablehnung und einem „Unbehagen“ an ihr. Die Beiträge zeigen durchaus unterschiedliche Ansätze. So sieht Catherine Colliot-Thélène den aufkommenden Populismus nicht als Zeichen von Desinteresse an Politik, sondern als Manifestation des Substanzverlustes „einer bestimmten Organisationsform“ (S. 31), während Veith Selk die Notwendigkeit betont, dass mit dem Ziel der allgemeinen Akzeptanz den Bürgerinnen und Bürgern der Wandel der Demokratie zunächst verständlich gemacht werden müsste. André Brodocz sieht im fortdauernden Narrativ der „Krisen“ der Demokratie eben den Grund für die Erwartung in der Bevölkerung, dass sie auch von in der Form gewandelter Demokratie erneut enttäuscht würden. Michel Dormal sieht in seinem sehr spannenden Beitrag die Gefahr, dass durch das marktkonforme fortlaufende „Monitoring“ demokratischer Entscheidungen das „Versprechen einer positiven Gestaltung der gesellschaftlichen Machtkonkurrenz“ (S. 90) gar nicht mehr eingelöst werden könnte.

Der zweite Themenblock beschäftigt sich mit den Potenzialen populistischer Bewegungen in konkreten Krisensituationen der Demokratie, hat also hohen aktuellen Bezug – wenn man denn den Prämissen aus dem ersten Themenblock folgt. Paula Diehl beschäftigt sich mit der italienischen 5-Sterne-Bewegung, die „eine Art Laboratorium für die Untersuchung neuer Tendenzen in der aktuellen Demokratie“ (S. 150) sei. Claudia Landwehr fragt, inwieweit der Zustand der Demokratie tatsächlich auf einen Formwandel demokratischer Herrschaftsformen hinweist, oder ob das Ganze eher auf der theoretischen Ebene der Kritik von Demokratiekonzeptionen verbleibt. Olaf Janns argumentiert von einem anderen, eher sozialstrukturellen Ansatz aus und versucht sich in der Darstellung einer Demokratisierung der Demokratie, die den Populismus als eine Art Seismograph eines Bürgerprotests sieht.

Im dritten Themenfeld steht die Frage an, ob neue Partizipationsformen eine „neue Demokratie“ bringen. Die Beiträge behandeln neue deliberative Beteiligungsformen als demokratische Innovationen (Gary S. Schaal und Fränze Wilhelm) und das Petitionswesen des Deutschen Bundestages im Lichte populistischer Entwicklungen und der Bedürfnisse des Parlamentarismus (Markus Linden); der dritte Beitrag verschriftlicht eine Podiumsdiskussion zum Thema „Mehr Partizipation – weniger Demokratie?“

Der vierte Themenblock liefert Beiträge zu den grundlegenden Herausforderungen, vor denen nationalstaatlich verfasste Demokratien heute stehen. Julia Schulze-Wessel widmet sich dem Aufbrechen des nationalstaatlichen Rahmens und der Frage der verfassten Demokratie in Bezug auf Änderungen in der Staatsbürger-Konzeption. Anna Meine fragt, wie eine demokratische Ordnung im Zuge der Globalisierung auch jenseits des Staates aussehen soll. Und Markus Patberg befasst sich mit einem „demokratischen Neuanfang in der Europäischen Union“ mit der Möglichkeit einer „verfassungsgebenden Gewalt jenseits des Staates“ (S. 315).

Die lesenswerte Publikation bewegt sich auf einem bemerkenswert hohen wissenschaftlichen Niveau und zeigt eine große Vielfalt meinungsstarker Beiträge. Leider muss man sich beim „Nachlesen“ mit den verschriftlichten Beiträgen begnügen; manche diskussionswürdigen Punkte mögen, unarchiviert, bei den Diskussionen zu den Vorträgen angesprochen worden

sein, bleiben für den Leser aber unlösbar. Was aber wahrlich nichts Negatives ist – die Chance zu entsprechenden Debatten wird kommen.

Berlin

Thomas Volkmann



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2019

Carola Groppe: Im deutschen Kaiserreich. Eine Bildungsgeschichte des Bürgertums 1871–1918.

Wien ; Köln ; Weimar: Böhlau Verlag, 2018, XI, 528 S., ISBN: 978-3-412-50058-0

Carola Groppe's Buch ist ein Beitrag zur Historischen Bildungsforschung. Diese Wissenschaftsdisziplin widmet sich der Analyse des Verhältnisses von Person und Gesellschaft in seiner Vermittlung durch Erziehungs-, Bildungs- und Sozialisationsprozesse im historischen Wandel. Eingeschlossen in dieses Konzept sind eine umfassende Sozialisationsforschung ebenso wie die historische Institutionen- und Professionsforschung, aber auch Ideen-, Theorie- und Diskursgeschichte. Bildungshistorische Forschung beschränkt sich nicht auf das im engeren Sinne pädagogische Feld, das die Entwicklung des Bildungssystems sowie der Erziehungs- und Fürsorgeeinrichtungen umfasst. Sie untersucht vielmehr auch Prozesse der Persönlichkeitsentwicklung in ihren institutionellen und nicht-institutionellen Kontexten. Sie richtet sich generell auf das Verhältnis von Bildung und Gesellschaft in seiner historischen Entwicklung.



Dieser weiträumige Ansatz, den die Autorin im ersten Kapitel ihres Buches entfaltet, disziplinengeschichtlich lokalisiert (denn auch die Historische Bildungsforschung ist natürlich eine geschichtliche Größe und unterliegt deshalb dem historischen Wandel) und anderen Konzeptionen gegenüberstellt, bringt es mit sich, dass „das pädagogische Feld“ erst dann „angemessen“ in seiner sozialisationspraktischen Bedeutung und gesellschaftlichen Funktion begriffen werden kann, wenn es in „gesamtgesellschaftliche Kontexte“ einbezogen wird. Familie, Schule, der Beruf, die „Peer Groups“ etc. finden ihren tatsächlichen Ort erst innerhalb größerer gesellschaftlicher, ökonomischer, kultureller und politischer Zusammenhänge, kurzum in einer gesellschaftsgeschichtlichen Perspektive, die jeden einzelnen Aspekt auf ein soziales Ganzes hin kontextualisiert.

Der Philosoph Edmund Husserl hat am Beginn des 20. Jahrhunderts seine eigene Sozialisation folgendermaßen zum Ausdruck gebracht: „Ich bin als Deutscher erzogen, nicht als Chinese. Aber auch als Kleinstädter in einer kleinbürgerlichen Häuslichkeit und Schule, nicht als adeliger Großgrundbesitzer in einer Kadettenschule.“ Dieses Diktum nimmt die Autorin beispielhaft für ihre These, dass Erziehung und Sozialisation „begrenzend“ wirken, das heißt Identität schaffend mittels konkreter, geschichtlich bedingter Bestimmungen: Durch sie wird der soziale Raum „abgesteckt“, innerhalb dessen sich die Person entwickelt und nur entwickeln kann. Diese sozialräumliche Begrenzung macht ihrerseits aber auch die Herausbildung von Persönlichkeit überhaupt erst möglich. Es wird die „innere Grammatik“ einer Person, ihr Habitus eben durch diesen Mechanismus von Ermöglichung innerhalb eines unter Umständen sehr genau begrenzten Möglichkeitsraumes konstituiert.

In der sachlichen Erörterung zur „Bildungsgeschichte“ des Bürgertums in den knapp fünf Jahrzehnten des deutschen Kaiserreiches wendet Groppe ihr Paradigma historischer Bildungsforschung auf sechs thematische Komplexe an: auf die sogenannten „Paar-Positionen“, also die Thematik „Eheschließungen und Ehebeziehungen“, auf die frühkindliche Erziehung und Sozialisation in der Familie, auf die Gruppe der Jungen („Schulbesuch und Sozialisation der männlichen Kinder und Jugendlichen“), der Mädchen (mit Rückgriff bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts: „Mädchensozialisation von 1850 bis 1918“), auf die Sozialisationserfahrungen im Bereich der Militärausbildung („Ein Jahr der Freiheit: Einjährige, Militär und Männlichkeit im Kaiserreich“) sowie die generationsbedingt sehr unterschiedlich ausgeprägten und interpretierten Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg.

In dieser Fragestellung wird das Kaiserreich zum Kontext und Rahmen einer bildungshistorischen Analyse. Den materiellen Grund bilden die Zeugnisse der weitverzweigten Unternehmerfamilie Colsman. Sie war (und ist) im Bergischen Land beheimatet, weist eine dezidiert calvinistisch-reformierte Prägung auf und kann durchaus als korporative Repräsentantin eines modernen, betriebskapitalistischen Unternehmertums im Sinne Max Webers gelten. Für die Autorin ist sie aber vor allem deshalb von Interesse, weil die ungewöhnlich breite und dichte briefliche Überlieferung detaillierte Einblicke in Prozesse des Aufwachsens und der Persönlichkeitsentwicklung im bürgerlichen Milieu gestattet. In den einzelnen Kapiteln wird anhand der Materialien dieser Familie, deren Geschichte sich die Autorin bereits in ihrer 2004 erschienenen Habilitationsschrift (Der Geist des Unternehmertums. Eine Bildungs- und Sozialgeschichte. Die Seidenfabrikantenfamilie Colsman (1649–1840), Köln / Weimar / Wien) eingehend gewidmet hat, eine sehr konkrete Vorstellung von den spezifischen Dynamiken, aber auch der enormen faktischen Vielgestaltigkeit von Sozialisation im kaiserzeitlichen Gesamtrahmen vermittelt. In diesem Umstand liegt denn wohl auch die hauptsächliche historiographische Bedeutung der voluminösen Studie: Die Autorin setzt auf ihre Weise eine Forschungsgeschichte fort, in der die Epoche des deutschen Kaiserreiches primär auf die Mechanismen und Strukturen von bürgerlicher Sozialisation hin erörtert wird.

Überblickt man die zum Teil außerordentlich detaillierten Schilderungen Carola Groppes zu ihren sechs Themenfeldern, dann fallen erstaunliche Ähnlichkeiten in der Entwicklung von Kaiserreich und Bundesrepublik auf. Sowohl die Jahrzehnte von 1871 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges wie auch diejenigen von 1949 bis 1989 waren von ungewöhnlich verdichteten und beschleunigten Wandlungsprozessen in sämtlichen gesellschaftlichen Teilbereichen geprägt. Am Ende jeweils dieser Zeiträume hatten sich die lebensweltlichen Sozialisationsrahmen in Politik, Sozialstruktur, Wirtschaft und Kultur gegenüber den Ausgangssituationen gravierend verändert. In beiden Fällen stellt der Aspekt der lebensweltlichen Dynamik eine grundlegende historiographische Verstehens- und Deutungskategorie dar. Umso mehr wiegt daher der Nachweis, dass es dennoch unter ganz bestimmten, zum Teil stark normativ besetzten Bedingungen gelingen konnte, stabile Modelle bürgerlicher Lebensführung auszubilden.

Berlin

Matthias Wolfes



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2019

Andreas Arndt / Simon Gerber / Sarah Schmidt (Hrsg.): Wissenschaft, Kirche, Staat und Politik. Schleiermacher im preußischen Reformprozess.

Berlin ; Boston: De Gruyter, 2019, VII, 341 S., ISBN: 978-3-11-061988-1

Der Band ist das Resultat einer interdisziplinären Tagung, die im November 2016 an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (dem Sitz einer der beiden Schleiermacher-Forschungsstellen) stattgefunden hat. Organisatorisch bildete die Tagung den Abschluss der ersten, 2012 begonnenen Phase des Akademievorhabens „Friedrich Schleiermacher in Berlin 1808–1834“. Im Rahmen dieses Unternehmens geht es um die textliche Erschließung, die kritische Edition und erste Kommentierung des Briefwechsels, der Tageskalender sowie der Vorlesungsmaterialien aus dem genannten Zeitraum. Innerhalb von fünf Jahren konnte die Veröffentlichung des Briefwerkes in der Kritischen Gesamtausgabe für die Jahre 1808, 1809 und 1810 in zwei Textbänden und einem Kommentarband fortgesetzt werden; es wurde mit der Publikation der bisher viel zu wenig beachteten, von Schleiermacher höchst akkurat geführten Tageskalender begonnen, und zwar in Form einer online-Edition; schließlich sind die Arbeiten an Editionen zu Schleiermachers Vorlesungen über die philosophische Ethik und die Praktische Theologie weit vorangeschritten, wenn auch noch nicht abgeschlossen.



Die vier Leitbegriffe „Wissenschaft“, „Kirche“, „Staat“ und „Politik“ markieren die Themenfelder, auf denen der vielbeschäftigte, dabei allerdings sehr organisiert vorgehende Theologe und Philosoph, Prediger und Wissenschaftsorganisator Friedrich Schleiermacher während der zweieinhalb Jahrzehnte seines Berliner Wirkens tätig gewesen ist. Mit seiner Übersiedlung von Halle (wo die dortige Universität im Zuge der Napoleonischen Maßnahmen geschlossen worden war) nach Berlin 1807/08 setzt eine wissenschaftlich, wissenschaftsorganisatorisch, kirchlich und theologisch ungemein effektive Wirksamkeit ein. Deren erster, reformpolitisch intensivster Abschnitt bis in das Jahr 1810, dem Zeitpunkt der Berliner Universitätsgründung, bildet den äußeren Rahmen des vorliegenden Bandes.

Die insgesamt fünfzehn Beiträge zeichnen zum ersten Schleiermachers akademisches, politisches und persönliches Umfeld in historischer und ideengeschichtlicher Perspektive nach. Zum zweiten widmen sie sich in einer mehr systematischen Perspektive den philosophischen, theologischen und philologischen Entwürfen und Projekten Schleiermachers, die den Reformprozess sowohl sachlich begleiten wie auch theoretisch begründen.

Eine orientierende, detailliert einführende Überblicksdarstellung (von Bärbel Holtz) eröffnet – im Anschluss an eine Vorrede der Herausgeber – den Band. Hier wird auch Schleiermachers Rolle bei der Erneuerung der preußischen Bildungs- und Kirchenstrukturen beschrieben, indem

seine diversen offiziellen Funktionen, seine publizistische Tätigkeit, seine Beziehungen zu anderen Reformern sowie seine Position am Hof nachgezeichnet wird. Zwei Beiträge unter dem Obertitel „Briefwechsel und Netzwerke“ erörtern Aspekte der historiographischen Materialbasis: zum einen die erwähnten „Tageskalender“, eine biographische Quelle höchsten Ranges (Wolfgang Virmond) und den Briefwechsel Schleiermachers mit seiner Braut Henriette von Willich aus den Jahren 1808 und 1809 (Sarah Schmidt). Der Sachkomplex „Universität und Bildungsreform“ steht im Mittelpunkt zweier Aufsätze zu Schleiermachers Universitätskonzept (mit besonderem Akzent auf der Theologie) (Zachary Purvis) und seinen schulreformerischen Initiativen (Christiane Ehrhardt). Dem Bereich „Antikenrezeption und Übersetzungen“ sind Beiträge zur Übersetzungstheorie – und hier vor allem der Arbeitsgemeinschaft mit Friedrich Schlegel – (Piotr de Boncza Bukowski), zu Schleiermachers Rolle als Initiator der großen, von der Königlich-Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin herausgegebenen Aristoteles-Ausgabe (Christiane Hackel) sowie zur insgesamt wenig beachteten, auch werk- und erst recht wirkungsgeschichtlich noch nicht hinreichend erörterten Heraklit-Abhandlung von 1808 (Walter Mesch) zugeordnet.

„Staat, Recht, Gesinnung“ bildet die Überschrift für zwei Beiträge zu Schleiermachers Lehre vom Staat im philosophiegeschichtlichen Kontext (Walter Jaeschke, der 1998 auch die Materialien der Staatslehre- bzw. Politikvorlesungen herausgegeben hat und überhaupt die wichtigste Instanz zu diesem Themenbereich ist) und zum Begriff des Rechts in Schleiermachers Ethik-Vorlesungen, einem Gegenstand, der in den zuletzt erschienenen Studien zur politischen Theoriebildung Schleiermachers ebenfalls kaum beachtet worden ist (Andreas Arndt). Hinzu kommt eine Untersuchung über „Recht und Gesinnung bei Jakob Friedrich Fries“, die eine instruktive Vergleichsperspektive eröffnet (Gerald Hubmann).

Im letzten Kapitel sind „Religion und Kunst“ bzw. deren Zuordnung die Leitmotive. Es werden die zeitgeschichtlichen Bezüge in Schleiermachers Predigten der Jahre 1808 bis 1810 aufgewiesen (Günter Meckenstock), die Gedächtnispredigt für (die am 19. Juli 1810 im Alter von vierunddreißig Jahren verstorbene) Königin Luise, gehalten in der Dreifaltigkeitskirche am 5. August, dem Sonntag nach der Beisetzung, erörtert (Elisabeth Blumrich), der Briefwechsel auf religiöse Inhalte analysiert (Simon Gerber) und die Verhältnisbestimmung von Kunst und Religion in den Vorlesungen über philosophische Ethik nachgezeichnet, dies unter Verwendung bisher unveröffentlichter Manuskripte und Nachschriften (Holden Kelm).

Im Ganzen handelt es sich um einen vielschichtigen, überraschend inhaltsreichen Band. In mehrfacher Hinsicht werden Fragestellungen angesprochen, die trotz aller gerade in den letzten drei Jahrzehnten überaus intensiv betriebenen Schleiermacher-Forschung noch zu wenig in den Blick geraten waren. Die solide textkritische Arbeit, das gerade in Berlin seit langem so entsagungsvoll, aber auch höchst ertragreich betriebene Kärnerwerk der Editionstätigkeit bildet für jede dieser verschiedenen Aktivitäten den Boden. Auch das macht der Band in aller Deutlichkeit noch einmal klar.

Berlin

Matthias Wolfes



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit

